Zeitschrift: INSA: Inventar der neueren Schweizer Architektur, 1850-1920: Städte = Inventaire suisse d'architecture, 1850-1920: villes = Inventario svizzero di architettura, 1850-1920: città

Band: 10 (1992)

Artikel: Winterthur

Autor: Hauser, Andreas / Bütikofer, Alfred

Kapitel: 2: Siedlungsentwicklung und Siedlungsräume

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-10930

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

2 Siedlungsentwicklung und Siedlungsräume

2.1 Siedlungsentwicklung

2.1.1 Erinnerungen an die Zukunft der Stadt Winterthur

1972 veröffentlichte der Stadt- und Regionalplaner Albert Bodmer im *Winterthurer Jahrbuch* einen Aufsatz mit dem Titel *Erinnerungen an die Zukunft der Stadt Winterthur*.[7] Anlass war das 50jährige Jubiläum der Vereinigung Winterthurs mit seinen fünf Vororten. Die Erinnerungen beziehen sich auf die Zeit von 1923 bis 1931 – während dieser Jahre plante Bodmer in der Funktion eines Bebauungsplaningenieurs die zukünftige Gestalt Gross-Winterthurs, bevölkerungsmässig der siebentgrössten, «der Fläche nach (der) grössten Schweizer Stadt».[8] Das Leitbild, das ihm für die Stadtentwicklung vorschwebte, stellte Bodmer 1928 in einer programmatischen Schrift dar; er bekannte sich darin zu der «vor 30 Jahren in England begründeten Gartenstadtidee».[9] Ihrem Schöpfer, Ebenezer Howard, war es um die Bekämpfung einer als krankhaft empfundenen Zeiterscheinung gegangen, nämlich des Wachstums der Städte – vor allem Londons – zu unmenschlichen Riesengebilden. Howard wollte die Grossstädte durch ein Netz von Kleinstädten ersetzen, in welchen die Vorteile des Stadt- und des Landlebens vereint waren. Die Einhaltung einer Wachstumsgrenze und eines gesunden Gleichgewichts von bebautem und unbebautem Areal sollte dadurch gewährleistet werden, dass der städtische Boden Eigentum der Gemeinschaft bliebe.[10] Mit der Gründung der Musterstädte Letchworth und Welwyn in den Jahren 1903 und 1919 sollte die von Howard geforderte städtebaulich-soziale Reform in Gang gesetzt werden. Bodmers Ziel war es, in Winterthur eine weitere Modell-Gartenstadt zu verwirklichen. Hier ging es allerdings um die Umgestaltung einer bestehenden Siedlung. Dass Winterthur sich zu diesem Experiment eigne, begründete Bodmer damit, dass die Siedlung «gewissermassen den Typus der gewachsenen Gartenstadt» darstelle: im Gegensatz zur Mietshausstadt Zürich herrsche in Winterthur eine offene, weiträumige Bebauung mit Einfamilien- und kleinen Mehrfamilienhäusern vor, es bestehe eine intensive Gartenkultur und eine ausgedehnte Püntenwirtschaft, und die Stadt habe seit jeher eine aktive Bodenpolitik betrieben.[11] Aber noch in anderer, wesentlicherer Beziehung bestehen Affinitäten zwischen der jüngeren Geschichte Winterthurs und der Gartenstadtbewegung: im mittleren Drittel des 19. Jahrhunderts wurde in Winterthur ein politisches Programm entwickelt, das an Howards Ideal einer polyzentrischen Grossstadt erinnert. Man wollte die Stadt im liberalen Sinn öffnen und modernisieren, ohne dabei die Qualitäten einer ländlichen Kleinstadt preiszugeben: an die Stelle korporatistisch organisierter Handwerker sollte eine breite Schicht von mittelgrossen und kleinen Unternehmern treten, an die Stelle der alten Bürgergemeinde eine dynamische Verwaltung, die das Gemeingut mit modernen unternehmerischen Mitteln vermehren und die übergreifenden wirtschaftlich-politischen Interessen der Stadt wahren sollte. Winterthur sollte zu einer Art volkskapitalistischer Munizipalstadt werden; als Führerin eines ganzen Netzes von gleichgesinnten Städten hoffte es, einer Stadt gegenübertreten zu können, die ihre einstige absolutistisch-despotische Vormachtstellung mit den Mitteln und zum Nutzen privater Wirtschaftsmacht wiederherzustellen versuchte. Aber Winterthur unterlag seinem Rivalen Zürich, und damit scheiterte die Utopie eines mächtigen Kleinstadt-Bundes. Winterthur wurde in der Folge zu einer typischen Industriestadt, mit einflussreichen Privatunternehmungen und einer finanzschwachen Gemeinde. Zur Zeit, als die Gartenstadtidee auf dem Kontinent bekannt wurde, erschien die Siedlung den Freunden des alten Winterthur als das Gegenteil einer Gartenstadt. Bei keiner Schweizer Stadt war das Ortsbild so sehr von der Industrie geprägt wie in Winterthur: der hauptsächlichen Zufahrtsachse entlang erstreckte sich eine weitläufige Industriezone bis ins Herz der Stadt, mit mächtigen, rauchenden Fabrikkomplexen und weitläufigen, rasterförmigen Arbeiterquartieren. In der Folge versuchte man, mit der Anlage durchgrünter Siedlungen und Gärten der Industrie- eine Gartenstadt gegenüberzustellen. Zur Zeit von Bodmers Anstellung betrachtete man diesen Versuch als gelungen, aber man wäre deswegen nicht auf die Idee gekommen, die Stadt als Prototyp einer Gartenstadt zu bezeichnen – zumal die Stadt mit der Eingemeindung weitere von der Grossindustrie geprägte Siedlungsteile hatte aufnehmen müssen. Bodmer aber erkannte, dass Industrie- und Gartenstadt Gegensätze nur in einem oberflächlichen Sinn darstellen – historisch gesehen ist die Industrialisierung Voraussetzung der Gartenstadt. Dank dieser Erkenntnis gelang es Bodmer, aus Winterthur und den ehemaligen Vororten eine «industrielle Gartenstadt» zu machen, die zwar – vor allem was die genossenschaftliche Organisation des Bodens betrifft – weniger «rein» war als die beiden englischen Musterstädte, die aber dafür – im Gegensatz zu ihnen – ein bedeutendes wirtschaftliches und kulturelles Zentrum darstellte.[12] Im Rückblick erschien sie Bodmer 1972 als Modell und Ausgangspunkt für eine Zukunft, bei der es um die Schaffung von weit grösseren, ganze Regionen umfassenden Stadtlandschaften ging.

2.1.2. Von der Entfestigung zum Eisenbahnbau: Die Bahnhoffrage

Bis zum Abbruch des mittelalterlichen Festungsrings 1835–1839 stellte Winterthur ein Muster jener Art von Siedlung dar, mit welcher der Stadtbegriff der Neuzeit eng verknüpft ist: eine dichte Schar von im Lauf der Zeit «versteinerten» Häusern mit regelmässigen, einen fürstlichen Gründungsakt verratenden Gassen und einem Markt grenzte sich durch einen vieltürmigen Mauerring burgartig-scharf gegen das umgebende Land und seine Bauerndörfer ab. Die spätbarocken Landhäuser, die ausserhalb der Mauern entstanden waren, die Gerbereien, Schleifen, Färbereien, Walken und Bleichen, die sich zu den Mühlen an der Eulach und ihren Nebenkanälen gesellt hatten – sie vermögen den Eindruck nicht zu ändern, dass die Zeit stillgestanden war. Und doch befinden wir uns an einer Schaltstelle der industriellen Revolution. Winterthur war der wichtigste Umschlags- und Steuerungsplatz der Ostschweiz; diese gehörte im 18. Jahrhundert zu den am stärksten industrialisierten Gegenden der Welt, und zwar mit einer Baumwollverarbeitung, die vorerst verlagswirtschaftlich organisiert war und sich so kaum von der traditionellen bäuerlichen Umwelt abgrenzte. Das änderte sich mit der Mechanisierung der Produktion: jetzt entstanden Fabrikkomplexe von der Grössenordnung und Monumentalität barocker Schloss- und Klosteranlagen. 1802 gründeten Winterthurer Kaufleute im Hard in Wülflingen eine Spinnerei – die zweite mechanische und die erste mit Wasserkraft betriebene der Schweiz (Kap. 3.4.5: *Hard*; Abb. 200). Rasch folgten weitere Fabriken; mehrere davon standen an der Töss, in der Nähe von Winterthur. In den 1830er Jahren geriet dann auch die Stadt selber baulich in Bewegung. Die Verstädterung erfolgte hier nicht in der Form einer Massierung, sondern in der einer Auflockerung und Durchgrünung. Wegen der geringen Wasserkräfte hatten sich in der städtischen Nahumgebung nur kleinere textilverarbeitende Betriebe entwickelt; einige davon gingen nun ein oder wurden aufs Land verlegt. Eines der grössten Fabrikgebäude wurde abgebrochen – aus dem Material wurde in einem bereits bestehenden Landschaftsgarten ein klassizistisches Hotel erbaut (*Tösstalstr.* 59–61; *Adlerstr.* 2). Kurz darauf begann man den burgartigen Stadtkörper aufzulösen; 1835–1839 wurden die mittelalterlichen Stadtmauern bis auf die Tore und Bogen der Hauptachse abgebrochen und die Gräben aufgeschüttet. Die barocken Schanzen waren grösstenteils schon früher eingeebnet worden; die an ihrer Stelle angelegten Strassen und Promena-

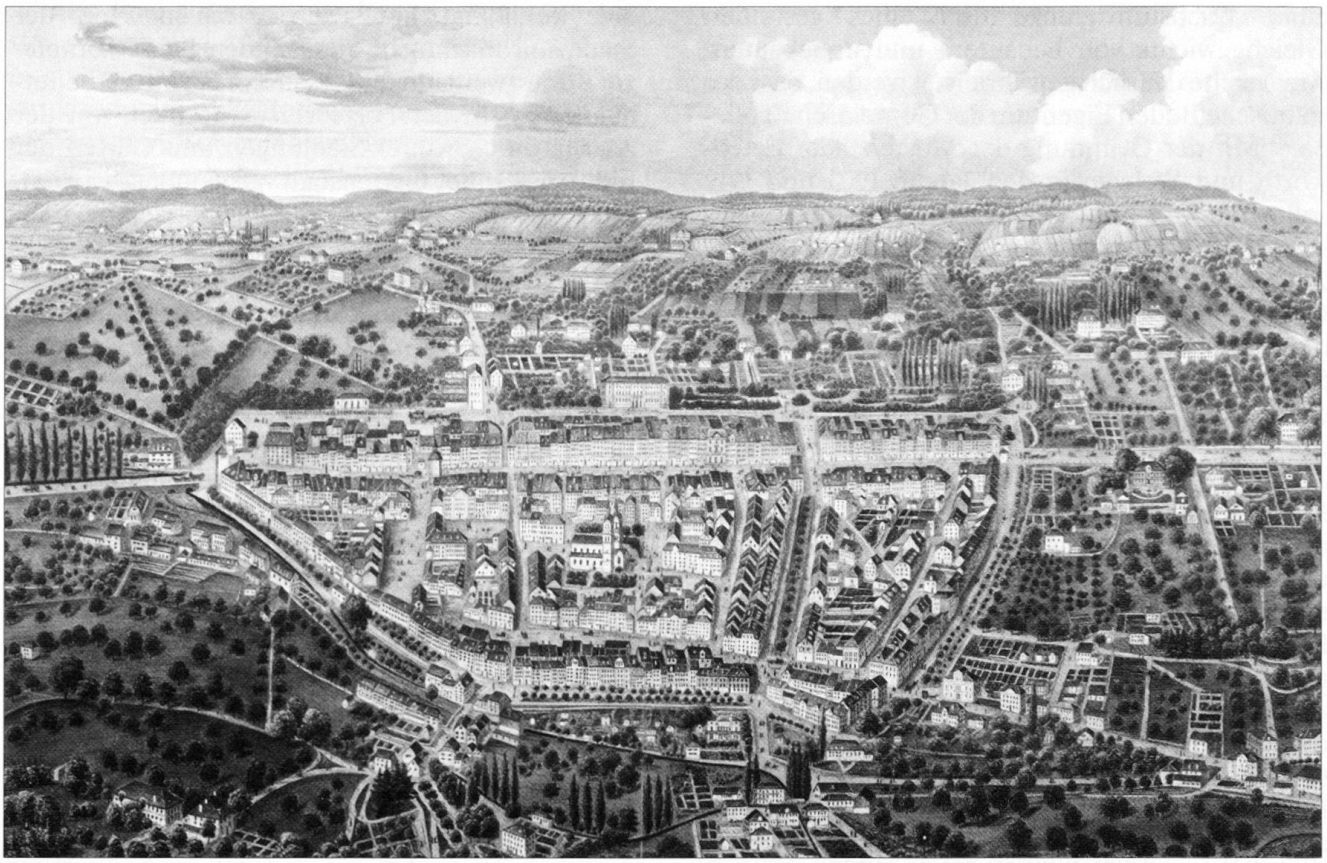

Abb. 16 Vogelschau-Ansicht von Winterthur von Süden. Kolorierter Stich, um 1850, von Lukas Weber (1811–1858), wohl in Zusammenarbeit mit David Alois Schmid. Museum Lindengut, Winterthur.

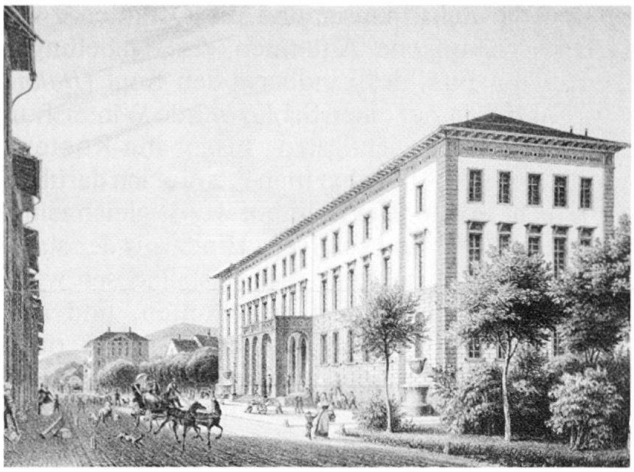

Abb. 17 Winterthur. Knaben- und Gewerbeschule sowie Stadtbibliothek, erbaut 1838–1842 von Leonhard Zeugheer (1812–1866). Lithographie von Emanuel Labhart, um 1850.

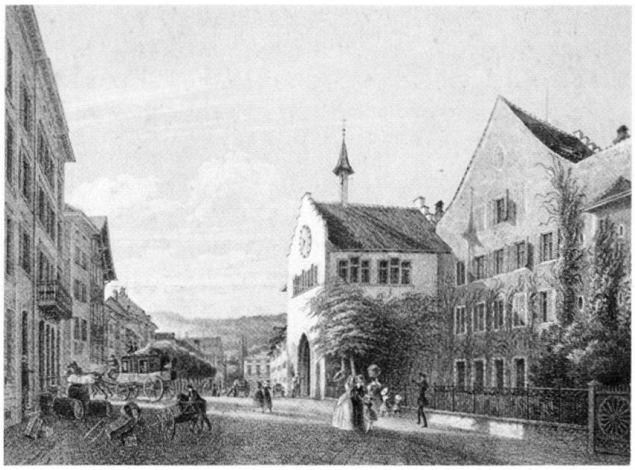

Abb. 18 Winterthur. Der Graben mit dem Oberen Bogen (abgebrochen 1871). Lithographie der Anstalt Caspar Studer nach einer Zeichnung von Emanuel Labhart, um 1855–1865.

den wurden in die neu erstellte Ringanlage integriert. In der Folge entstanden biedermeierliche Vorstädte, komfortable klassizistische Vorstadthäuser, ein neues Schulgebäude (*Stadthausstr.* 6; Abb. 17). Mit ihnen erhielt die Stadtvorstellung einen neuen Gehalt: als städtisch galt nun das Offene, Lichtvolle, Saubere und Regelmässige, während die alte Stadt als bäuerisch und dörflich empfunden wurde. Das Stadtideal der Gartenstadtbewegung hat in diesem klassizistischen Modell seinen Ursprung.

Die Entfestigung erhielt eine politische Bedeutung – sie wurde zum Symbol für die Beseitigung der städtischen Vorherrschaft über das Land. Der Stadt Winterthur musste die städtebauliche Öffnung aber nicht, wie Zürich, von aussen aufgezwungen werden – sie entsprach der politischen Position der Stadt. Nachdem Winterthur in der Restauration die mit der Helvetik verlorenen Vorrechte nicht wiedererlangt hatte, hatte es sich Ende der 1820er Jahre – als primus inter pares – zur Vorkämpferin der Gleichberechtigung von Stadt und Land gemacht.[13] Die verkehrsgeographischen und städtebaulichen Veränderungen der 1830er Jahre zeugen vom Willen, die mit der liberalen Neuordnung von 1830 errungene Emanzipation zu bestätigen und auszubauen. Gleichzeitig mit der Entfestigung wurden zwei neue Landstrassen erbaut, eine ins Rheintal Richtung Basel und eine ins Tösstal *(Tösstalstrasse;* Kap. 3.4.5: *Wüflingerstrasse).* Damit war Winterthur in eine Nordwest-Südost-Achse eingebunden, welche es einerseits – unter Umgehung Zürichs – direkt mit dem bedeutendsten Grenztor und Finanzplatz der Ostschweiz, andererseits mit seinem wirtschaftlichen Hinterland verband. Es kam nun zu einem eindrücklichen Versuch, die Stadt auf diese neue Achse hin umzuorientieren. Die beiden Strassen wurden – wenn auch auf Umwegen – in jene quer zur alten Hauptachse verlaufende *Graben*-Gasse eingeführt, welche die Gründungs- von der spätmittelalterlichen Neustadt trennte. Während die verkehrshemmenden Tortürme und Bogen an der Hauptgasse stehen gelassen wurden, öffnete man den *Graben* nach Nord und Süd und kennzeichnete ihn durch eine neue Grünanlage als städtischen Hauptraum (Abb. 18). Am *Graben* und an der *Inneren Tösstalstrasse* entstanden zahlreiche biedermeierliche Neubauten; die Hinterhäuser an der Platanenstrasse *(General-Guisan-Strasse)* wurden ausgebaut: die Ostseite der Stadt wurde zur «Hauptfassade», die Nordseite mit ihrer grossen Promenade und dem Knabenschulhaus zur Gartenseite, die Südseite mit dem Viehmarktplatz zur Geschäftsseite – und die ganze gegen Zürich orientierte Unterstadt, wo keine Schanzen bestanden hatten und die Ringanlage entsprechend bescheiden ausfallen musste, zur Rückseite.

Indessen kündigte sich bereits eine Verstärkung der alten Hauptachse an: die Zürcher Handelskammer plante eine Eisenbahnverbindung von Basel in die Ostschweiz via Zürich und Winterthur. Es schien vorerst, dass dieses Vorhaben die in Winterthur angestrebte Umorientierung der Stadt auf eine durch den Graben laufende «Textilachse» nicht in Frage stellte: die Linie sollte nämlich, wie Ingenieur Alois Negrelli Ende 1836 mitteilte, im Süden der Stadt verlaufen, und der Bahnhof sollte an den Viehmarkt *(Technikumstrasse)* zu stehen kommen – der Graben wäre dadurch noch mehr aufgewertet worden.[14] Aus dem Projekt einer Bodenseebahn wurde nichts; 1845 wurde es wieder aufgegriffen, diesmal von Winterthurer Seite: die Stadt und die kaufmännische Gesellschaft finanzierten die Projektierung der Bahn bis an die Thurgauer Grenze. Für den Bahnhof waren zwei alternative Standorte

auf der von Zürich abgewendeten Ostseite der Stadt, nahe der Platanenstrasse, vorgesehen; Johann Georg Müller entwarf Pläne für ein repräsentatives, romantisch instrumentiertes «Hauptdienstgebäude».[15] Dieses Projekt fällt zeitlich mit einem politischen Triumph Winterthurs zusammen. Als die Liberalen im Kanton Zürich 1845 wieder an die Macht kamen, wurde die Stadt Winterthur dafür belohnt, dass sie nach dem konservativen Züriputsch von 1839 die Opposition angeführt hatte: der Winterthurer Jonas Furrer wurde Stadtpräsident Zürichs, leitete den Stand Zürich in den neuen Bundesstaat und wurde dessen erster Präsident. Das Bahnunternehmen kam aber erst zustande, als Winterthur sich mit Zürcher Kapital verbündete. 1853 wurde die Zürich-Bodensee-Eisenbahngesellschaft gegründet, im gleichen Jahr fusionierte sie mit der Nordbahn zur Schweizerischen Nordostbahn. Diese Gesellschaften planten und bauten die Linie Zürich–Winterthur–Kreuzlingen–Romanshorn. Gleichzeitig waren in Schaffhausen und in St. Gallen Bestrebungen im Gang, eine Eisenbahnverbindung nach Winterthur zu schaffen, um den Anschluss an Zürich zu erhalten: vier der alten Ausfallachsen Winterthurs wurden so schliesslich durch Eisenbahnlinien verdoppelt.

Was den Bahnhof betrifft, so wollten die Planer der Nordostbahn ihn in der Nähe des *Untertors* plazieren[16]: Die vom Tössfeld her kommende Bahnlinie sollte an der Westspitze der Altstadt vorbeischiessen, um sich erst am Fuss des Lindbergs in die Schaffhauser- und in die Bodenseelinie zu gabeln. Die Stadt schlug Alternativen vor, darunter auch einen Südbahnhof am Viehmarkt.[17] Dieser wurde von der Bahngesellschaft kategorisch abgelehnt.[18] Die einflussreichsten lokalen Interessengruppen strebten aber ohnehin eine andere Lösung an. Sie wollten die von der Nordostbahn bevorzugte Bahnhofanlage im Westen der Stadt derart abdrehen und verschieben, dass sie entweder hinter das Turnhaus oder hinter die Knabenschule *(Stadthausstr.* 18 resp. 6) zu liegen gekommen wäre (Abb. 19). Der letztere Standort fand vorerst den grössten Beifall, weil er sich «in unmittelbarer Nähe der frequentesten Teile der Stadt» befinde und weil hier «die schönste Einfahrt in die Stadt sich herstellen lasse».[19] Es ging um das gleiche Ziel wie beim Südbahnhof: man wollte den *Graben* als Repräsentanten der Textilachse aufwerten – der Bahnhof sollte direkt in seine Achse gestellt werden. Das Lind- wie das Turnhausprojekt scheiterten daran, dass die Stadt sich weigerte, die Mehrkosten zu übernehmen. So wurde 1854 bis 1857 das von der Nordostbahn geplante Liniennetz verwirklicht: auf der Karte hat es die Gestalt eines grossen Insektes – die langgestreckte Gerade der Zürcherlinie bildet den Körper, die Schaffhauser und die Ostlinien zwei sanft geschwungene Antennen, das Gabelungs-Dreieck am Fuss des Lindbergs den Kopf *(Bahnareal*; Abb. 22). Auf einen Schlag wurde Winterthur zu einem der wichtigsten Eisenbahn-Knotenpunkte der Schweiz – aber man konnte sich darüber nicht recht freuen. Der Bahnhof wurde gleichzeitig zu einem Motor und zu einem Hindernis der städtebaulichen Entwicklung: drei Ausfallachsen wurden von den Bahnlinien zerschnitten, und der Stadtkern war von der westlichen, hinter dem Bahnhof liegenden Expansionszone abgeschnitten (Abb. 3, 4, 59). Im Folgenden wurde immer wieder beklagt, dass der Bahnhof nicht, wie ursprünglich geplant, im Südosten der Stadt liege – wobei man oft vergass, dass sich 1853 der Stadtrat für einen Bahnhof im Norden der Stadt eingesetzt hatte, welcher sie in ein noch engeres Korsett gezwängt hätte.[20]

Jedenfalls wurde der von der Nordostbahn aufgenötigte Bahnhof zu einem Symbol dafür, dass die Hauptstadt ihre Vormachtstellung auch in der neuen, liberalen Ordnung zu behaupten wusste. Tatsächlich gelang es den Zürcher Eliten, durch geschickte Ausnützung der Regeln der Repräsentativdemokratie in den politischen Gremien des Kantons wieder die Führung zu übernehmen. Die Unzufriedenheit darüber wuchs, als – bald nach der Eröffnung der Winterthurer Bahnlinien – die Konjunktur abflaute. Die Nachteile der von den Liberalen geförderten Industrialisierung traten nun deutlich zutage, und es erwies sich, dass sie vorab die Landschaft trafen: Krise des Gewerbes, Verschuldung der Landwirtschaft, Anwachsen einer sozial schwachen Lohnarbeiterschaft. Winterthur stellte sich nun in der zweiten Hälfte der 1860er Jahre wieder, wie schon in der Zeit der Restauration und des Züriputsches, an die Spitze der Opposition. Winterthurer Politiker gaben der sich im ganzen Kanton formenden Protestbewegung parteipolitische Konsistenz und banden die konkreten Forderungen in ein zusammenhängendes, theoretisch fundiertes Programm. Zum Leitwort wurde das Adjektiv «demokratisch». Mit einem Ausbau der Volkssouveränität wollte man die politische Machtballung bekämpfen, mit einer sozialpolitischen Gesetzgebung die negativen Auswirkungen der Industrialisierung verringern. Nahziel Winterthurs war es, der Hauptstadt die führende Rolle im Kanton abzuringen. Der Erfolg war durchschlagend. 1869 trat eine neue, vollständig revidierte Kantonsverfassung in Kraft – eine zukunftsweisende Verwirklichung der direkten Demokratie, mit obligatorischem Gesetzesreferendum und direkter Wahl von Regierungs- und Ständeräten. Ein Winterthurer unterzeichnete die Verfassung, ein Winterthu-

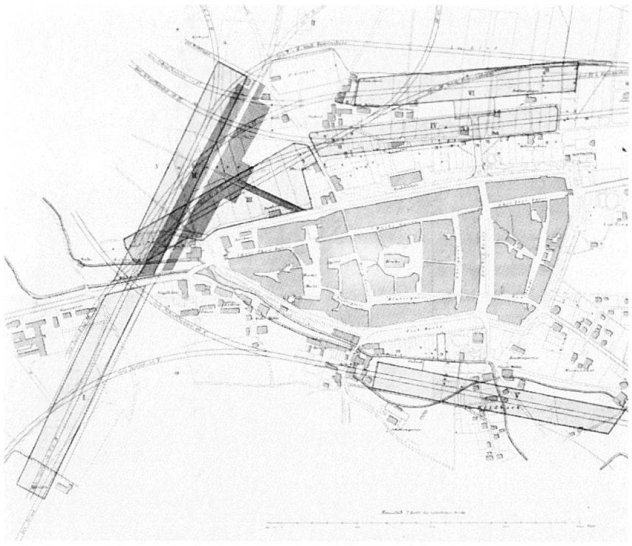

Abb. 19 Winterthur. Übersicht über fünf Standortvarianten für den Bahnhof der Nordostbahn, eingetragen auf dem 1853 von Ing. Arnold Bürkli aufgenommenen Stadtplan. Dunkel getönt: «angenommenes Project», rechts oben: Lindprojekt.

rer wurde Präsident des neuen, ausschliesslich aus Demokraten bestehenden Regierungsrates. Unter dem Eindruck der Revision der Zürcher Verfassung wurde auch diejenige des Bundes an die Hand genommen; 1874 war sie, unter wesentlicher Beteiligung von Winterthurer Politikern, durchgeführt. Mit einem kurz vor der Ausführung stehenden Unternehmen wollte Winterthur nun auch ein Modell für die wirtschaftspolitische Umsetzung des demokratischen Programms geben. Unter der Führung Winterthurs sollte eine Gruppe von Gemeinden eine mittelländische «Nationalbahn» bauen, mit welcher demonstriert werden sollte, dass wirtschaftliche Schlüsselunternehmen wie die Eisenbahn in die Hände des Volkes gehörten und nicht - wie im Fall der Nordostbahn - in die privater Unternehmer. Nur so konnte gewährleistet werden, dass die Linienführung allgemeinen Interessen entsprach und dass die Gewinne der Öffentlichkeit zugute kamen. Das Nationalbahnunternehmen aber scheiterte - Winterthur, das zur Zeit der Revision der Bundesverfassung Zürich politisch in den Schatten gestellt hatte, stand wenige Jahre später vor dem Ruin und konnte sich nur knapp vor dem Bankrott retten.

Die Vorgeschichte der Nationalbahn beginnt in den frühen 1860er Jahren: damals hatte Winterthur den Beschluss gefasst, eine von Zürich unabhängige, eigenständige Bahnpolitik zu betreiben. Das Interesse richtete sich vorerst auf die Achse Basel-Winterthur-Tösstal, die schon beim Strassenbau der 1830er Jahre eine grosse Rolle gespielt hatte. Als 1865 eine Tösstalbahngesellschaft gegründet wurde, geschah dies bereits im Zusammenhang mit der Planung einer linksufrigen Rheinbahn von Basel nach Winterthur. Dieses Projekt war nun in ein noch grossartigeres Konzept eingebunden: die Tösstalerlinie sollte bis zur geplanten Alpenbahn über den Lukmanier verlängert werden - Winterthur wäre damit zum wichtigsten Knotenpunkt einer internationalen Transitlinie geworden, welche Zürich umgangen hätte. Dieses Konzept verlor indessen seine Grundlagen, als 1869 das Gotthardüber das Lukmanierprojekt siegte und als der Bau einer Bahnlinie von Basel ins Limmattal über den Bözberg beschlossen wurde. Die Winterthurer Eisenbahnpolitiker banden daraufhin das Querachsen-Konzept in einen neuen Rahmen ein: die Basel-Tösstal-Linie sollte sich in Winterthur mit einer Mittellandachse kreuzen, die - unter Umgehung Zürichs - vom Genfersee nach Deutschland führen würde. Eine geplante Lokalbahn zwischen Andelfingen und Stein am Rhein wurde zu einer Linie Winterthur-Singen, dem Anschlusspunkt des süddeutschen Eisenbahnnetzes, umfunktioniert: in dieser Achse sollte eine Westlinie nach Effretikon, Kloten, Seebach, Baden, Olten, Solothurn, Biel laufen. Eine aufwendige politisch-ideologische Begleitmusik vermochte das wirtschaftlich lebensunfähige Unternehmen nicht zu retten: als die Singener und die Westbahn 1875 zur «Nationalbahn» verschmolzen wurden, hatten die grossen Bahngesellschaften die Hauptlinien bereits an sich gebracht und die «Volksbahn» buchstäblich auf ein Neben- und Abstellgeleise gedrängt. Im gleichen Zeitraum, als die Tösstal- und die Koblenzerlinie eröffnet wurden, wurden auch die beiden Abschnitte der Nationalbahn eröffnet: 1875 die Ost-, 1877 die Westsektion. 1878 verhängte das Bundesgericht den Konkurs über das Unternehmen, zwei Jahre später fielen die Linien zu einem Spottpreis an die Nordostbahn. Die Westlinie wurde in Lokallinien integriert und zum Teil sogar aufgelassen.[21]

So wie das Bahnunternehmen als Ganzes, scheiterte auch ein nur Winterthur betreffendes Projekt - das, den Bahnhof in den Südosten der Stadt zu verlegen. Schon 1874, als die Bahnhofdiskussion in die entscheidende Phase trat, war die Stadt zu geschwächt, um das Verlegungsprojekt gegen den Widerstand der Bahngesellschaften durchzusetzen; sie musste sich mit der Erweiterung der bestehenden Anlagen abfinden *(Bahnareal)*.[22] Der Bundesrat legte 1879 ein Programm für die nötigen Teilarbeiten fest - der Stadt blieb es überlassen, die Nordostbahn zur Einhaltung dieser Verpflichtungen zu bewegen. Die seit den 1860er Jahren geforderte Sanierung des ebenerdigen Bahnübergangs über die *Zürcherstrasse* - der dringendste Teil der Erweiterung - wurde erst dreissig Jahre später durchgeführt.

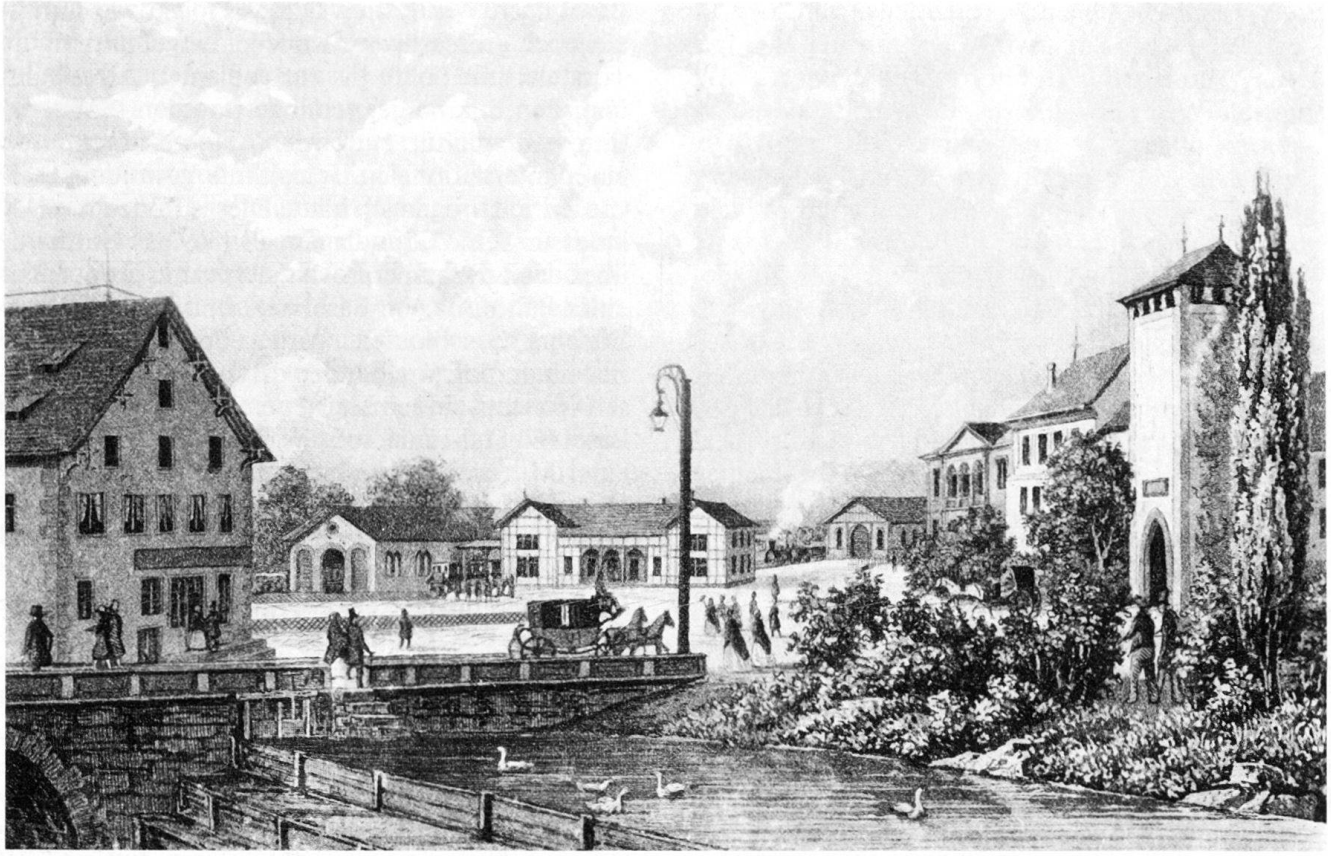

Abb. 20 Winterthur. Der 1854–1855 erbaute provisorische Bahnhof der Nordostbahn. Im Vordergrund der Stauweiher der Schlangenmühle (links aussen); rechts das Untertor (abgebrochen 1867). Aquatinta von Theophil Beck (geb. 1814).

2.1.3 Die demokratische Kapitale: Die Utopie einer industrialisierten Handwerkerstadt

Die Auseinandersetzung zwischen Zürich und Winterthur erhielt eine zusätzliche Dramatik dadurch, dass sie von derjenigen zwischen zwei rivalisierenden politischen Persönlichkeiten überlagert wurde. Gegenüber standen sich der Zürcher «Princeps» Alfred Escher und der Winterthurer Johann Jakob Sulzer (1821–1897), beides Angehörige alter Bürgergeschlechter. Sulzer hatte die Gelehrtenlaufbahn einschlagen wollen, war dann aber 1847 Staatsschreiber geworden. 1851 wurde er Regierungsrat und geriet bald in Konflikt mit dem herrschsüchtigen Escher, vor allem in Fragen des Eisenbahnbaus und der Bahnhoffrage Zürich und Winterthur. Escher hatte 1848 die Nachfolge des Winterthurers Furrer als Bürgermeister des Standes Zürich angetreten; als er 1855 zurücktrat, wusste er es zu verhindern, dass Sulzer das Amt bekam. Diesem war dadurch die Möglichkeit genommen, den Karriereweg Furrers nachzuvollziehen, nämlich über das Zürcher Bürgermeisteramt in den Bundesrat aufzusteigen. Als Sulzer auch in seiner Hoffnung enttäuscht wurde, mit der Wahl zum Ständerat entschädigt zu werden und so Winterthur angemessen repräsentieren zu können, trat er den Weg in die Opposition an. Er demissionierte und kehrte nach Winterthur zurück, wo er sich 1858 zum Stadtpräsidenten wählen liess.[23] Im folgenden Jahrzehnt wurde er zu einer führenden Gestalt der demokratischen Bewegung. Sein Ehrgeiz richtete sich darauf, aus dem spätbiedermeierlichen Winterthur eine demokratische Kapitale zu machen. Der Hegelianer Sulzer wollte beweisen, dass bescheidene Gemeinwesen wie Winterthur Grossstädte wie Zürich in den Schatten stellen könnten, wenn zwei antagonistische Kräfte zur Synthese gebracht würden: der bürgerliche Gemeinsinn von traditionsreichen Kommunen und der unternehmerische Geist von Privatunternehmen wie der Nordostbahn. Bezeichnenderweise wollte er die alte Bürgergemeinde nicht auflösen, sondern nur öffnen; zum Vorkämpfer der Einwohnergemeinde wurde er erst, als die alte Körperschaft auf ihrer Abschottung beharrte, zu ihrem Gegner, als sie versuchte, den Eschenbergwald als Privatgut der Bürger aus dem Gemeindegut auszuscheiden.[24] Aus den Projekten zur Bewirtschaftung dieses uralten Gemeingutes wie auch aus dem Nationalbahnprojekt, als dessen geistigen Urheber man Sulzer zu betrachten hat, geht hervor, dass ihm eine Art Gemeindekapitalismus vorschwebte. Diesem aussergewöhnlichen Modernisierungskon-

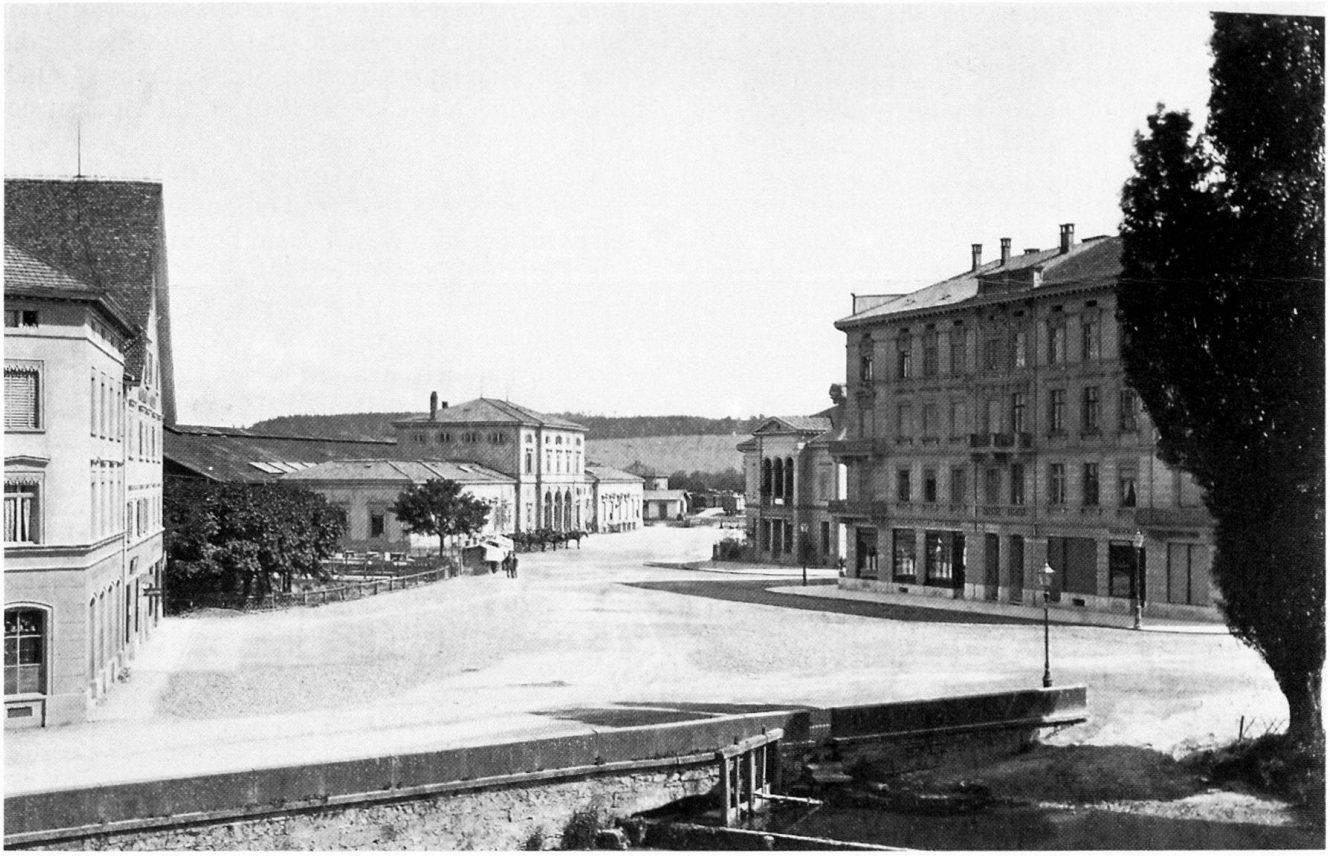

Abb. 21 Winterthur. Der 1859–1860 erbaute definitive Bahnhof der Nordostbahn. Rechts die 1879–1880 von Ernst Jung auf dem Areal des ehemaligen Amtshauses erbauten Miets- und Geschäftshäuser. Fotografie von Joh. Linck (1819–1900), um 1885.

zept entspricht nun auch eine ganz eigenwillige städtebauliche Politik.

Ihre Charakteristik zeigt sich etwa in der Art, wie das Bauamt reorganisiert wurde. Dieses war mit der Stadtverfassung von 1839 in Domänenamt umbenannt worden; der Bauinspektor war zum Domänenverwalter, der Unterbaumeister zu dessen Gehülfen geworden. Die nach Ancien Régime klingenden Bezeichnungen deuten darauf hin, dass die lokalen Bauhandwerker sich gegen eine drohende Professionalisierung des Amtes sträubten. Als 1848 der Inhaber der Gehülfenstelle starb, wurde der Vorschlag laut, ob statt eines Gehülfen nicht ein besser besoldeter «Architekt oder Fachmann» angestellt werden sollte. Aber man verzichtete darauf: man befürchtete, ein solcher könne gegenüber seinen Vorgesetzten – dem Domänenverwalter und der Baukommission – «von präponderierendem und maassgebendem Charakter oder Stellung seyn».[25] 1855 entschied man sich erneut gegen die Anstellung eines «städtischen Baumeisters».[26] Erst nach dem Amtsantritt Sulzers kam die Angelegenheit zu einer Lösung. 1859 erwirkte er von der Gemeinde die Erlaubnis, einen «provisorischen Stadtbaumeister» anzustellen.[27] Eben damals wurde in Zürich ein Baukollegium geschaffen; unter dem Vorsitz von Sulzers Rivalen Alfred Escher richtete es 1860 ein technisches Bureau ein und berief an seine Spitze den jungen, bisher vor allem im Bahnbau tätigen Ingenieur Arnold Bürkli (1833–1894).[28] Im gleichen Jahr schrieb nun auch Winterthur die Stelle eines «Bautechnikers» aus.[29] Bezeichnend ist, dass – entgegen der Zeittendenz – nicht ein Ingenieur, sondern ein ausgesprochener Architekt angestellt wurde: der Deutsche Wilhelm Bareiss (1819–1885), zum Zeitpunkt der Berufung Hofbaumeister der Fürsten Thurn und Taxis.[30] Und bezeichnend ist auch, dass Sulzer trotz diesen Änderungen an der altertümlichen Stadtverfassung festhielt. Bald schon machte sich, vor allem beim Strassenbau, das Fehlen eines Ingenieur-Fachmanns bemerkbar. Man behalf sich damit, dass man für die Planung fallweise einen Geometer beizog, der am kartographischen Institut von Jakob Melchior Ziegler arbeitete: Felix Erb (1814–1875), ein von Oberwinterthur stammender, ausgebildeter Lehrer.[31] Über Jahre hinweg versuchte dieser, seine Stellung als Stadtingenieur zu konsolidieren; 1866 gestand man ihm ein festes Taggeld für seine Arbeit als «städtischer Ingenieur» zu[32]; im folgenden Jahr wurde ihm, als er in den Stadtrat gewählt wurde, das Domänenamt zugeteilt – womit die Tätigkeit des Stadtingenieurs in einer ehrenamtlichen, nicht eigens zu vergütenden Leistung auf-

ging. 1872 demissionierte Erb von seinem Amt und zwang damit den Stadtrat, für ihn die Stelle eines Stadtingenieurs zu schaffen, wollte er ihn nicht verlieren.[33] Nun war es unvermeidlich geworden, die Stadtverfassung der Realität anzupassen: mit der neuen Gemeindeordnung von 1873 wurde das Domänenamt wieder in Bauamt umbenannt; der Gehülfe des Domänenverwalters wurde zum Materialverwalter; und die beiden Werkmeister-Ämter, die schon mit der Einstellung des Stadtbaumeisters ihre Funktion verloren hatten, wurden endgültig aufgehoben.[34] Nachträglich musste dann 1874 die Stelle eines städtischen Katastergeometers geschaffen werden, da Erb auch diese Aufgabe auf der Basis einer ungenügenden Auftragsumschreibung und -besoldung gelöst hatte. Nun war das Bauamt zu einer modernen Institution ausgebaut – aber schon setzte die Eisenbahnkrise ein, die wenige Jahre später die Aktionsmöglichkeiten der Stadt drastisch einschränken sollte.

Sulzer strebte ein möglichst rasches Wachstum der Stadt an; als Voraussetzung dafür betrachtete er die Anlage eines grosszügigen Strassennetzes. Auch hier zeigt sich wieder, wie Sulzer die Modernisierung aus traditionsreichen Einrichtungen zu entwickeln versucht. Als Grundlage für die Planung der Strassen benötigte man einen neuen Katasterplan. Im Zusammenhang damit bewog Sulzer 1860 die Korporation der Grundbesitzer, die in einem Gesetz von 1854 vorgesehene Bereinigung des Grundprotokolls in Angriff zu nehmen – dazu gehörte nämlich auch eine Neuvermessung. Die Stadt kam so zu der nötigen Planungsgrundlage; durch ihre finanzielle Beteiligung sicherte sie sich die Kontrolle über die Vermessung. Für die Entwicklung der Stadt war auch das 1865 «angelobte» Grundbuch selbst – in Hinsicht auf seine Ausdehnung und Qualität ein Pionierwerk – von grosser Bedeutung: auf der Grundlage des neuen kantonalen Privatrechts waren die verworrenen Rechtsver-

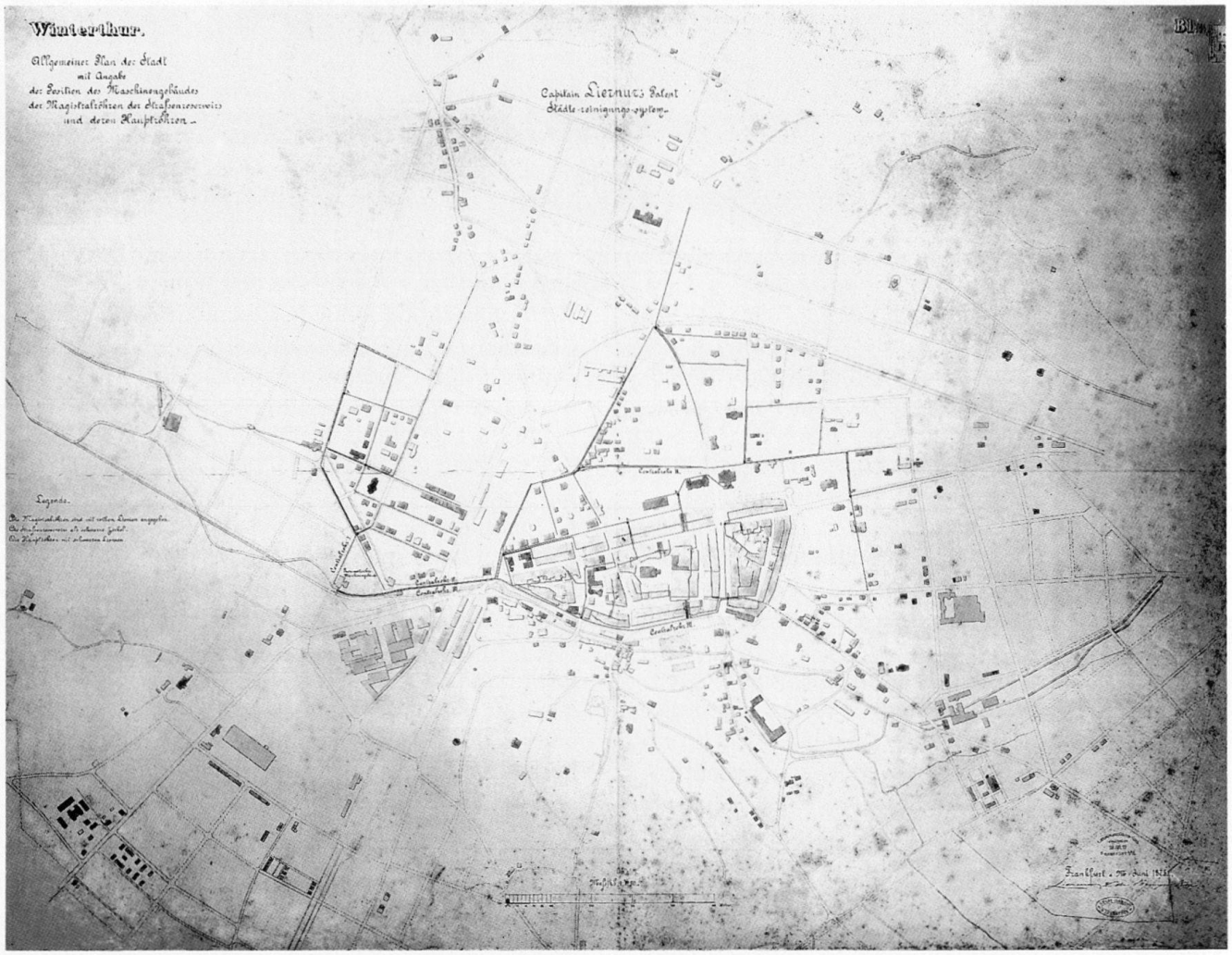

Abb. 22 Stadtplan von Winterthur mit projektierten Quartierstrassen (gestrichelt), 1874, von Stadtingenieur Felix Erb (1814–1875). In der Mitte der Bahnhof; links (westlich) das Neuwiesenquartier, rechts (östlich) das Bahnhofquartier und anschliessend das Neuquartier im Inneren Lind, alle angelegt um 1860–1870. Links unten das Tössfeldquartier. Schwarz eingezeichnet (1875): projektiertes Röhrennetz für eine pneumatische Fäkalienentsorgung nach dem System von Charles T. Liernur (1828–1893), (nicht realisiert).

Abb. 23 Winterthur. Schulhaus Neuwiesen an der Wartstrasse, erbaut 1875–1876 von Joseph Bösch (1839–1922), Stadtbaumeister bis 1875. Rechts die katholische Kirche, erbaut 1866–1868 von Stadtbaumeister Wilhelm Bareiss (1819–1885).

hältnisse vereinfacht und in eine übersichtliche Form gebracht, womit ein flüssiger Liegenschaftsverkehr überhaupt erst möglich wurde.[35] Während diese Vorbereitungen für eine umfassende Planung in Arbeit waren, wurde 1861 die Anlage eines Neuquartiers auf den westlichen oder unteren Neuwiesen (siehe Kap. 2.2.12) in Angriff genommen – hier sollte vorgeführt werden, dass sich durch eine moderne, unternehmerische Politik der Reichtum der Gemeinde rasch vermehren liess und durch eine Koordination privater und öffentlicher Interessen ein Gewinn für beide Teile zu erzielen sei. Die Stadt liess einen Quartierplan ausarbeiten[36], erwarb beträchtliche Teile des zu überbauenden Areals, erschloss es durch Strassen, teilte es in regelmässige Parzellen auf und verkaufte diese wieder an Private – mit der Bedingung, eine 1862 erlassene Bauordnung einzuhalten. Auf diese Weise konnte sie «rationell» planen, unbehindert von gewachsenen Besitzverhältnissen und ohne den Umweg über den Regierungsrat nehmen zu müssen, wie es das Gassengesetz von 1836 vorsah; und auf diese Weise konnte sie auch den von ihr geschaffenen Mehrwert selbst abschöpfen – der aus dem Verkauf der aufgewerteten Liegenschaften erzielte Gewinn konnte für den Unterhalt der Strassen, welche in Stadtbesitz blieben, eingesetzt werden. Schon im Dezember 1862 konnte festgestellt werden, «dass alle die Opfer an Capital und Arbeit, welche die Anlage des neuen Quartiers erforderlich machen, dem Stadt-Aerar reichen Gewinn bringen ... Es ist nun über alle Zweifel erhaben, dass innerhalb zweier Jahre ein neues geordnetes und lebenskräftiges, schaffendes und gesundes, einer Menge von arbeitenden Händen Raum bietendes Winterthur, wie aus dem Boden hervorgezaubert dastehen und das kräftigste Zeugnis dafür abgeben wird, dass alles, was mit Mass und in richtiger Würdigung der Zeit- und Verkehrs-Verhältnisse unternommen wird, gelingen muss.»[37] Die optimistischen Erwartungen erfüllten sich: Ende 1864 waren sieben Strassen realisiert, 28 Gebäude mit zusammen 85 Wohnungen teilweise oder ganz vollendet. Die Gasbeleuchtung hatte sich bis zum Neuquartier «Bahn gebrochen»; die Projektierung einer katholischen Kirche, mit welcher man weitere Siedler anzulocken hoffte, war an die Hand genommen.[38] Die Erstellung des Neuwiesenquartiers war zwar ein Erfolg, aber sie hatte auch gezeigt, dass die bestehenden Rechtsmittel ungenügend waren, um die Erschliessung der ganzen Stadtumgebung anzupacken. Hier kam nun das 1863 erlassene *Gesetz betreffend eine Bauordnung für die Städte Zürich und Winterthur und für städtische Verhältnisse überhaupt* zu Hilfe. Die Stadtbehörden erhielten mit ihm die Kompetenz, Strassenzüge und Baulinien festzulegen – sobald diese vom Regierungsrat genehmigt waren, erhielten sie Rechtskraft. Und für das ganze Baugebiet galten nun bestimmte Bauvorschriften. Die Bauwilligen mussten Gesuche mit Plänen einreichen, um die Baubewilligung zu erhalten. Was aber, wenn – wie es im Neuwiesenquartier geschehen war – einzelne Grundbesitzer sich weigerten, das für den Strassenbau nötige Land zu verkaufen oder übersetzte Forderungen stellten? Zur Lösung dieses Problems entwickelte Sulzer eine wiederum sehr eigenwillige Lösung – er kombinierte das Baugesetz mit einem 1862 erlassenen *Gesetz über Eintragung der Grunddienstbarkeiten und Reallasten in die Grundprotokolle und die Anlage offener Flur- und Feldwege.* Dieses erstrebte die Entstehung eines zusammenhängenden Netzes von öffentlich zugänglichen Feldwegen. Die für die Flurwege verantwortlichen Grundbesitzer hatten eine Kommission einzusetzen, welche das zukünf-

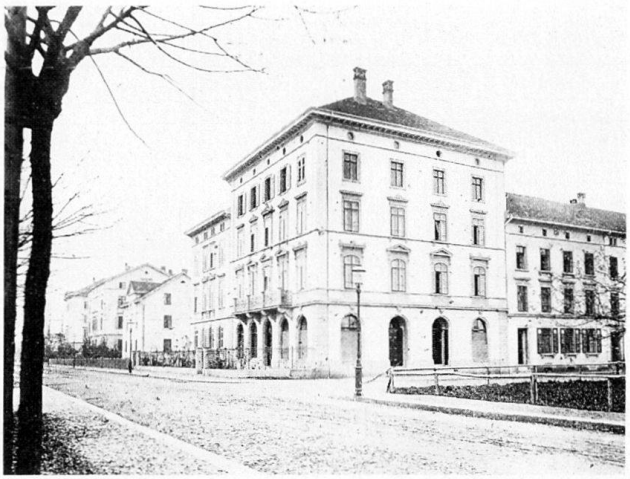

Abb. 24 Winterthur, Neuwiesenquartier. Kopfbau «Wartburg» der geschlossenen Überbauung an der Wartstrasse, erbaut 1865 von Baumeister Georg Schulthess (1835–1902).

tige Wegnetz festlegte und die Entschädigung für Rechts- und Grundabtretungen unter den Beteiligten regelte. Sulzer machte nun darauf aufmerksam, dass mit dem Inkrafttreten des Baugesetzes die meisten bestehenden oder neu anzulegenden Flurwege in jenem städtischen, zur Bebauung vorgesehenen Bereich lägen, in welchem die Stadt die Anlage eines Vicinalstrassennetzes (Verbindungsstrassen zwischen Hauptstrassen) plante. Er schlug vor, dass die Stadt anstelle der Feldwege Vicinalstrassen anlegte, womit die Grundbesitzer von ihrer Verpflichtung zu Bau und Unterhalt der Wege entbunden wären. Als Gegenleistung verlangte er die unentgeltliche Abtretung des nötigen Landes an die Stadt. 1863 kam ein entsprechender Vertrag zustande.[39] Die Grundbesitzer kamen dadurch zu wertvollem Bauland, die Stadt erhielt das Land zur Anlage der Strassen und war von der Auseinandersetzung mit widerspenstigen Grundbesitzern befreit: innerhalb der Korporation der Grundbesitzer konnte die Mehrheit Einzelne zum Einlenken zwingen. «So kam es, dass, als 1879 im Kantonsrat ein Expropriationsgesetz beraten wurde, von Winterthur aus mit einiger Genugtuung festgestellt werden konnte, dass hier ein solches nicht einem dringenden Bedürfnis entgegenkomme, weil es Winterthur gelungen sei, rechtzeitig mit dem möglichst geringen Mass von Kosten für das städtische Aerar ein Strassennetz rings um die Stadt zu schaffen, das auch bei einer raschen Entwicklung vollkommen ausreichen werde».[40]
Die Stadt konnte von der durch den Strassenbau geschaffenen Wertvermehrung nur dort profitieren, wo sie selbst Grundbesitzerin war. Als Stadtingenieur Erb 1873 die Erschliessung des Tössfeldes plante, dehnte er deshalb den Strassenraster auch auf das grösstenteils stadteigene Gebiet östlich der Schienen aus: am Fuss des Heilig- und des Eschenberges sollte ein Quartier entstehen, das sich vom Unteren Vogelsang über eine Länge von beinahe zwei Kilometern bis zur Töss erstrecken sollte. Der grösste Teil dieses Gebiets bestand allerdings aus Wald. Tatsächlich wurde ein Stück davon gerodet; zur Ausführung kamen aber nur die Strassen im Tössfeld. Dieses Vorhaben ist bereits vom unrealistischen Geist und von der Geldnot der Nationalbahnzeit geprägt; es mag hier scheinen, als handle es sich bei der demokratischen Stadtplanung in erster Linie um ein grossangelegtes Spekulationsunternehmen. Aber dem ist nicht so; es bestand ein differenziertes Gesamtkonzept. Es wurde zwar nicht schriftlich oder zeichnerisch ausformuliert, aber man kann es aus der Abfolge der Einzelplanungen, aus den Diskussionen um die Standorte öffentlicher Bauten und aus den Teilbauordnungen rekonstruieren. Wie in Zürich galt es, einen Bahnhof einzubinden, der auf der «Rückseite» der Stadt lag. Die Lösung der Aufgabe ist in den beiden Städten strukturell ähnlich: eine aus dem Altstadtgraben entwickelte Achse wird zur Bahnhofstrasse, das vor dem Bahnhof liegende Areal wird zu einem Geschäftsquartier, die Zone, wo man den Bahnhof lieber gehabt hätte, zum Stadthausquartier, und die Gegend hinter dem Bahnhof zu einem Industriequartier (Abb. 22). Interessanter als die - wenig augenscheinlichen - Gemeinsamkeiten sind allerdings die Unterschiede. In Winterthur wurden 1859, kurz nach dem Baubeginn des definitiven Bahnhofgebäudes, als erstes zwei Projekte angepackt: die Verlegung des stadtnahen Teils der Schaffhauserstrasse und die Erschliessung der dreieckigen Zone zwischen Bahnhof und Altstadt. Die Einbindung des Bahnhofs in die Altstadt war schwierig, weil die Schienen schiefwinkling zur nördlichen Ringstrasse verliefen. In einem Stand-

Abb. 25 Winterthur. Eckbauten am Nordende des Grabens: links «Warteck», 1857-1861 von L. Zeugheer, rechts Wohn- und Geschäftshaus, 1874, wohl von Ernst Jung, Foto Joh. Linck.

Abb. 26 Winterthur. Mietshaus «Römerhof» an der Ecke Obertor-Platanenstrasse (heute General-Guisan-Strasse), erbaut von Baumeister Richard Schnitzler (1837-1908), nach dem 1864 durchgeführten Abbruch des Obertors.

ortvarianten-Plan von 1853 ist für den später gewählten Nordwestbahnhof eine axial vom Stationsgebäude ausgehende Bahnhofstrasse vorgesehen, die bereits durch einen alten Feldweg vorgezeichnet war: sie wäre diagonal in den Nordring eingelaufen und hätte mittels eines Durchbruchs in den Rindermarkt *(Neumarkt)* eingeführt werden können (Abb. 19). Die Nordostbahn erstellte aber vorerst bloss ein kleines provisorisches Stationsgebäude, und dieses disponierte sie senkrecht zu den Schienen – die Hauptfassade wurde so zur nördlichen Wand des Platzes vor dem Untertor (Abb. 20). Bei der Errichtung des definitiven Stationsgebäudes wurde diese geschickte städtebauliche Lösung nicht beibehalten. Der Bau wurde, wie ursprünglich vorgesehen, parallel zu den Schienen plaziert – allerdings nicht in der Achse des erwähnten alten Feldweges (Abb. 21, 22). Damit war eine mit dem Rindermarkt koordinierte Diagonale nicht mehr möglich. Die Stadt entschloss sich, das Dreieck zwischen Bahnhof und der nördlichen Ringstrasse durch eine senkrecht zur letzteren verlaufende Strasse mit zwei Querarmen zu erschliessen *(Bankstrasse;* Abb. 22, 83). Dem Bahnhof wurde so städtebaulich die kalte Schulter gezeigt – so wie dieser es im Verhältnis zum Platz vor dem Untertor tat. Dieser wurde funktionell zum eigentlichen Bahnhofplatz, und das Weststück des Nordrings zur Bahnhofstrasse; beide haben keinen direkten Bezug zum Bahnhofgebäude.

Die zwiespältige Einstellung der Stadt zum Nordwestbahnhof kommt auch im Projekt zur Verlegung der *Schaffhauserstrasse* zum Ausdruck. Es ist verständlich, dass man diese wichtige Strasse an einem anderen Ort an die Altstadt einführen wollte als bei der engen Schmiedgasse. Durch eine bescheidene Korrektur hätte man sie in den Rindermarkt einführen können – womit sich erst noch die Gelegenheit geboten hätte, die neue Achse mit einer grosszügigen städtebaulichen Einbindung des Bahnhofs zu koordinieren. Aber man wollte die Schaffhauserstrasse nicht näher zum Bahnhof hin, sondern im Gegenteil weiter von ihm weg verlegen – nämlich in die Achse des *Grabens.* Auf diese Weise wollte man das gleiche Ziel erreichen, das man bereits mit dem Projekt eines Lindbahnhofs angestrebt hatte: die Aufwertung des Grabens, des städtebaulichen Repräsentanten der Textilachse. Die Funktion einer Kantonsstrasse verblieb zwar der alten Schaffhauserstrasse, aber die geplante Strasse in der Achse des Grabens wurde dennoch verwirklicht: es handelt sich um die *Lindstrasse,* die in einem grossen Bogen in den Rosenberg führt. Die Kreuzung der Achse Lindstrasse–Graben und des Nordrings *(Stadthausstrasse)* wollte man repräsentativ ausgestalten: hier sollte eine verkleinerte Ausgabe des Rathausquartiers entstehen, das Zürich 1858 im Kratz geplant hatte. Das Stadthaus wurde zuerst in der Altstadtecke vorgesehen, dann aber schräg gegenüber als freistehender Bau verwirklicht – und zwar von jenem Architekten, dessen Kratzquartier- und Rathausprojekt in Zürich schubladisiert worden war, von Gottfried Semper *(Stadthausstr.* 4a; Abb. 30).

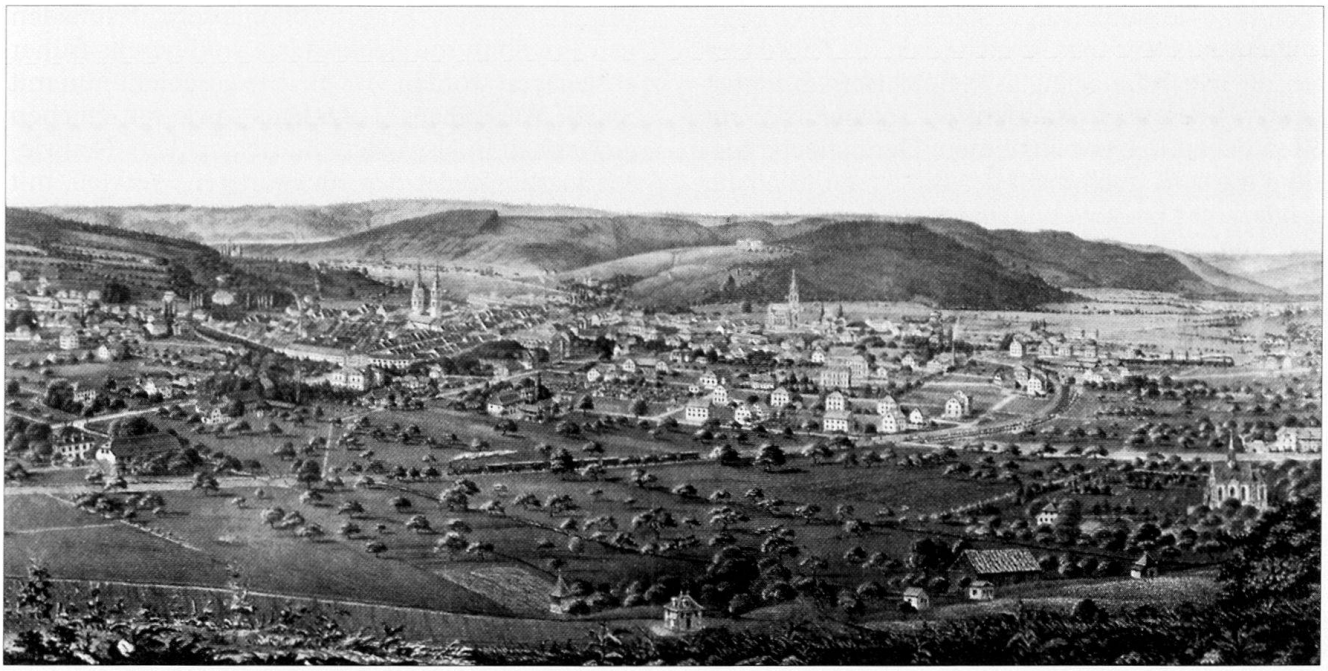

Abb. 27 Winterthur. Panoramatische Vedute der Stadt von Nordosten, vom Bäumli aus. Lithographie, 1869, von R. Erismann; Ausschnitt. Links von der geschwungenen Bahnlinie das Quartier im Inneren Lind; rechts aussen die gerade fertiggestellte Kapelle des neuen Friedhofs im Schwalmenacker (Rychenberg).

Anders als in Zürich setzt in Winterthur die Planung für das Areal hinter dem Bahnhof unmittelbar nach derjenigen des Bahnhof- und des Rathausquartiers ein: dem geplanten Neuquartier kommt in Winterthur eine besondere Bedeutung zu (siehe Kap. 2.2.12). Die Anlage geht auf einen Vorschlag Sulzers vom 17.12.1860 zurück: In Kürze werde der Stadtrat über die Erstellung von Arbeiterwohnungen zu beraten haben; um «in dieser Beziehung gehörig vorzuarbeiten», solle man «die untere Neuwiese ... in genauere Betrachtung ziehen».[41] Wenige Tage später erhielt der Stadtrat einen Brief des Textil- und Maschinenfabrikanten Heinrich Rieter, in welchem dieser die Behörden zur Zusammenarbeit betreffend Arbeiter-Wohnbau aufforderte. Rieter schwebte als Vorbild die seit 1854 im Bau begriffene «Cité ouvrière» in Mülhausen vor; er propagierte den Bau von «kleineren, (mit) etwas Pflanzland» ausgestatteten Häusern, während er den Bau von «Arbeiter-Quartieren (Casernen-System)» ablehnte (zum Arbeiterwohnbau vgl. auch Kapitel 2.1.5).[42] Sulzer wollte dieser Initiative nicht nach-, sondern zuvorkommen – es galt, einer sich abzeichnenden Entwicklung gegenzusteuern. Die Fabriken von Rieter und Sulzer beschäftigten damals zusammen bereits um 1000 Arbeiter. Sulzer hatte nicht vor, seine Stadt zu einer Wohnablage für die Grossindustrie zu machen. Er wollte jener Bevölkerungsgruppe Entwicklungsraum schaffen, die die Basis der Stadt ausmachte: die der Gewerbetreibenden. Das neue Quartier war in erster Linie für mechanisierte Kleinbetriebe gedacht. Für die Bebauung sah man keineswegs Einfamilienhäuschen vor – sie wurden als unstädtisch-dörflich empfunden; und war man ja nicht, wie die Fabrikherren, an unselbständigen, in Kleinhäusern isolierten Leuten interessiert, sondern an solchen, die am öffentlichen Leben teilnahmen. Der bauliche Idealtyp war aber auch nicht der Blockrand-Mietbau, sondern das freistehende, längs zur Strasse orientierte, allenfalls zu Zweien oder Dreien zusammengefügte Mehrfamilienhaus (Abb. 24 hinten, 172; vgl. auch Kapitel 2.1.5).[43] Stilistisch gesehen handelt es sich um ein klassizistisches Modell, und klassizistisch ist auch die Gesamtanlage des Quartiers. Das städtebauliche Grundelement ist eine moderne «Gasse», nämlich eine Zweierkolonne von freistehenden Gebäuden. Drei solche Kolonnen ziehen von der Rudolfstrasse aus westwärts; gestoppt vom Eulachkanal, schwenken sie nach Norden und erreichen die Wülflingerstrasse (Abb. 22). Im Eckbereich scheiden die sich überschneidenden Strassen ein Inselquadrat aus: es wird für den Bau der katholischen Kirche reserviert (Abb. 23). Eine einzige Achse wird mit geschlossenen Häuserreihen gesäumt – die *Wartstrasse,* die «Marktgasse» des Neuquartiers (Abb. 24). Auch sie ist klassizistisch: ein durchgehender, in sich ruhender Korridor. Diese Überbauung wird dem Textilkaufmann und -fabrikanten Friedrich Imhoof-Hotze übertragen; er bricht das Unterfangen ab, als ihm klar wird, dass die Gasse «zu schmal und in ungünstiger Richtung» erstellt sei[44]: erst Jahrzehnte später wird die Bebauung zu Ende geführt. Als Grundmuster erweist sich so das Reihen von kleinen Mehrfamilienhäusern. Es hat die Stadt Winterthur in auffälliger Weise geprägt, bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein.

Das Neuwiesenquartier verhält sich seltsam sperrig zu den zeitgenössischen Stadterweiterungen, bei welchen sich eine flächenübergreifende Schachbrett-Erschliessung und eine Gestaltung mit Achsenbezügen und Platzräumen Bahn bricht. Aber auch in Winterthur findet sich ein in diesem Sinn gestaltetes Quartier – es handelt sich um die Altstadt (siehe Kap. 2.2.1). Durch Abbruch der verbliebenen Tore und Bogen, durch Aus- und Durchbrüche, durch Zusammenfassung spätmittelalterlicher Parzellen und durch den Ausbau von Hinterhäusern versuchte man, sie zu einer modernen Schachbrettsiedlung mit grossstädtischen Blockrandbauten umzugestalten (Abb. 25, 26). Jetzt lässt sich das Gesamtkonzept Sulzers erkennen (Abb. 22). Die erneuerte Altstadt mit den Ringanlagen und das «Neu-Winterthur» in den Neuwiesen bilden zusammen einen neuen, erweiterten Stadtkern. Er hat eine zweiteilige Struktur. Die Altstadt bildet den repräsentativen Frontteil, mit Hauptkirche, Stadthaus, Museum, Schulhäusern, Verwaltungsbauten, Banken, Etagenwohnhäusern, Kaufläden usf. Friedhof und Schiessplatz sind bereits früher ausgelagert worden, das gleiche geschieht nun mit Spital, Waisenhaus, Lagerhaus sowie mit etlichen gewerblich-industriellen Betrieben. Das Neuwiesenquartier bildet den rückwärtigen Werkteil, mit zahlreichen kleinindustriellen Betrieben. Mit dem Neuwiesenquartier wird der Bahnhof zugleich «erfasst und gleichsam 'in die Stadt' hineingeschoben»[45]: er ist so für die Kernstadt gesichert und kann nicht mehr von der Grossindustrie vereinnahmt werden. Er bildet das Gelenk zwischen den beiden Stadtteilen, die Schienen bilden einen trennenden und zugleich verbindenden Fluss (Abb. 3, 4). Wie bei alten Städten wenden die Stadtteile ihm den Rücken zu. Das Gebiet ausserhalb dieses erweiterten, zweiflügligen Stadtkerns wird der freien baulichen Entwicklung überlassen. Die Stadt selbst plaziert in dieser peripheren Zone Grossanlagen wie das Einwohnerspital, die Gasfabrik, die Kaserne, das Waisenhaus, den städtischen Werkhof, den Friedhof, den Schiessplatz. Es entsteht vorerst eine recht gemischte Bebauung:

Kleinvillen stehen neben Gewerbebetrieben. Im Innern Lind (Abb. 27) dominieren vornehme Wohnhäuser, im Tössfeld und im Deutweg ist der industrielle Charakter stärker ausgeprägt (siehe Kap. 2.2.2; 2.2.4; 2.2.9). Zur Zeit des Nationalbahndebakels ist Winterthur noch eine «industrialisierte Gewerbestadt» - obwohl die Hauptfabriken sich stark vergrössert haben, obwohl die ersten Arbeitersiedlungen entstanden sind, bleibt die Grossindustrie noch ein Rand-Phänomen.

2.1.4 Das Stadthaus: Architektur in Winterthur zwischen Klassizismus und Historismus

1866 schlug der Maschineningenieur Friedrich Autenheimer die Gründung eines schweizerischen Technikums vor, einer Schule, die zwischen den Gewerbeschulen und dem Polytechnikum stehen und in der «das Wesentliche ... aus den Wissenschaften des Ingenieurs und des Baumeisters» gelehrt werden sollte. Acht Jahre später wurde in Winterthur ein kantonalzürcherisches Technikum eröffnet (siehe Kap. 1.4.3). Es ist kein Zufall, dass jene Stadt das erste Technikum der Schweiz erhielt, welcher die Modernisierung des Gewerbes besonders am Herzen lag. Das Winterthurer Baugewerbe hatte eine Förderung nötig: Bei der Planung des Mädchenschulhauses um die Jahrhundertmitte hatte sich die Hilflosigkeit der lokalen Baufachleute deutlich gezeigt; für die Lösung von anspruchsvolleren Aufgaben war man auf den Beizug von Zürcher Architekten angewiesen.[46] Auch für die Stadtbaumeisterstelle hatte man einen auswärtigen Architekten heranziehen müssen. Von den Angehörigen alter Winterthurer Baugeschlechter gelang es nur dem Baumeister Georg Schulthess (1835-1902), sich auch als entwerfender Architekt einen Namen zu machen.[47] Seine Tätigkeit setzt mit der Anlage der Neuquartiere in der Neuwiese und im Inneren Lind in den 1860er Jahren ein - er hat sie mit zahlreichen Bauten nachhaltig geprägt; von ihm stammen etwa die geschlossenen Reihenbauten an der *Wartstrasse* (Abb. 24, 119). Schulthess blieb - bis ins späte 19. Jahrhundert hinein - jener schlichten und gediegenen Baurichtung treu, welche sich in den 1830er Jahren formiert hatte - als Reaktion auf die neugriechisch-idealistische Architektur mit ihrer Vorliebe für unpraktische Säulenportiken. Den Auftakt zur architektonischen Regeneration bildete in Winterthur das 1838-1842 erbaute Knabenschulhaus *(Stadthausstrasse* 6; Abb. 17). Sein Architekt, Leonhard Zeugheer (1812-1866), hat in Winterthur eine stattliche Anzahl von Bauten verwirklichen können. Seiner Bauauffassung, der noch ein Hauch des Dixhuitième anhaftet, stand Schulthess besonders nahe - aber sie galt um 1860 bereits als rückständig. Zeugheers Generationsgenosse Ferdinand Stadler (1813-1870) wusste sich den neuen Strömungen besser anzupassen; das 1862-1864 nach seinen Plänen erbaute Altstadtschulhaus *(Lindstr.* 1; Abb. 118) nimmt sich neben dem benachbarten Knabenschulhaus als aufwendiges Schulschloss aus. Noch aufgeschlossener war der Stadtbaumeister Wilhelm Bareiss (1819-1885).[48] Ihm wurden mehrere Bauten übertragen, bei welcher die Stadt zuständig oder beteiligt war: Kavalleriekaserne, Badanstalt, Postgebäude, Friedhofkapelle (Abb. 185, 80, 163, 150). Sie zeugen von einem neuen, vertieften Verständnis von der Eigenart historischer Stile. Bareiss hat in Winterthur die Neugotik bekannt gemacht, vor allem mit seinem Hauptwerk, der katholischen Neuwiesenkirche *(Wartstrasse* nach Nr. 29; Abb. 23). Für diesen Bau und für das Stadthaus wurden Wettbewerbe veranstaltet: es handelt sich um die zwei Hauptmonumente der demokratischen Kapitale Winterthur. Ausser dem Stadtbaumeister wurden Gottfried Semper (1803-1879) und Ferdinand Stadler eingeladen, der letztere nur für den Stadthauswettbewerb. Der Beizug Sempers geht auf die Initiative Sulzers zurück, der mit dem Architekten über den gemeinsamen Freund Richard Wagner persönlich bekannt war. Semper beschäftigte sich im gleichen Jahr 1864 mit den beiden Projektaufgaben. Für die Neuwiesenkirche entwarf er einen zentralen Kuppelbau in Neurenaissanceformen[49] - und erlitt damit das gleiche Schicksal wie im Hamburger Nicolaikirchenwettbewerb: bevorzugt wurde das konventionellere Projekt von Bareiss, das den zeitüblichen Vorstellungen von einem kirchlichen Bau besser entsprach. Im Stadthauswettbewerb erfüllte sich aber die Hoffnung Sulzers: das Sempersche Projekt wurde den beiden anderen vorgezogen, obwohl es sich nicht an die vorgesehenen Kostengrenzen hielt; 1865-1869 wurde es ausgeführt *(Stadthausstr.* 4a). Winterthur erhielt damit eines der bedeutendsten Bauwerke des 19. Jahrunderts - und auch eines der ungewöhnlichsten.[50]

Semper ging bei der Planung des Stadthauses von einem rund zwanzig Jahre alten Museumsprojekt aus, in welchem eine kreuzförmige, mit Zentralkuppel und Säulenportiken bestückte Anlage mit einem Vierflügel-Ring kombiniert ist. Es fragt sich vorerst, warum der Architekt klassische und nicht mittelalterliche Formen wählt, wo doch die Bauaufgabe des kommunalen Rathauses historisch mit dem späten Mittelalter verknüpft ist. Semper selbst hat in seinem Hamburger Rathausprojekt von 1842 romantisch aufgefasste mittelalterliche Elemente eingesetzt, und im Projekt für ein Zürcher Rathaus von 1858 verwendet er die Formengrammatik der

deutschen Renaissance, die mit der Spätgotik verwandt ist.[51] Nur im Projekt für ein Glarner Rathaus von 1862 folgt er seiner Vorliebe für klassische Formen.[52] Aber hier handelt es sich nicht um ein kommunales, sondern um ein kantonales Rats- und Regierungsgebäude – zu ihm passt eine römisch-republikanische Ikonologie. Auch im Fall des Winterthurer Stadthauses steht nun nicht der Anspruch auf kommunale Eigenständigkeit, sondern der auf Allgemeingültigkeit im Vordergrund. Für den Sulzer-Kreis sollte der Bau das geistig-politische Zentrum des ganzen Kantons, ja der ganzen Nation sein. Von hier aus sollte jenes demokratische Prinzip verbreitet werden, das auf Gemeindeebene bereits exemplarisch verwirklicht war – das einer Direktwahl der Regierung durch das Volk. Die Auftraggeber wollten einen klassisch instrumentierten Bau: schon im Bauprogramm schrieben sie als Hauptmotiv eine sechssäulige korinthische Kolonnade vor. Klassisch formuliert war auch ein Architekturprojekt, das – nebst anderen Vorbildern wie zum Beispiel dem Kapitol in Washington – die Vorstellungen über die Gestalt eines zukünftigen Stadthauses mit geprägt haben dürfte. Es handelt sich um einen Entwurf des Architekten Johann Georg Müller zu einem schweizerischen Nationaldenkmal. Er erinnerte an Winterthurs Beitrag zur Schaffung eines Bundesstaates: er war im Zusammenhang mit einem Wettbewerb entstanden, der 1843–1844 auf Initiative des Winterthurer Geographen und Universalgelehrten Jakob Melchior Ziegler veranstaltet worden war.[53] Vier Jahre vor der Durchführung des Stadthauswettbewerbs hatte Ziegler dieses Idealprojekt veröffentlicht (Abb. 28).[54] Der Grundplan stellt, wie es Ziegler gefordert hatte, das Schweizerkreuz dar; den Querarm bildet ein offener Hof, den rückwärtigen Arm eine überkuppelte Rotunde, den Frontarm aber ein griechischer Tempel, dessen Cella eine als «Amphitheater der Reden und Feste» dienende Monumentaltreppe fasst.[55]

Auf diese Erwartungslage geht Semper ein, wenn er ein Projekt zum Ausgangspunkt nimmt, in welchem Kreuzform, Tempelportikus und Kuppel die Hauptrolle spielen. Er passt es der neuen Aufgabe dadurch an, dass er die rückwärtigen Teile weglässt und so das Kreuz auf ein T reduziert: der Querarm nimmt den Gemeindesaal auf, der Frontarm eine überkuppelte Vorhalle. Semper ist mit diesen Vereinfachungen auf dem gleichen Weg, den er zwei Jahre zuvor bei der Projektierung des Glarner Rathauses eingeschlagen hatte. Auch dieser Entwurf basiert auf dem Schema des reduzierten Kreuzbaus, aber die Verwandtschaft mit architektonischen Gebilden wie denjenigen des Museumsprojekts ist unkenntlich gemacht – der Bau erscheint als kompakter, mit einer kolossalen Blendkolonnade ausgestatter Neurenaissancepalazzo. Semper hat klassizistische Motive sorgfältig ausgemerzt, vor allem solche, die an den griechischen Tempel erinnern. Nach Sempers Überzeugung ist es zwar allein der griechischen Architektur gelungen, sich zu freier, selbstzwecklicher Idealität zu emanzipieren; aber die hellenische Bauweise ist ihrer Natur nach «mikrokosmisch» und «individualistisch»: der «säulengetragene, gerade Sturz ... versagt seine Dienste», wo es um die Anlage «weiträumiger Bauanlagen» geht.[56] Man kann sie nicht, wie die Neugriechen es tun, kritiklos auf die Neuzeit mit ihren komplexen und universalen Verhältnissen übertragen. Das peripterische Säulenhaus, die wichtigste architektonische Schöpfung der Griechen, ist Ausdruck einer historisch einmaligen Situation: für eine kurze Weile finden sich Individualität und Allgemeinheit, Religion und Politik zu einer Synthese – dann treten diese Momente wieder auseinander.[57] Es ist unsinnig, das Tempelmotiv für Kirchen oder Theaterbauten zu verwenden – den ersteren fehlt der politische, den letzteren der religiöse Aspekt des griechischen Tempels. Das Motiv ist aber selbst bei Parlamentsbauten fehl am Platz, da diese Bauaufgabe eine der griechischen Städtewelt fremde, universalistische Staatsidee voraussetzt. Ein tempelförmiges Nationaldenkmal, das von einem Fürsten errichtet worden ist, stellt einen Widerspruch in sich selber dar. Semper drückt seine Abneigung gegen solch stillose Verhältnisse dadurch aus, dass er sich in der Verwendung des Tempelmotivs strengste Zurückhaltung auferlegt. Bei der Planung des Winterthurer Stadthauses geschieht nun aber etwas ganz Unerwartetes: das Tempelthema, das zur Auflösung bestimmt schien, wird plötzlich wieder akzentuiert. Zuerst gibt der Entwerfer dem Gemeindesaal eine dreischiffig-basilikale Form und dreht ihn in die Längsachse. Damit tritt der Hauptraum des Gebäudes in ein direktes Verhältnis mit dem übergiebelten Portikus – sie gehören zu einem längs durch die Anlage laufenden Korpus. Er überragt niedrigere Flügelbauten, deren Herkunft aus dem Motiv eines Kreuzquerarms kaum mehr kenntlich ist. Der Bau gibt sich als ein Gefüge von Längselementen. Diese marschieren vorerst auf eine gemeinsame Frontlinie auf, aus der nur der Portikus vorsteht – dieser erscheint immer noch als gesondertes, einer Queranlage vorgelagertes Element. In einem zweiten Schritt fasst nun der Architekt das Treppenhaus mit dem Vestibül zu einem steilen, auf die Breite des Gemeindesaal-Mittelschiffs beschränkten Kastenraum zusammen – und im Zusammenhang damit schiebt er den Mittelkörper energisch nach vorn. Damit wird die Erinnerung an die Kreuzbauidee des Museument-

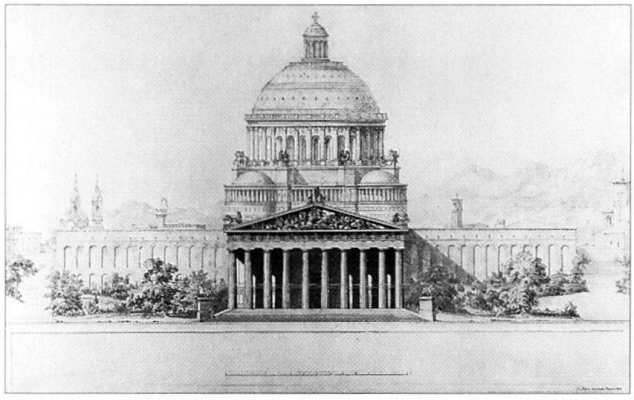

Abb. 28 Entwurf zu einem schweizerischen Nationaldenkmal von Johann Georg Müller (1822–1849), 1844.

wurfs und des Müllerschen Idealprojektes wieder wach: die Flügel erscheinen als Teile eines Querbalkens, der einen dominierenden Längskörper durchstösst. Der letztere aber hat die Gestalt eines monumentalen Pseudoperipteros, mit hohem römischem Sockel und mit einer bastionsartig vorgelagerten Treppenrampe (Abb. 29, 30). Das Motiv des Tempel-Säulenhauses ist auf eine Weise exponiert, wie es bei einem Mehrzweckbau kaum möglich schien. Das Stadthaus übertrumpft diesbezüglich das 1818–1821 erbaute Berliner Schauspielhaus des Neugriechen Schinkel und gerät in die Nähe des 1830–1841 erbauten Nationaldenkmals «Walhalla» von Klenze.

Der Bezug auf diese beiden Schlüsselbauten des neugriechischen Klassizismus ist nun aber nicht im Sinn einer Hommage gedacht, sondern in dem einer Kritik. Semper erkannte, dass sich mit dem Winterthurer Auftrag eine seltene Gelegenheit bot: hier konnte er einmal nicht bloss auf negative Weise, sondern an einem positiven Beispiel zeigen, dass das Säulenhausmotiv nur unter ganz bestimmten Bedingungen verwendet werden darf. Dass diese Bedingungen beim Winterthurer Stadthaus erfüllt sind, dürfte ihm in jenem Moment klar geworden sein, als er sich über die typologische Sonderstellung des Baus Rechenschaft ablegte. Im Gegensatz zu den üblichen kommunalen Rathäusern handelte es sich nämlich beim Stadthaus nicht einfach um ein verkleinertes Regierungs- und Parlamentsgebäude: die Legislative, für die der Hauptsaal bestimmt war, bestand nicht aus Repräsentanten der Bürgerschaft, sondern aus der Gesamtheit der Bürger selbst. Funktionell hatte das Stadthaus nicht nur das barocke Rathaus zu ersetzen, sondern auch eine mittelalterliche Basilika, nämlich die Stadtkirche, die bisher als Versammlungssaal der Bürgergemeinde diente. Wenn das Motiv des griechischen Säulenhauses in der Neuzeit irgendwo eine Berechtigung haben konnte, dann war es in Winterthur: hier wollte eine «selbst Priester und Monarch gewordene»[58] städtische Gemeinschaft einen Tempel für ihre Beratungen errichten – und damit gleichzeitig dem Anspruch Ausdruck geben, auch auf überkommunaler Ebene direkt mitbestimmen zu können.

Die Frage war nun, wie das skulpturenhafte Säulenhaus einen weiträumigen Versammlungssaal aufnehmen konnte. Zur Lösung dieses Problems greift Semper auf eine Idee Palladios zurück: dieser hatte seine Kirchenbauten so gestaltet, dass sie als eine Verschmelzung von Säulenhaus und Basilika erscheinen. Zwei bedeutende Bauformen sind damit so verbunden, dass sich ihre komplementären Schwächen – Raumfeindlichkeit und Mangel einer monumentalen Aussenform – aufheben. Der Renaissancearchitekt hat diese schöne Erfindung allerdings für einen fragwürdigen Zweck verwendet; er hat mit ihr zur Festigung der weltlichen Macht der Priester beigetragen. Bei der Basilika handelt es sich nach Semper um eine kriegerische Bauform; sie ist horizontal-gerichtet wie der Körper niederer, auf den Überlebenskampf ausgerichteter Tierarten. Wenn die christliche Kirche für ihre Gotteshäuser diese ganz und gar profane Bauform wählt, verrät sie sich als eine unfromme «Ecclesia militans». Zu jener «himmelstrebenden, das Irdische verachtenden» Religiosität, um welche sich die christliche Kirche bemühen sollte, passt eine

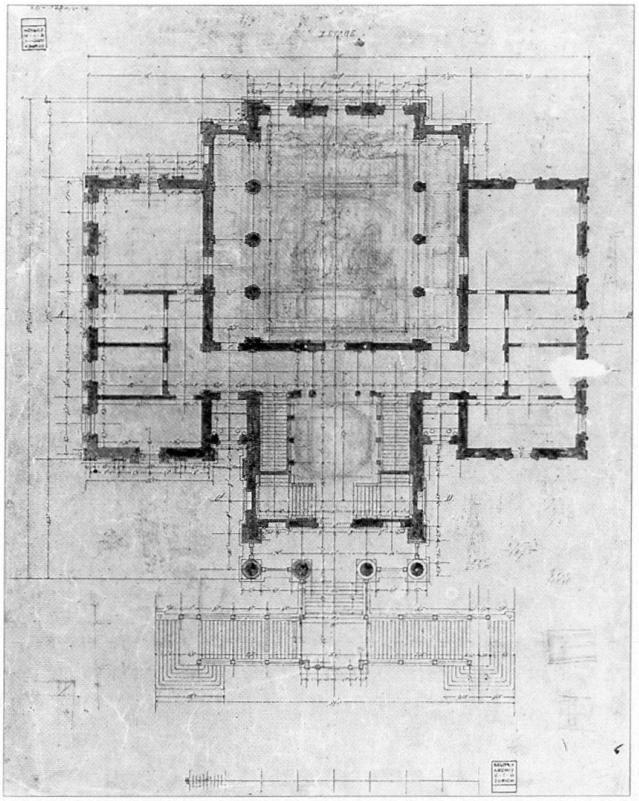

Abb. 29 Winterthur, Stadthaus. Grundriss des ersten Stockes mit skizziertem Deckenschmuck. Werkplan von Gottfried Semper (1803–1879), um 1865.

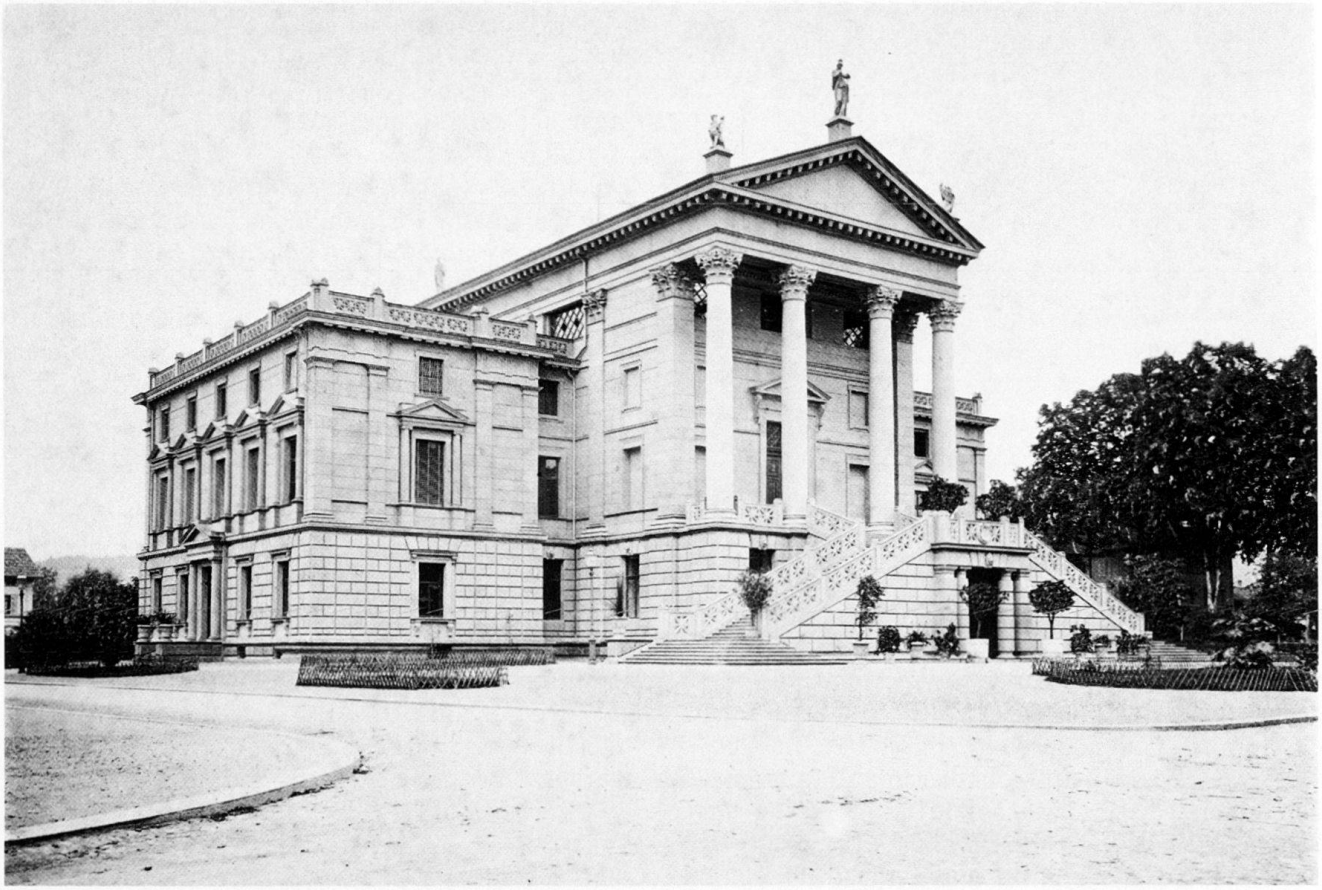

Abb. 30 Winterthur, Stadthaus, errichtet 1865–1869 von Gottfried Semper. «Perspektivische Ansicht» des Gebäudes. Fotografie 1870, von Benon & Wysocki.

Bauform, die einer friedlichen Pflanze gleicht. Deshalb hat Semper die katholische Kirche Winterthur als in sich ruhenden Zentralbau mit einer himmelwärts strebenden Kuppel projektiert.[59] Die palladianische Tempel-Basilika aber gilt es einem Zweck zurückzuerobern, wo die Gerichtetheit legitim ist. Das ist beim Stadthaus der Fall: hier ist das «freie Menschtum» selber und nicht ein von Priestern verwalteter Altar Ziel der von der Architektur verursachten Bewegung. Das Doppelmotiv einer Säulenhaus-Basilika verbündet sich nun in einer nächsten Entwurfsphase mit einer weiteren Bauform, und dieser ikonologischen Verdichtung verdankt sich die endgültige Emanzipation des Tempelthemas vom Palastschema. Semper verquickt in der Schlussphase der Planung Treppenanlage und Eingangshalle auf eine – scheinbar – so ungeschickte Weise, dass die erstere als eine zu klein und zu hölzern geratene Rampe, die letztere als ein überdimensionierter Treppenschacht erscheint (Abb. 31). Genau das hat der Entwerfer beabsichtigt – er will nämlich das antike Atrium «wieder hervorzaubern», ein «wunderbar reiches, vielgegliedertes und doch einiges Werk», von dem man mangels baulicher Reste keine genauen Vorstellungen mehr hat. In Sempers Phantasie handelt es sich bei diesem um eine mehrgeschossige Halle, in welchen Stege, Lauben, Schranken und Tribünen hineingezimmert sind.[60] Was aber hat dieses zur Gattung des Wohnhauses gehörige Motiv mit dem Tempel einerseits, mit dem Stadthaus andererseits zu tun? Wieder geht Semper von einer Idee Palladios aus. Dieser hat in seinen Villenbauten den Tempelportikus mit Raumtypen des antiken Wohnhauses verknüpft. Er bringt damit eine innere Verwandtschaft zwischen Tempel und antikem Wohnhaus zum Vorschein: in beiden durchdringen sich nämlich individueller und allgemein-öffentlicher Bereich, religiöse und politisch-rechtliche Sphäre. Das antike Wohnhaus dient nicht nur Wohnzwecken, es ist auch Kultstätte: es enthält Räume für jenen Ahnenkult, aus dem der Tempel herausgewachsen ist.[61] Andererseits ist der Tempel eine Art monumentales Gemeinschaftshaus – deshalb präsentiert er sich mit seinen Formen als Erbe der mythischen Urhütte, der Stätte des Herdes, der Keimzelle menschlicher Gemeinschaft.[62] Palladio handelt im Geist hellenischer Architekten, wenn er das Synthese-Motiv eines Tempel-Hauses erfindet. Aber er handelt antikem Geist zuwider, wenn er es für den neuzeitlichen Wohnbau verwendet – bei diesem haben nämlich die privaten Funktionen die öffent-

lichen verdrängt. Beim Winterthurer Stadthaus ist das Motiv dagegen sinnvoll: bei ihm handelt es sich – wie beim antiken Wohnhaus und beim antiken Tempel – um ein Gemeinschaftshaus, um einen direkten Nachkommen der primitiven Herd-Hütte. Indem Semper die Eingangs- und Treppenhalle seines Ratstempels als Atrium gestaltet, evoziert er jenen Raum des antiken Hauses, bei dem die kommunitäre Funktion am stärksten ausgeprägt ist: er stellt eine Art kleines Forum dar, er ist Parloir, Treffpunkt, Wartehalle und Verkehrsknotenpunkt in einem.

Mit der zweifachen Deutung des Stadthauses als Tempel-Basilika und als Tempel-Haus ist das Säulenhausmotiv voll entwickelt. Der Entwurfsprozess hat zu einer merkwürdigen, typologisch vieldeutigen Baugestalt geführt. An ihr wird deutlich: Der griechische Tempel ist nicht ein zeitloses Schema, das unbekümmert auf die Moderne übertragen werden kann. Semper macht das auch dadurch klar, dass er das Stadthaus in römische Formen kleidet. Er zeigt damit, dass der griechische Tempel schon bei den Römern ein Vergangenes darstellte, dessen Aktualisierung eine künstlerische «Übersetzungsarbeit» erforderte. Noch in anderer Beziehung trägt Semper mit dem Stadthaus zur «Verzeitlichung» der antiken Architektur bei. Bei der Gestaltung des Gemeindesaals bezieht er sich auf die Vitruvsche Basilika von Fano.[63] Dieses Bauwerk interessiert ihn als Zeuge dafür, dass «noch zur Kaiserzeit selbst für monumentale Zwecke» Stein- und Holzkonstruktion verbunden wurden.[64] An den Bauformen des Gemeindesaals ist – ähnlich wie bei denen des Atriums – die Herkunft aus den beiden Techniken deutlich (Abb. 32). «Steinern» ist die Grundstruktur: Säulen, Pfeiler und Balken sind zu einem grossen Gehege gefügt. Auf den Balken stehen gemauerte Postamente: sie stützen das «hölzerne» Rahmenwerk, auf dem die «Deckenbalken mit

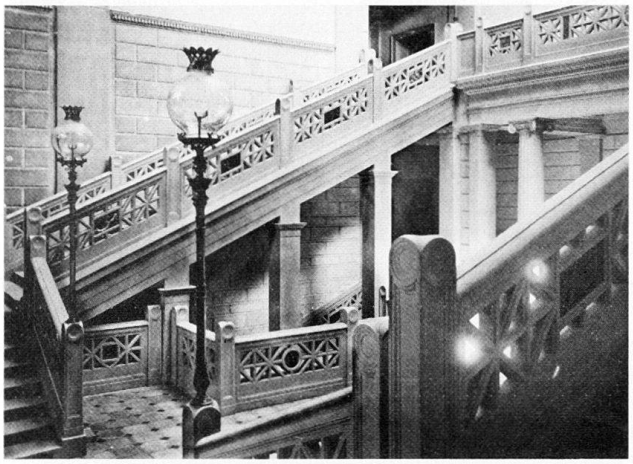

Abb. 31 Winterthur. «Atrium» des Stadthauses, mit Haupttreppe. Aus: *Fest-Album SIA* 1899.

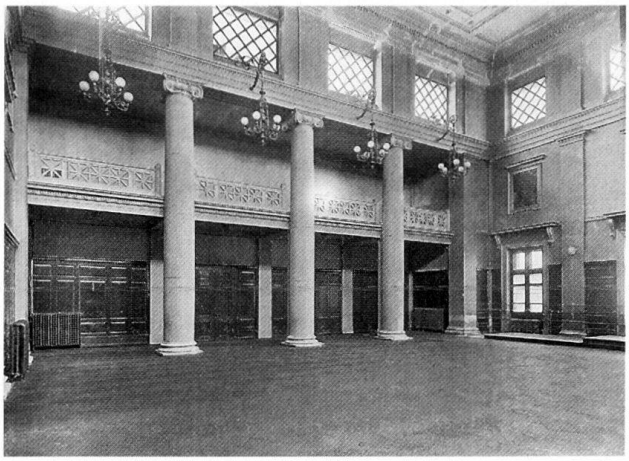

Abb. 32 Winterthur. Gemeindesaal des Stadthauses, vor der 1932–1934 durchgeführten Erweiterung. Foto H. Linck.

ihrem getäfelten Dachstuhle» aufliegen.[65] Die leergelassenen Zwischenräume zwischen den Postamenten dienen als Fenster. Zwischen die Säulen sind, unbekümmert um deren edle plastische Gestalt, Tribünen eingehängt, deren Form ebenfalls die Herkunft aus der Holzarchitektur anzeigt. Semper demonstriert: Baumotive entstehen dadurch, dass Elemente aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang gerissen und zu neuen Gebilden zusammengestoppelt werden.[66] Den Anschein des Zeitlosen erhalten diese Konglomerate erst mit einer nachträglichen künstlerischen Überformung. Semper polemisiert mit dieser «barbarisierenden» Interpretation antiker, ihrer Herkunft nach griechischer Motive gegen Karl Boetticher, der Schinkels Architektur nachträglich theoretisch untermauert hat: für ihn stellt die griechische Steintektonik einen zeitlos-idealen Formzusammenhang dar, dessen geistiges Prinzip die Hellenen entdeckt und den sie – ohne Rückgriff auf Vorbilder – entfaltet haben.[67] Für Semper geht selbst das ideale Säulenhaus auf ursprünglich ganz disparate Elemente zurück, nämlich auf ein kleines Altargehäuse und auf ein repräsentatives Säulengehege. Erst allmählich dehnte sich das erstere aus und verband sich schliesslich mit dem letzteren.[68] Beim Stadthaus wird dieser Entstehungsprozess erkennbar: die Cella-Mauern haben zwar den Säulenzaun ausgefüllt, aber sie sind noch nicht bis zum Gebälk emporgewachsen. Es ist, als ob ein mächtiger Säulenbaldachin über den mittleren, ungedeckten Teil eines mehrkammerigen Komplexes gestülpt sei.

In Theorie und Werk Sempers manifestiert sich eine Dynamik, die den Rahmen der Schinkelschen Raster-Tektonik sprengt. Der Leitbegriff des «Organischen» gewinnt in einem Werk wie dem Stadthaus einen neuen Gehalt: im Vergleich zu Schinkels Berliner Schauspielhaus wirkt es wie ein versteinertes Lebewesen. Mit seiner dramatischen

Plastizität, seinen kraftvollen Formen, seinen markanten Hell-Dunkel-Kontrasten und seiner tonigen, reich gegliederten Aussenhaut markiert der Bau – so programmatisch wie kein anderer in der Schweiz – den Übergang von einem noch klassizistisch geprägten zu einem hohen, gründerzeitlichen Historismus. Den nach Semper geborenen Schweizer Architekten, die die Bauszene des mittleren Jahrhundertdrittels dominiert haben, hilft es nichts, wenn sie griechische Motive vermieden haben: neben dem Stadthaus wirken ihre Bauten auf einen Schlag kartonhaft, steif, naiv; es wird klar, dass ihnen der Ausbruch aus dem Bannkreis Schinkels nicht gelungen ist. Semper dagegen tritt Schinkel in dessen eigenster Domäne entgegen, er unterzieht architektonische Themen griechischer Herkunft einer neuen Deutung – und zeigt damit um so schlagender, dass die Herrschaft des grossen Neuhellenen zu Ende ist. Die Frage ist, ob ein Bau wie das Stadthaus nicht im Widerspruch zur Gesinnung des demokratischen Winterthur steht, ob er nicht besser zum «grosskapitalistischen» Zürich passt oder gar zum kaiserlichen Wien, wo Semper während seiner letzten Lebensjahre an der Erweiterung der Hofburg mitwirkte. Aber Semper stellt innerhalb des hohen Historismus, zu dessen Ausformung er im kontinentaleuropäischen Bereich wesentlich beigetragen hat, einen Sonderfall dar. Dass er sich noch in den 1860er Jahren derart intensiv mit Schinkel auseinandersetzt, zeigt, dass für ihn Problemstellungen aus der «Jugendzeit» des Bürgertums aktuell geblieben sind – Problemstellungen, für die man sich zu diesem Zeitpunkt kaum mehr interessiert. Sein Leben lang hält nämlich Semper am romantischen Traum von möbelartigleichten, beweglichen, offenen Bauwerken fest. Er verbindet sich bei ihm mit einem anderen Wunschbild: dem von einer ganze Städte umfassenden, imperialen Kolossalarchitektur. Dieses Syntheseprojekt ist mit dem Sulzerschen Vorhaben, aus einer urdemokratischen Kommune eine kapitalistische Grossmacht zu machen, verwandt – und in dem von Sulzer geförderten Stadthaus hat es Semper denn auch am deutlichsten thematisiert. Die Widersprüchlichkeit der Utopie manifestiert sich in einer spannungsvollen Werkstruktur. In der spätbiedermeierlichen Umgebung erscheint der Bau vorerst als ein Gebilde von naturhaft-überwältigender Wucht. Aber wenn man ihn neben englische Grossbauten oder neben Garniers Pariser Oper stellt, wird erkennbar, dass die klassizistische Kombinatorik von der vitalistisch-illusionistischen Gestaltungsweise nicht verdrängt, sondern bloss überlagert worden ist. Rationalistischer Konstruktivismus verbindet sich mit malerischer Inszenierungstechnik, die Beweglichkeit des Elementbaus mit der Bewegtheit von Kunstorganismen. Die Bauformen befinden sich in einer latenten Metamorphose: zwischen verschiedenen geometrischen Konstellationen einerseits, zwischen unterschiedlichen Organtypen andererseits und zugleich auch zwischen den gegensätzlichen Bereichen des Geometrischen und des Organischen. Sie formieren sich zu einem Gebilde von vexierbildhafter Labilität. Es erinnert an Vehikel, bei denen sich Mechanistisches und Zoomorphes verbindet: an ein Dampfschiff mit seinen Radkasten, an eine Lokomotive mit ihrem Rechen.

Die vom Polytechnikum in Zürich ausstrahlende Schweizer Semperschule hat vom klassizistischen Erbe des Meisters kaum etwas bewahrt. Anders verhält es sich im Fall einer weniger bekannten Bauschule Semperischer Prägung – bei derjenigen des Technikums in Winterthur (siehe Kap. 1.4.3). 1874 wurde der Semperschüler Emil Studer (1844–1927), Sohn eines Winterthurer Lithographie-Pioniers, an die neu gegründete Schule berufen, um die Bauabteilung zu organisieren. Er tat dies in orthodoxem Sinn: die Semperschen Prinzipien wurden aufs strengste beobachtet; das Stadthaus wurde zum wichtigsten Unterrichts- und Anschauungsgegenstand.[69] Joseph Bösch (1839–1922),

Abb. 33 Winterthur. Rathauspassage zwischen Stadthausstrasse und Marktgasse, erbaut 1872–1874 von Joseph Bösch.

ebenfalls Semperschüler, 1875 von der Stadtbaumeisterstelle ans Technikum wechselnd, fügte sich in diese Linie. Das von ihm 1875–1876 erbaute Schulhaus Neuwiesen *(Wartstr.* 46; Abb. 23) zeigt die für Semper bezeichnende Spannung zwischen Klassizismus und Historismus. Mit dem Umbau des Rathauses *(Stadthausstr.* 57) hat Bösch eine liebenswürdige Hommage an den Meister geschaffen: eine zierliche Neurenaissance-Passage (Abb. 33) ist aufs glücklichste in den barocken Altbau gefügt; die Fassade gegen die Stadthausstrasse ist, wie die Westfassade des Zürcher Polytechnikums, mit Sgraffiti geschmückt (Abb. 75). Im übrigen ist das Wirken dieser orthodoxen Semperschüler eher unauffällig. Das lokale Baugeschehen wurde seit der Zeit des Stadthausbaus von einem aus Basel stammenden Architekten dominiert. Als Bauführer des in Mülhausen niedergelassenen Friedrich von Rütti war er 1867 nach Winterthur gekommen; anschliessend machte er sich selbständig: Er wurde zum ersten freischaffenden Architekten der Stadt. Ernst Jung (1841–1912), ausgebildet als Steinmetz am Bau der Stadlerschen Elisabethenkirche und als Architekt in Berlin, vertritt einen Eklektizismus modernster Prägung.[70] Mit Neurenaissancebauten wie dem Palast der Lloyd-Versicherung *(Lindstr.* 10; Abb. 34) von 1879 entspricht er der mondänen Fraktion der Semperschule, aber er führt auch den Neubarock französischer Prägung ein. Wie Bareiss ist er auch in der Neugotik zu Hause: er verwendet sie, in englischer Ausformung, im Villenbau, der seine Hauptdomäne ist. Er hat den Sichtbackstein in Winterthur salonfähig gemacht; dieses für England charakteristische, teilweise in der Umgebung hergestellte Baumaterial hat das Gesicht der Stadt nachhaltig geprägt. Ernst Jung ist der Architekt der Industriellen, die nun, nach dem Bankrott der demokratischen Politik, zur bestimmenden Kraft der Stadt werden.

2.1.5 Die Entstehung der Industriestadt

Es gibt in Winterthur nur einen Bereich, in dem traditionelle Bauformen auf ebenso kühne Weise wie bei Semper umfunktioniert und neu interpretiert werden: denjenigen der Maschinenindustrie-Architektur.[71] Die Firma Rieter richtet 1854 ihre Maschinenbauabteilung im ehemaligen Kloster Töss ein: die Klosterkirche wird zu einer Werkhalle umgebaut, anstelle des Kreuzgangs entsteht ein langgestreckter Fabriktrakt (Kap. 3.4.3: *Klosterstr.* 20; Abb. 198). Noch eindrücklicher ist die Entwicklung der Eisengiesserei der Gebrüder Sulzer an der *Zürcherstrasse* (Nr. 9): bis anhin noch ein Komplex von handwerklich-ländlichem Gepräge, erreicht sie in den 1850er Jahren durch zweimalige Erweiterung die Grösse der Textilfabriken an der

Abb. 34 Winterthur. Lichthof des Verwaltungsgebäudes der Schweizerischen Lloyd Transportversicherungsgesellschaft (heute Bezirksgebäude), erbaut 1876–1879 von Ernst Jung.

Töss (Abb. 35). Dieses bauliche Wachstum hängt mit der Aufnahme der Dampfkesselproduktion zusammen. Um auch Dampfmaschinen produzieren zu können, ruft Sulzer den englischen Ingenieur Charles Brown nach Winterthur; Mitte der 1850er Jahre werden die ersten Maschinen hergestellt. In der Folge wird die Fabrik aufs Doppelte vergrössert: es werden – vermutlich vom Zimmermann und Bauunternehmer Johannes Schalcher – zwei monumentale, parallel stehende Emporenhallen errichtet (*Zürcherstr.* 9: 14; 17; Abb. 36). Obwohl sie zur Verarbeitung von Eisen dienen, bestehen sie aus Holz – es handelt sich nicht um Vorläufer moderner Skelettbauten, sondern um Nachkommen der grossen Zimmermannskonstruktionen des Spätbarock. In den frühen 1870er Jahren erfolgt ein weiterer Erweiterungsschub, mit einer Giessereihalle an der Wylandstrasse (ebd.: 24). Es handelt sich wieder um einen Holzbau, und aus Holz bestehen auch die von Ernst Jung entworfenen, von Schalcher ausgeführten Shedhallen der Lokomotiv- und Maschinenfabrik, die 1871–1872 neben der Sulzerschen Giesserei erstellt wird (*Zürcherstr.* 41–47). Die anschliessende Wirtschaftskrise bremst die bauliche Entwicklung der Fabriken für gute 15 Jahre – dann setzt ein stürmisches Wachstum ein, und nun treten auch «fortschrittliche» Industriebauten auf. Die 1888–1889 erstellte Sulzersche Grossgiessereihalle auf der Südwestseite der Wylandstrasse (*Zürcherstr.* 9: 30) erinnert noch an die Bauten der 70er Jahre, aber hinter den monumentalen Rundbogenstil-Backsteinfassaden der 1893 neu erstellten Kleingiesserei findet man erst-

mals eine brückenartige Skelettkonstruktion aus Eisen (ebd.: 25); von gleicher Konstruktion sind eine Montagehalle von 1897 im Kernareal (ebd.: 4) und die Bauten von 1900 im stadtseitigen «Bug» der Fabrikanlage (ebd.: 19, 20). Die Radiatorengiesserei von 1905 hat gewaltige Bühnen aus Eisenbeton (ebd.: 26). Diese Halle ist von der Zürcher Firma Locher & Cie. erbaut. Von ihr stammt auch die Kleingiesserei an der Wylandstrasse von 1909: das Eisenfachwerk ist hier an der Fassade gezeigt (ebd.: 24; Abb. 187). Vom gleichen Jahr datiert das Projekt für die riesige Dieselmotoren-Werkhalle im Kernareal, Nachfolgerin eines weitläufigen Komplexes alter Hallen (ebd.: 5–8; Abb. 188). Die Pläne sind gezeichnet von Locher und der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG. Die Firma Locher & Cie. hat im späten 19. und im frühen 20. Jahrhundert die meisten Bauten der benachbarten Lokomotivfabrik erstellt, so die Halle mit der schräggestellten Eingangsädikula an der Zürcherstrasse und die grossen Giessereihallen hinter den Arbeiterhäusern an der Jägerstrasse (*Zürcherstr.* 41–47: 13; 23, 24). Die Holzbautradition kommt nochmals zum Zug mit der Erfindung der Hetzerbinder: sie sind bei der Lokomotiv-Montagehalle – entworfen 1918 vom Ingenieurbüro Knobel – verwendet (ebd.: 11; Abb. 6, 193). Ein neuartiges Selbstbewusstsein industrieller Architektur manifestiert sich beim Sulzerschen Hauptmagazin, einem sachlichen, dünnhäutigen Eisenskelettbau mit geschwungener Fassade, realisiert 1912 von der Zürcher Eisenkonstruktionsfabrik Löhle & Kern (*Zürcherstr.* 9: 21). Die langgestreckte bahnhofseitige Front der Sulzer-Fabrik ist von sachlich-funktionalistischen Bauten geprägt; in der gegen die Zürcherstrasse gerichteten Front der Lokomotiv- und der Sulzerschen Fabrik dominieren Backsteinbauten, die zum Formbereich eines nüchternen technizistischen Klassizismus gehören. Bei zahlreichen Bauten der Winterthurer Maschinenfabrikkomplexe handelt es sich um architektonische Grossereignisse. Die Fabrikanlagen als Ganzes erinnern an kleine städtische Organismen – nur sind sie nicht in Jahrhunderten, sondern in wenigen Jahrzehnten entstanden. Noch imposanter wirken sie, wenn man sie im städtebaulichen Zusammenhang betrachtet.

Die schweizerische Maschinenindustrie ist aus jenen bescheidenen Werkstätten hervorgegangen, welche die frühen Textilfabriken eingerichtet hatten, um die aus dem Ausland bezogenen Maschinen warten zu können. Das zeigt sich beispielhaft an den Rieterschen Betrieben in Töss (Kap. 3.4.3: *Schlosstalstr.* 45–47, *Klosterstr.* 45–47; Abb. 198, 199).

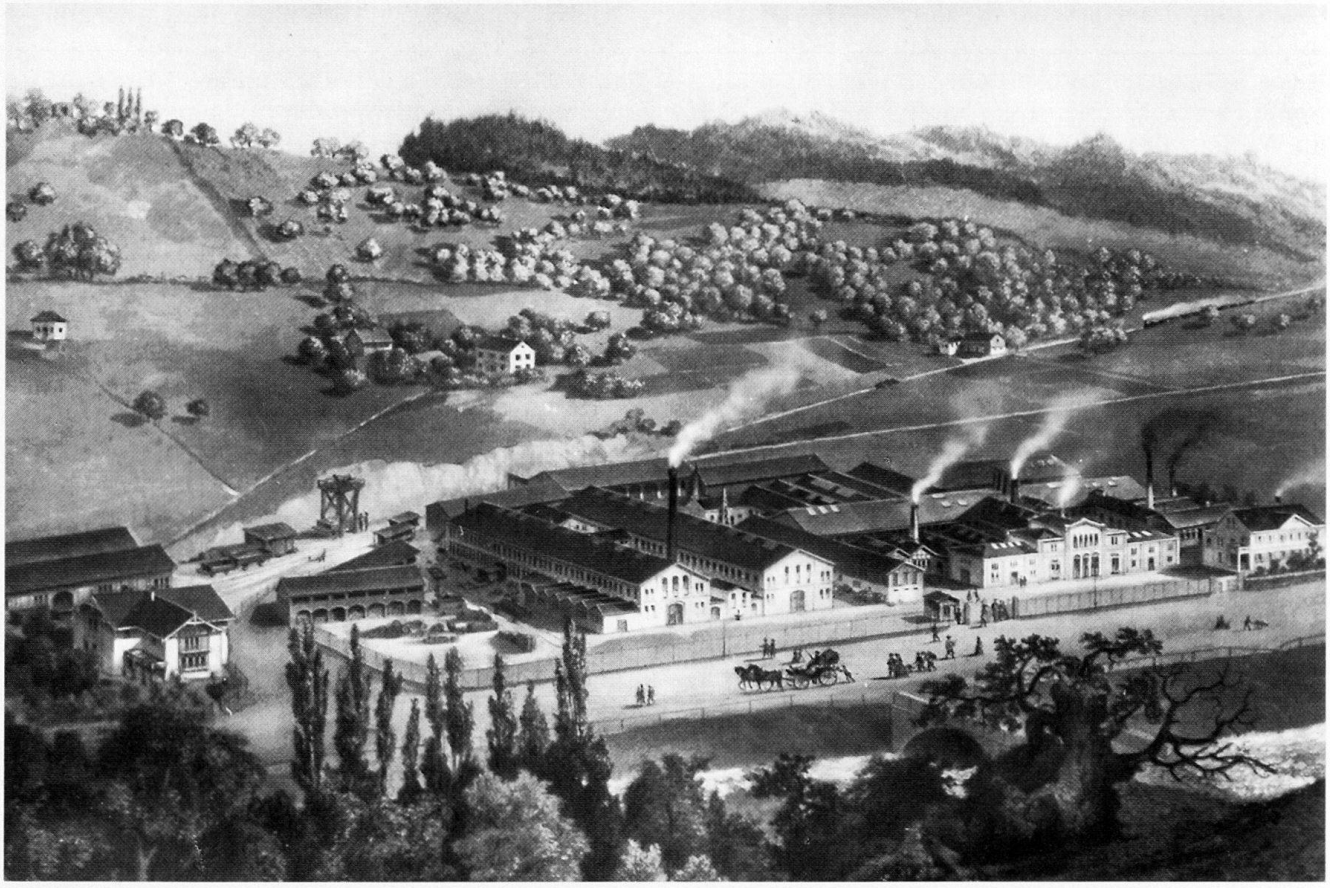

Abb. 35 Winterthur. Vogelschau-Ansicht der Giesserei und Maschinenfabrik Gebr. Sulzer. Darstellung von 1862.

Die Verlegung der mechanischen Werkstatt aus der Spinnerei und Zwirnerei ins Kloster zeugt von der zunehmenden Eigenständigkeit der Maschinenbauabteilung. Im Lauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stieg die Maschinenfabrikation zum führenden Industriezweig im Raum Winterthur auf – und damit erst verwandelte sich Winterthur in eine eigentliche Industriestadt. Die Maschinenindustrie brachte – wie an der Klosterfabrik anschaulich wird – Werkkomplexe hervor, die jene der Textilindustrie grössenmässig weit übertrafen und die vom Rauch der Dampfmaschinen und von lärmiger Betriebsamkeit erfüllt waren. Und wenn die Textilfabriken sich noch in der weiteren Peripherie der Stadt angesiedelt hatten, suchten nun die Maschinenfabriken vermehrt die Nähe der Stadt. Die Rietersche Klosterfabrik war zwar etwa gleich weit von Winterthur entfernt wie die Mutterfabrik, aber durch ihre Lage beim Tössübergang der Zürcherstrasse wirkte sie wie ein mächtiges Vorwerk der Stadt. Ebenfalls an der Zürcherstrasse, aber in der nächsten Umgebung des Stadtkerns steht die Sulzersche Fabrik. Sie ist aus einem handwerklichen Messinggiesserei-Betrieb hervorgegangen, der aus der Altstadt «ausgelagert» worden war. Mittelbar ist aber auch sie ein Abkömmling der Textilindustrie: der Bau der Eisengiesserei an der Zürcherstrasse und deren rasches Wachstum hängen mit dem Bedarf der Textilindustrie-Maschinenwerkstätten an Gussteilen zusammen. Aus der Sulzerschen Fabrik ging die Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik hervor: sie hat keinen Zusammenhang mehr mit der Textilindustrie. Als in den frühen 1870er Jahren die Wirtschaftskrise hereinbrach, stellten diese drei Maschinenfabriken zwar beeindruckende Komplexe dar – aber siedlungsmässig nahmen sie immer noch Randpositionen ein. Die grosse, von Krisen nur kurzfristig unterbrochene Konjunkturphase zwischen der Mitte der 1880er Jahre und dem ersten Weltkrieg brachte diesbezüglich eine radikale Änderung. Bereits um 1900 bilden die Sulzersche und die Lokomotivfabrik einen zusammenhängenden Komplex von der Grösse der Altstadt; er hat sich als dritter Flügel zu dem propellerförmigen Paar von Altstadt und Neuwiesenquartier gesellt (Abb. 9). Das an sich schon imposante Fabrikmassiv steht nicht allein: es hat ein Gefolge von weitläufigen Arbeitersiedlungen; diese erstrecken sich über die Tössfeldebene bis zur Rieterschen Fabrik. Das Ganze bildet ein monumentales Industriequartier – das grösste der Schweiz (Abb. 65, 66). Wie ein mächtiger Keil stösst es entlang der Zürcherstrasse bis in den Kernbereich der Stadt vor. Die Siedlungsgestalt der Sulzer-Zeit: Tösstal- und Römerstrasse als Vorgarten, Altstadt mit Grüngürtel als

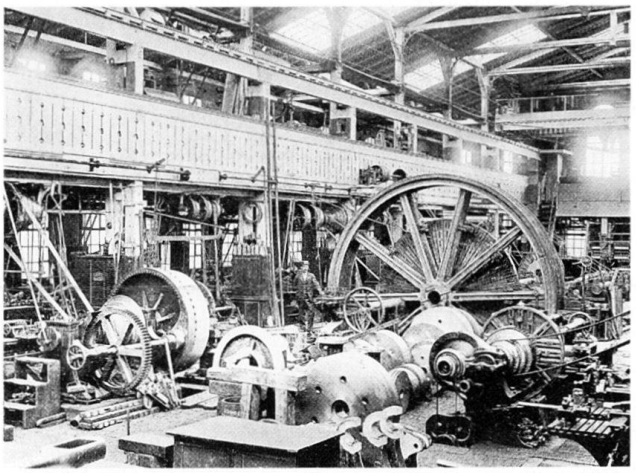

Abb. 36 Winterthur, Giesserei und Maschinenfabrik Gebr. Sulzer. Hölzerne Werkhalle (Eisendreherei), erbaut 1857–1858 von Johannes Schalcher (1824–1916). Aus: *Fest-Album SIA* 1899.

Regierungs- und Geschäftszentrum, Neuwiesenquartier als rückwärtiger Werkhof – sie ist nun von einer ganz anderen, weiträumigeren und mächtigeren Struktur überlagert. Die Altstadt behält ihre Funktion als Stadtkern. Als Vorderseite der Stadt wirkt nun das Industriequartier im Tössfeld – es bildet eine Vorhalle von düsterer Monumentalität. Der rückwärtige Stadtteil besteht nicht mehr in einem Werkhof, sondern in einem Garten. Er befindet sich nördlich der Altstadt: hier liegen die Villenquartiere des Inneren Linds und des Rychenbergs (Abb. 59).

Die für die Industriestadt charakteristische Ausdifferenzierung der Funktionen manifestiert sich nicht nur in der Entstehung dichtgeballter Industriequartiere, sondern auch in grossen, durchgrünten Privatbereichen: den Fabrikantenvillen mit ihren Pärken.[72] Man darf sich durch ihr feudales Gehabe nicht täuschen lassen: die ländlich wirkenden Komplexe bilden mit ihrem Bedarf an moderner Infrastruktur Kristallisationspunkte der Verstädterung. Die vornehmen Vorstadtwohnhäuser des mittleren Jahrhundertdrittels, erbaut für Textilkaufleute und -fabrikanten, gaben sich mit ihren spätklassizistischen Formen noch ausgesprochen bürgerlich. Der aufwendigste Bau aus dieser Zeit war das um 1860 erbaute «Brühlgut», die Villa des Textil- und Maschinenindustriellen Heinrich Rieter-Ziegler: es stand in der rationalistischen Tradition der Schinkelschen Landschlösschen (*Waldhofstr.* 1; Abb. 182). Eine neue Phase im Winterthurer Villenbau leitete das «Landhaus» ein, das sich der Textil-Grossindustrielle Eduard Bühler-Egg 1867 von dem in Mülhausen tätigen Berner Architekten Friedrich von Rütti errichten liess (*Lindstr.* 8; Abb. 121–123). Es handelt sich um ein mondänes neubarockes Château – Bezugspunkt war jenes aristokratisch-verspielte Dixhuitième,

von dem sich Schinkel hatte abgrenzen wollen. Ab 1872 entstanden historistische Schlösschen-Villen in grosser Zahl und in verschiedenster stilistischer Ausprägung; Architekt war in den meisten Fällen der ehemalige Rütti-Mitarbeiter Ernst Jung, später auch sein Associé Otto Bridler. Am Wohn- und Villenbau lässt sich der Aufstieg der Giesserfamilie Sulzer vom Handwerkerstand zu den höchsten Rängen des schweizerischen «Industrieadels» verfolgen. Von den «Gebrüdern Sulzer», nach welchen die Firma benannt war, wohnte Johann Jakob Sulzer-Hirzel (1806–1883) – die führende Persönlichkeit – im Fabrikareal selbst *(Zürcherstr.* 9: 1; Abb. 35 rechts); sein Bruder Salomon übernahm 1851 das ehemalige Hotel Fortuna im Adlergarten, vermietete aber einen Teil des Baus; erst seine Söhne transformierten ihn zu einer Fabrikanten-Grossvilla *(Adlerstr.* 2). 1872 liess der nachmalige Firmenchef Heinrich Sulzer-Steiner an das vom Schwiegervater geerbte Alpgüetli am Lindberg eine historistische Kleinvilla anbauen *(Gütlistr.* 21; Abb. 38); und sein Compagnon Rudolf Ernst-Reinhart erstellte eine Villa oberhalb des Fabrikareals *(Heiligbergstr.* 50; Abb. 110). Beide Bauten nehmen sich neben der Bühlerschen Villa im Inneren Lind bescheiden aus. Eduard Sulzer-Ziegler übernahm 1884 das Lindengut: dieses 1787 von einer abenteuerlichen Unternehmerpersönlichkeit erstellte barockklassizistische Gebäude interessierte jetzt nicht als Vorläufer des bürgerlichen Klassizismus, sondern als Nachkomme barocker Schlossanlagen *(Römerstr.* 8). 1900–1901 liess Jakob Karl Sulzer-Schmid am Abhang des Rychenbergs die Villa Lindberg erstellen: sie zeigte eine mittelalterlich-feudale Silhouette und demonstrierte damit das Selbstbewusstsein einer Familie, deren Betrieb inzwischen zu einer wirtschaftlichen Weltmacht aufgestiegen war *(Rychenbergstr.* 77; Abb. 39). Zur Zeit des ersten Weltkriegs formierten die Sulzerschen Wohnbauten ganze «Villendörfer», ein kleineres im Sonnenberg, ein grösseres am Rychenberg. Die Textilfabrikantenfamilie Bühler hat in Winterthur ebenfalls eine eindrückliche Anzahl von Villen – im Raum Tösstalstrasse–Geiselweid–Lee und im Inneren Lind – erstellen lassen.

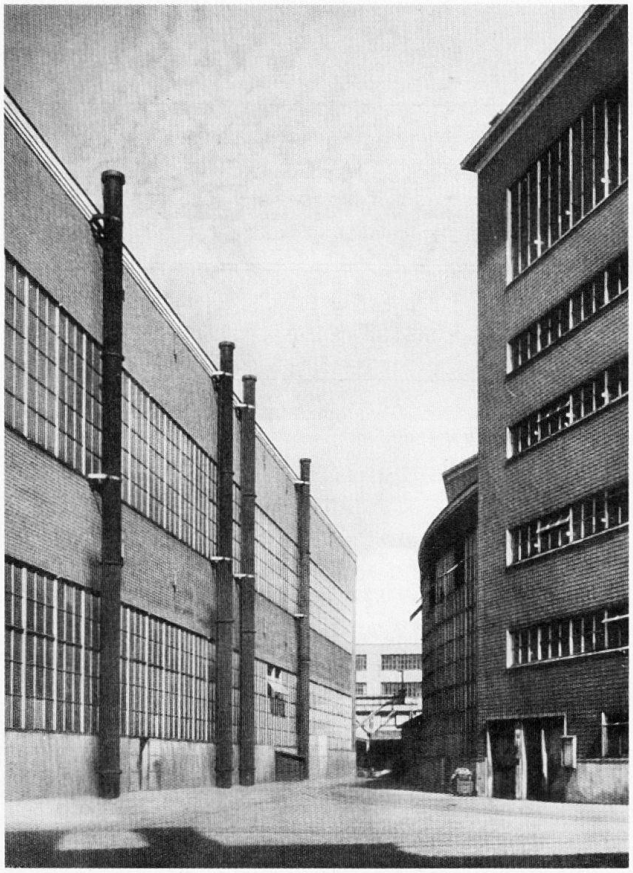

Abb. 37 Winterthur, Giesserei und Maschinenfabrik Gebr. Sulzer. Montagehalle und Werkstattgebäude, erbaut 1930–1931. Fenstergerüste der curtain-walls konstruiert von den Eisenbauwerkstätten Geilinger.

Den auffälligsten Aspekt der Industriestadt bilden die weitläufigen Arbeiterquartiere.[73] Als typologisch klar abgrenzbare Baugattung erscheint das Fabrikarbeiter-Wohnhaus in Winterthur verhältnismässig spät, zur gleichen Zeit wie die historistische Schlossvilla. Seine Entstehung hängt mit dem Bedarf der Industrie an sesshaften und disziplinierten Arbeitskräften zusammen. Angeregt wohl von einem Vorstoss der Zürcher Hülfsgesellschaft betreffend Arbeiterwohnbau, schlug 1860 der Industrielle Heinrich Rieter die Gründung einer Gesellschaft vor, die in Winterthur und Töss Arbeiterhäuser erstellen sollte – und zwar nicht nach dem «Casernen-System», sondern in Form von Kleinbauten.[74] Die Stadt, die zur Beteiligung eingeladen war, hatte aber kein Interesse an einem Unternehmen, das sie als indirekte Unterstützung der Grossindustrie auffasste. Rieter realisierte daraufhin 1867 auf eigene Faust eine Arbeiter-Modellsiedlung. Sie befindet sich in Töss und besteht aus zweigeschossigen Doppel-Einfamilienhäuschen (Kap. 3.4.3: *Rieterstr.* 19 ff.; Abb. 40). Sie waren für höhergestellte Facharbeiter bestimmt. Sulzer-Hirzel beschäftigte sich nach seinem Rückzug aus der Geschäftsleitung mit dem Bau von Arbeiterhäusern; 1872–1873 entstand in Veltheim eine Mustersiedlung[75] (Kap. 3.4.4: *Löwenstr.* 23–27). Die Schweizerische Lokomotivfabrik und die mechanische Seidenweberei erbauten werkeigene Siedlungen in der Nähe ihrer Produktionsanlagen *(Jägerstr.* 25 ff., *Grüzenstr.* 28–42; Abb. 115, 105). Die erste Arbeiterhaus-Siedlung auf Stadtwinterthurer Boden stammt von einem privaten Unternehmer: sie wurde ab 1868 zwischen *Tössfeldstrasse* und Bahnschienen erstellt (Abb. 65, 173). 1872 wurde Rieters Vorschlag von 1860 Wirklichkeit: auf Initia-

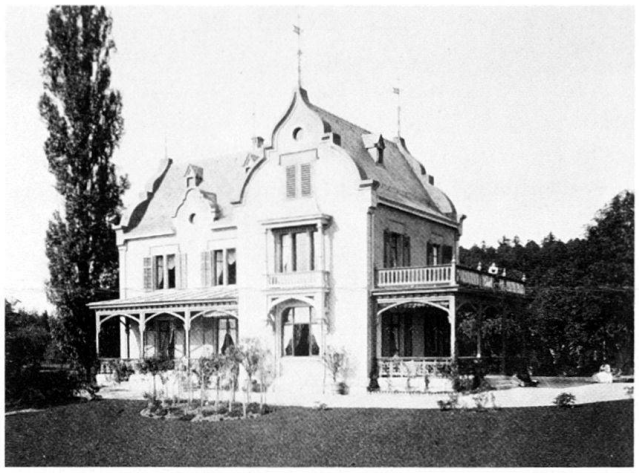

Abb. 38 Winterthur. Kleinvilla im Alpgüetli, erbaut 1872 von Ernst Jung für den Maschinenfabrikanten Heinrich Sulzer-Steiner (1837–1906).

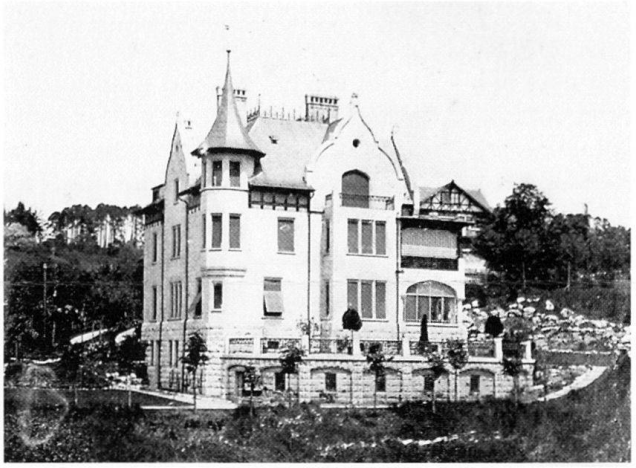

Abb. 39 Winterthur. Villa Lindberg am Rychenberg, erbaut 1900–1901 von Jung & Bridler für Jakob Karl Sulzer-Schmid (1865–1934).

tive der Winterthurer Hülfsgesellschaft wurde eine «Gesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser» gegründet. Sie war eng mit der Grossindustrie verbunden; 1883 bis 1906 wurde sie von Heinrich Sulzer-Steiner (1837–1906) präsidiert. Sie war als selbsttragendes Unternehmen konzipiert: die Geldmittel wurden durch Verkauf der Häuser beschafft; auf diese Weise wurden die Arbeiter auch zu Hausbesitzern.[76] Die Stadt verweigerte die Teilnahme, weil ihr ein fester Sitz im Verwaltungsrat nicht garantiert wurde. Sie erbaute 1872–1873 auf der Breite einige bescheidene Wohnhäuser, mit denen sie demonstrieren wollte, dass Arbeiterhäuser «mehr Raum und Bequemlichkeit» bieten und sich «gefälliger präsentieren» sollten als die von der Gesellschaft geplanten[77] *(Breitestr.* 61 bis 65). Deren erster Präsident, Pfarrer Johann Caspar Zollinger, nannte später die Einwände, die – wohl vor allem von demokratischer Seite – gegen die Gesellschaft vorgebracht wurden: die Industriellen sollten die Wohnungsnot selber lösen – sie hätten sie verursacht; man wolle keine Arbeiterquartiere mit ihren unsicheren Existenzen; die Arbeiterhäuser seien hässlich-unstädtisch; die Arbeiter seien nicht – im Sinn eines Kooperativsystems – selbst am Unternehmen beteiligt. Zollinger machte dagegen geltend, dass die Industriellen bereits zahlreiche Arbeiterhäuser erstellt hätten; dass man sich um eine Eingliederung der Arbeiterhäuser in die Siedlung bemühe; dass das Zielpublikum nicht nur aus Fabrikarbeitern bestehe; dass eben nur ausserhalb der Industrie für das Eigenbesitz-Prinzip gesorgt werden könne.[78] Ab 1872 realisierte die Gesellschaft nach Plänen von Ernst Jung zwei erste Kolonien im Deutweg und im Schöntal *(Unterer Deutweg* 12 ff.; *Zürcherstr.* 67 ff.). Bis 1875 wurden nach vier verschiedenen Modellen 68 Häuser erstellt, deren 92 Wohnungen je eine «Stube, drei Kammern, Küche, Keller und Estrich» enthielten. Jedem Haus war «ein angemessenes Stück Gartenland mit Einfriedigung zugeteilt».[79] Die ein- und zweigeschossigen Häuschen sind zu verschieden langen Zeilen gefügt; aus diesen Elementen sind – in Beaux-Arts-Manier – Ensembles komponiert, welche an militärische Truppenformationen erinnern. Bei der Deutweg-Siedlung sind zwei eingeschossige Doppel-Einfamilienhäuschen in die hofartige Mitte einer rechteckigen Formation genommen: sie verkörperten das Ideal an «innerer Schönheit»[80], galten aber in baulicher Hinsicht als hässlich (Abb. 41). Deshalb sind sie mit repräsentativeren Bauten «maskiert»: die «Ecksteine» des Siedlungsgevierts bestehen aus zweigeschossigen Doppel-Zweifamilienhäusern. Der Nachteil dieser Bauten war, dass zwei Familien zusammenwohnten und dass die eine Mieterin der anderen war. Die Wirtschaftskrise unterbrach die Bautätigkeit der Gesellschaft; als sie sie 1887 wieder aufnahm, folgte sie neuen, pragmatischeren Richtlinien *(Albrechtstr.* 3 ff.). Die Siedlungen wurden nicht mehr als abgeschlossene Ensembles konzipiert, und aus wirtschaftlichen Gründen wurde das Reihen-Einfamilienhaus nur noch in Ausnahmefällen verwirklicht – so in einer englisch anmutenden Backsteinzeile im Unteren Vogelsang *(Untere Vogelsangstr.* 133–161; Abb. 65, 181). Zur Norm wurde aber jenes Zwei- und Dreifamilienhaus, das den demokratischen Siedlungspolitikern der 1860er und frühen 1870er Jahre als Ideal erschienen war (Abb. 42). Erstaunlich ist, dass auch die Bauunternehmer beim Arbeiterwohnbau den Typ des freistehenden Mehrfamilienhauses verwenden. Die Arbeiter-Mietskaserne kommt in Winterthur nicht vor.[81] Wohl gibt es etliche grossstädtische Blockrandbauten – meist sind sie von Zürcher Bauunternehmern erstellt –, aber sie sind nicht für Arbeiter bestimmt.

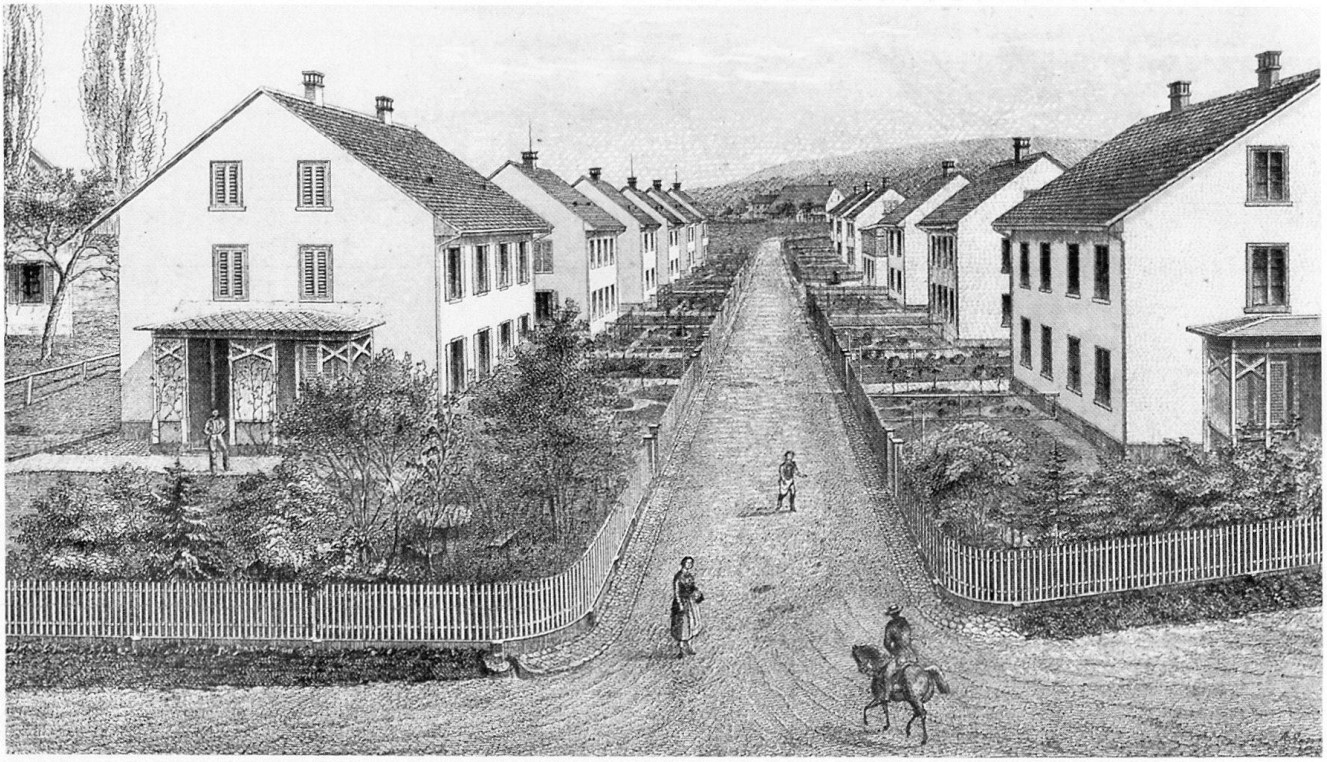

Abb. 40 Töss. Arbeiter-Modellsiedlung mit zweigeschossigen Doppel-Einfamilienhäusern für höhergestellte Facharbeiter, erbaut 1865–1876 von der Firma J. J. Rieter & Co. Lithographie der Anstalt Wurster, Randegger & Co.

Das Arbeiterwohnhaus sieht in den 1890er Jahren, als es erstmals massenhaft auftritt, in der Regel folgendermassen aus (Abb. 89): Zwei oder drei Hausteile, je mit eigenem Treppenhaus ausgerüstet, sind zu einem Gebäude zusammengefasst, dessen Wände aus Sichtbackstein bestehen und das mit einem traufständigen Satteldach bedeckt ist. Es enthält zwei Vollgeschosse und ein ausgebautes Dachgeschoss oder drei Vollgeschosse. Die Wohnungen enthalten drei bis vier Zimmer; eines ist direkt vom Treppenhaus zugänglich und deshalb fürs Untermieten geeignet; im Gegensatz zu den Bauten der Gesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser ist ein kleiner Korridor vorhanden. Der Abort befindet sich im Treppenhaus.

Initiative Unternehmer erstellten ganze Quartiere – stets bemühten sie sich um eine lockere Bauweise und um eine beschränkte Nutzungsdichte. Der Übergang zwischen Arbeiter- und Mittelstandshäusern war gleitend. Jakob Ackeret (1821–1895) erbaute auf dem Areal der Rieterbleiche behäbige Mehrfamilienhäuser für den Gewerbe- und Mittelstand und entsprach damit den Intentionen der Schöpfer des Neuwiesenquartiers. Heinrich Blatter-Hofmann (1837–1912) verfolgte auf privater Basis eine demokratische Siedlungspolitik.[82] 1872–1876 war er demokratischer Stadtrat, wovon die ersten zwei Jahre Bauamtmann; dann übernahm der ausgebildete Kaufmann das väterliche Baugeschäft und baute es zu einem stark unternehmerisch orientierten Betrieb aus; 1896 gliederte er ihm eine Ziegelei an. Er arbeitete, wie Ackeret, vor allem mit dem Architekten und Bauunternehmer Walter Hoffmann (1844–1903) zusammen, später auch mit Hermann Siegrist (1868–1937). Er erstellte Bauten, vom Tachlisbrunnen über das Ruhtal und die Schaffhauserstrasse bis zur Wartstrasse (siehe Kap. 2.2.3; 2.2.12), sowie am Fuss des Heiligbergs, wo er eine Weinhandlung besass: vornehme Mietshäuser, mittelständische Doppelhäuser in Kleinvillen-Form, doppelgeschossige Einfamilienhaus-Zeilen, kleinbürgerliche Mehrfamilienhäuschen, Arbeiterhäuser. Blatters Hauptwerk ist das repräsentative Etagenhaus am Beginn der *Schaffhauserstrasse* (Nrn. 1–7; Abb. 154); er liess es vom damaligen Bauamtmann Ernst Haggenmacher (1857–1913), dem Sohn des ehemaligen städtischen Domänengehülfen und Materialverwalters, entwerfen. Als Unternehmer und Entwerfer gleichzeitig betätigten sich Caspar Wachter-Germann (1855–1948)[83] und Julius Lerch (1861–1918).[84] Der erstere hatte seine Grundausbildung an der Baugewerbeschule in Holzminden erhalten, der letztere am Technikum in Winterthur. An der Biographie Wachters kann man den Übergang vom traditionellen Baumeister zum Bauunternehmer verfolgen. Als Krönung seiner bauunternehmerischen Tätigkeit wollte Wachter – nach dem Vorbild Ackerets und Blatters – ein ganzes Quartier erstellen: er verwirklichte dieses Projekt mit einer Siedlung von

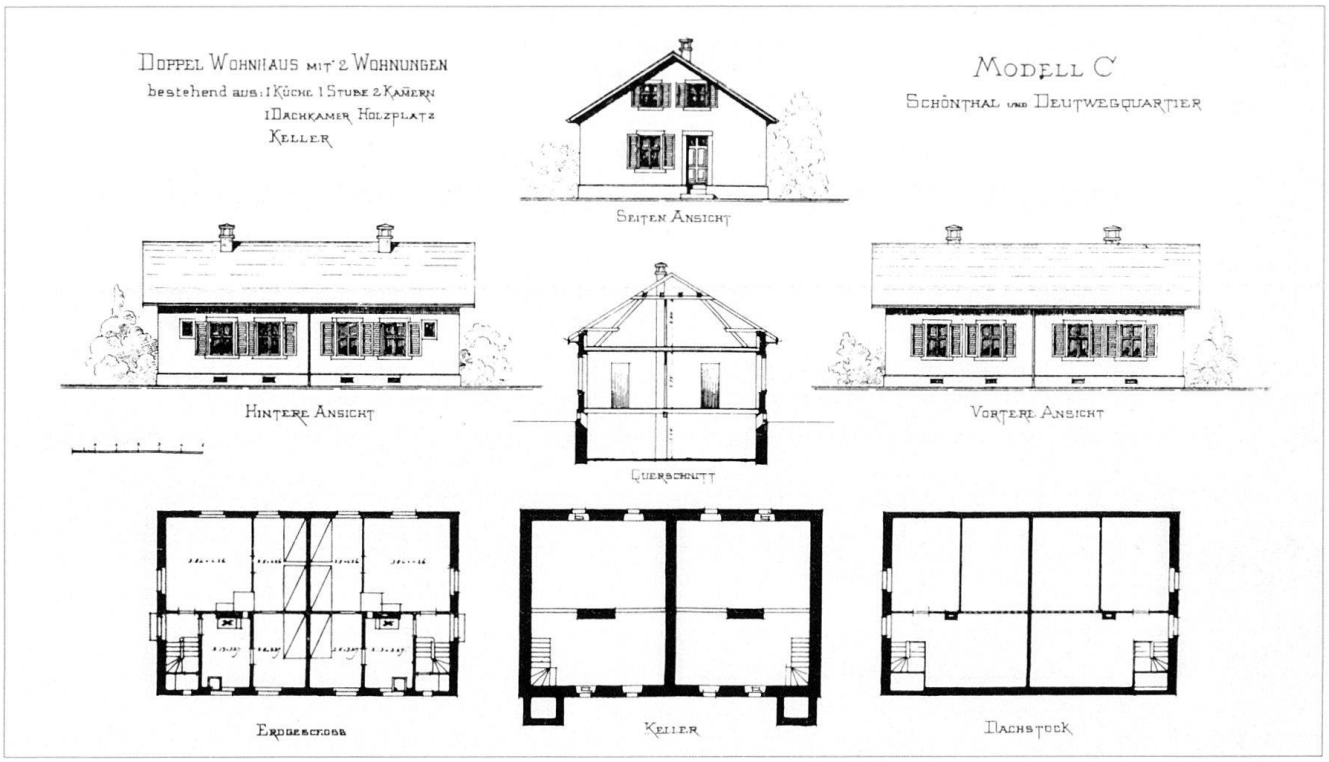

Abb. 41 Winterthur. Arbeitersiedlungen der Gesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser im Schöntal und im Deutweg, ab 1872. Aus ästhetischen und ökonomischen Gründen selten verwendetes Idealmodell: Doppel-Einfamilienhäuschen (*Bericht GEbW* 1892).

Ein- und Zweifamilienhäusern in der Nähe des barocken Landhauses «Im Gut» *(Waldstrasse*; Abb. 183). Lerch erstellte mit seinem Bruder Johann (1856–1916) und mit dem als Bauunternehmer tätigen Tapezierer Julius Ott (geb. 1861) das Wohnquartier in der Liegenschaft des Palmengarten, östlich vom Inneren Lind (siehe Kap. 2.2.2; Abb. 158).

Das explosive Wachstum der Siedlung im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts erforderte von seiten der Stadt ausgedehnte infrastrukturelle Leistungen. Sie mussten auf einer engen finanziellen Basis und mit einem reduzierten Verwaltungsapparat erbracht werden. Die Zeit grosser entwicklungspolitischer Entwürfe war vorbei; wie viele von der Schwerindustrie geprägte Städte musste Winterthur auf eine Entwicklung reagieren, deren Richtung und Intensität der Stadtrat kaum beeinflussen konnte. 1878, im Jahr des Bankrotts der Nationalbahn, wurde das Bauamt vom ehemaligen Bauunternehmer Johannes Schalcher (1824–1916)[85] übernommen und im Folgenden drastisch reduziert: die drei Stellen des Stadtbaumeisters, des Stadtingenieurs und des Stadtgeometers wurden durch eine einzige ersetzt, die eines «Katastergeometers und technischen Gehülfen im Ingenieur- und Baufach». Die Funktion des Stadtbaumeisters wurde de facto vom Bauamtmann übernommen; an die neu geschaffene Stelle wurde der Bauingenieur Heinrich Schleich (1840–1911) berufen, der bisher als Kartograph und Bahningenieur tätig gewesen war.[86] Damit wurde auch in Winterthur, wie in Zürich schon 1860, der Ingenieur zur bestimmenden Kraft im Bauamt. Der «Gehülfe» nannte sich schon nach kurzer Zeit Stadtingenieur; mit der Zunahme der Bautätigkeit und der Vermehrung behördlicher Kontrollmöglichkeiten gewann er eine beträchtliche Machtfülle. Seine drei Hauptwerke bestanden in der Ausarbeitung eines neuen Katasterplanes, in der Projektierung und Durchführung der Kanalisation und in der Erstellung zahlreicher Bebauungspläne. Alle drei Leistungen fanden vorerst höchstes Lob und wurden dann im frühen 20. Jahrhundert als gescheitert betrachtet. Sie erlitten damit das gleiche Schicksal wie die städtebauliche Praxis des späten 19. Jahrhunderts insgesamt. Nachdem Schleich 21 Jahre lang unter vier Bauamtmännern tätig gewesen war, musste er 1901, mit schweren Vorwürfen konfrontiert, den Abschied nehmen.[87]

Die Kanalisationsfrage *(Kanalisation und Jaucheentsorgung)* war schon in den 1860er Jahren diskutiert worden. Das für Regenwasser bestimmte, aus den 1830er Jahren stammende Kanalnetz der Altstadt wies zahlreiche Defekte auf, und die neuen Aussenquartiere hatten nur unkoordinierte und bruchstückhafte Kanäle. Die Hygienetheoretiker warnten vor einer krankheitsfördernden «Vergiftung» des Bodens durch Fäkalien. In Zürich wurde 1867 die Durchführung einer Kloakenreform be-

Abb. 42 Winterthur und Töss. Arbeiterhäuser der Gesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser im Eichliacker, erbaut ab 1897. Im Hintergrund das Brühlbergquartier. Fotografie Guggenheim.

schlossen: die Abtritte sollten an Kübel angeschlossen werden, in welchen mit Sieben die flüssige Jauche ausgeschieden wurde; die Behälter konnten mit den zurückgebliebenen Feststoffen abgeführt werden.[88] Die zentrale Wasserversorgung war als wesentlicher Baustein dieser Reform gedacht, sollte aber der Einführung der Kübel nachfolgen. In Winterthur ging man umgekehrt vor: zuerst wurde 1872–1873 eine zentrale Druck*wasserversorgung* eingerichtet, dann beschäftigte man sich mit dem Kloakenproblem. Gemäss einer 1872 erlassenen Latrinenordnung mussten Senkgruben durch wasserdichte Jauchebehälter ersetzt werden; wer nach dem Zürcher System Kübel eingebaut hatte, durfte die ausgesiebte Flüssigkeit in das – grösstenteils erst zu bauende – Kanalnetz leiten; wer aber Water Closets einzurichten gedachte, durfte die gesamte, durch das Wasser verdünnte Jauche der Kanalisation übergeben. Was da vorgesehen war, war nichts anderes als eine Schwemmkanalisation. Offenbar war man sich doch bald klar, dass menschliche Abfallstoffe nicht einfach übers Kanalnetz in die Eulach geleitet werden durften, und so wurde erwogen, als Ergänzung zu einem Kanalnetz ein pneumatisches Fäkalien-Entsorgungssystem nach dem Patent von Kapitän Liernur einzuführen (Abb. 22).[89] Beide Vorhaben gerieten bis zur Projektreife, und beide wurden Opfer der Nationalbahnkrise. In den 1880er Jahren wurden die Zustände unhaltbar: die *Eulach,* welche nebst dem Inhalt des gesamten Altstadt-Kanalnetzes zahlreiche Industrieabwässer und die Abfälle des Schlachthauses aufnehmen musste, war zu einer stinkenden Kloake geworden. 1886 wurde die Anlage eines umfassenden Kanalisationsnetzes beschlossen; als erstes sollte ein Hauptsammler im Neuwiesenquartier erstellt werden, der den Ausfluss der alten Kanalisation in die Äckerwiesen verlegte. Da das Netz nur für Regen- und Brauchwasser bestimmt war, musste nun auch die Fäkalienentsorgung definitiv geregelt werden. Man entschied sich für das Grubensystem; die Anlage dichter Gruben wurde nun systematisch durchgesetzt, und es wurde eine obligatorische Jaucheabfuhr eingeführt. Noch lange blieben die «Gülleburgen» Bestandteil der peripheren Stadtlandschaft. Noch bevor das Kanalisationsnetz fertiggestellt war, erwies es sich als ungenügend: die Wassermengen, die es zu schlucken hatte, stiegen mit der «Versteinerung» des Siedlungsbodens sprunghaft an.[90] 1912 wurde das Netz umorganisiert, um eine vierfache Wassermenge aufnehmen zu können. Den Abschluss bildete die Erneuerung der Altstadtkanalisation 1922–1923. Auf eine Schwemmkanalisation wurde erneut verzichtet; man erwog sogar eine Ableitung der Schmutzwasser in den Rhein. Eine 1950 fertiggestellte Kläranlage bot die Grundlage für die Einführung der Schwemmkanalisation.

Erst in den 1890er Jahren trat in der Tätigkeit Schleichs jene Aufgabe in den Vordergrund, die

1872 zur Bildung eines städtischen Ingenieurbüros geführt hatte: die Planung von Strassen. Die Nachteile der in den 1860er Jahren eingeführten Strassenbaupolitik hatten sich schon in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre gezeigt. Mit der Krise zerschlug sich die Hoffnung, dass die Strassenbaukosten durch fette Grundstückgewinne wettgemacht würden. Dieser Verlust traf aber beinahe ausschliesslich die Stadt, da sie die Baukosten allein bestritten hatte. Und zudem hatte sie nun für den Unterhalt eines viel zu grossen Strassennetzes aufzukommen. Als die Bautätigkeit in den 1880er Jahren wieder einsetzte, bemühten sich Zürich und Winterthur um eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen der Städteplanung. 1893 trat im Kanton Zürich ein neues Baugesetz in Kraft. Die Anlage eines Strassennetzes musste nun nicht mehr, wie bisher in Winterthur, mit den Grundbesitzern abgesprochen werden – wenn das von der Stadt geplante Strassennetz vom Regierungsrat bewilligt war, konnte die Gemeinde widerspenstige Grundbesitzer ohne weiteres enteignen. Die Grundbesitzer mussten nun zwar für das zum Strassenbau nötige Land entschädigt werden, aber dafür konnten sie auf andere Weise zur Finanzierung des Strassenbaus herangezogen werden: sie hatten «die Hälfte der Wertvermehrung (ihrer) Liegenschaft» zu bezahlen, wobei die Summe der Beiträge die Gesamtbaukosten nicht übersteigen durfte.[91] Diese Regelung galt für die Verkehrsstrassen – die Anlage der zwischen ihnen liegenden Quartierstrassen hatten die Grundbesitzer allein zu finanzieren. Das sogenannte Quartierplanverfahren, mit welchem die Aufteilung der Planungs- und der Entschädigungskosten geregelt wurde, erinnert stark an die ältere Winterthurer Praxis zur Anlage von Vicinalstrassen. In Winterthur setzte mit dem neuen Baugesetz eine intensive Planungstätigkeit ein. 1895 wurde ein erster Bebauungsplan für das gesamte Stadtgebiet rechtsgültig; das Netz der

Abb. 43 Übersichtsplan der Stadt Winterthur mit Eintragung der «Strassenprojecte», 1897: Richtplan von Stadtingenieur Heinrich Schleich (1840–1911) für die zukünftigen Bebauungs- und Quartierpläne.

bewilligten Verbindungsstrassen wurde laufend ergänzt; zahlreiche Quartierplanverfahren wurden eröffnet und teilweise durchgeführt. Der Stadtingenieur entwarf 1897 einen für internen Gebrauch bestimmten Richtplan: es zeigt sich, dass Schleich vorhatte, beinahe das gesamte offene Areal der Stadtgemeinde mit einem regelmässigen Netz von Strassen zu überziehen (Abb. 43). Dieses sollte enger gewoben sein als dasjenige der 1870er Jahre, entsprach ihm aber in seiner schematisch-technokratischen Art: wie Felix Erb war auch Schleich von der kartographischen Arbeit her zur Stadtplanung gelangt. Die auffälligsten Teile des Planes wurden nicht realisiert: Neuquartiere auf der Schützenwiese und im Talgut, das erstere mit begradigter, von Strassen begleiteter Eulach als Hauptachse, das letztere mit einem grossstädtischen Strassenstern. Im übrigen resultierte die Schleichsche Planungstätigkeit vor allem in einer Verdichtung und Ergänzung der bestehenden Quartiere. Als zusammenhängende Neuquartiere wirken am ehesten die Überbauungen im Palmengartenareal und im Lee. Die weitläufigsten Neuquartiere entstanden ausserhalb der Stadtgrenze: in Veltheim – auf der Grundlage von Plänen Schleichs – und in Töss (Abb. 66, 67). Das Vorhaben, auch die Grüze in Oberwinterthur mit einem Strassenraster zu erschliessen, gelangte dagegen nicht zur Ausführung.

2.1.6 Das Kunstmuseum: Architektur in Winterthur, Winterthurer Architektur

Die stattliche Reihe von repräsentativen öffentlichen Bauaufgaben, die mit dem Amtsantritt Sulzers eingesetzt hatte, brach mit der Nationalbahnkrise ab: nach dem Bau des Kantonalen Technikums in den Jahren 1877–1878 wurden während mehr als zehn Jahren keine grossen Bauwerke mehr erstellt. Vom Beginn der 1890er Jahre bis zum ersten Weltkrieg waren dann wiederum etliche Grossaufgaben zu verwirklichen: Erweiterung des Bahnhofs (Abb. 81) und des Technikums (Abb. 167), Bau einer neuen Post (Abb. 82), eines Kirchgemeindehauses mit Konzertsaal (Abb. 117) und eines Museums- und Bibliotheksgebäudes, sowie Erstellung von vier Schulhäusern. Für mehrere dieser Bauten wurden Wettbewerbe veranstaltet. Die ortsansässigen Architekturbüros gelangten zwar nie auf den ersten Rang, aber es zeigte sich, dass die Stadt systematisch darauf hin arbeitete, die «eigenen» Baufachleute zu fördern: nur der Postpalast, bei dem die Stadt nicht zuständig war, wurde von auswärtigen Architekten erstellt. Damit war erwiesen, dass man in Winterthur fähig war, die Stadt mit eigenen Kräften zu gestalten. Mit dem 1913–1916 erstellten Bibliotheks- und Museumsgebäude (Abb. 49) war noch mehr erreicht. Mit ihm hatte ein Winterthurer Architekt ein Werk von nationalem Rang geschaffen. Der Bau forderte durch formale Bezüge den Vergleich zum benachbarten Stadthaus heraus: er stellte eine originelle Neuinterpretation Semperscher Ideen dar. Er zeugte von der Existenz einer eigenständigen architektonischen «École de Winterthour». Sie hatte ihr Zentrum am Technikum: hier wurden nun zahlreiche gebürtige Winterthurer zu Architekten ausgebildet.

Abb. 44 Winterthur. Doppeleinfamilienhaus, erbaut 1908–1909 von Robert Rittmeyer (1868–1960): der dem Architekten selbst gehörige Hausteil. Fotografie H. Linck (1866–1938).

Im späten 19. Jahrhundert schien die Bauschule des Technikums allerdings in eine Sackgasse geraten zu sein: wegen ihrer orthodoxen Haltung waren die Semperschüler Studer und Bösch bei Grossaufgaben nicht mehr gefragt; nur für das Tössfeldschulhaus *(Agnesstr.* 15; Abb. 76) wurde der erstere noch beigezogen. Der Bau des städtebaulich wichtigen St. Georgenschulhauses *(St. Georgenstr.* 88; Abb. 153) wurde dagegen Ernst Jung und seinem Partner Otto Bridler (1864–1938) übertragen, welche kurz zuvor die Erweiterung des Bahnhofes *(Bahnhofplatz* 5–9; (Abb. 81) durchgeführt hatten. Damit «akzeptierte» die Stadt einen Architekten als den ihren, der eng mit der grossindustriellen Bauherrschaft verbunden war: nach dreissigjähriger fruchtbarer Bautätigkeit konnte er erstmals einen städtischen Grossbau realisieren. Allerdings kam dieser Erfolg reichlich spät; kurze Zeit später setzte die Kritik an der von Jung vertretenen Richtung des Historismus ein. Den nächsten Grossauftrag, den für ein Geiselweidschulhaus *(St. Gallerstr.* 1; Abb. 152), vergab die Stadt an Walter Furrer (1870–1949), den Sohn eines lokalen Baumeisters; er hatte in einem Wettbewerb den zweiten Preis erhalten. Unter der Oberaufsicht Gustav Gulls entstand ein Bau, der als Alternative zu Jungs französischem Schulschloss St. Georgen gedacht war: statt

Backstein wurde heimischer Naturstein gewählt, statt klassischer Formen solche einer regionalistischen Spätgotik, statt eines unauffälligen Schieferdaches ein ziegelgedecktes, pittoreskes Steildach. Jung zog sich 1907 aus dem Berufsleben zurück; indem er einer jüngeren Kraft Platz machte, ermöglichte er es dem von ihm gegründeten Büro, die Stellung als «offizielles» Architekturunternehmen der Stadt zu behalten und auszubauen. Jungs Nachfolger, der Aargauer Lebrecht Völki (1879–1937), vollzog den Übergang zu einem Heimatstil, der sich am heimischen Patrizierbarock, wie er von der Bürgerhaus-Reihe propagiert wurde, orientierte. Er vermochte damit sowohl den Fabrikanten als auch den städtischen Behörden zu gefallen: das Büro Bridler & Völki erhielt die Aufträge für das städtebaulich wichtige Heiligbergschulhaus *(Hochwachtstr.* 9; Abb. 112) und für das Kirchgemeindehaus *(Liebestr.* 3; Abb. 117). Im Wettbewerb für einen Bebauungsplan für das Vogelsangquartier gewann es den ersten Preis; die Strassen wurden nach diesem Projekt ausgeführt (siehe Kap. 2.2.8; Abb. 51). Als Krönung der Erfolgsserie fehlt nur noch die Ausführung des Museumsgebäudes. Tatsächlich gelangte das Büro in einem auf lokale Architekten beschränkten Wettbewerb auf den ersten Rang, aber in einem zweiten Durchgang rückten die Architekten Rittmeyer & Furrer an die erste Stelle und erhielten in der Folge den Projektierungs- und Bauleitungsauftrag.

Der aus dem St. Gallischen Bruggen stammende Robert Rittmeyer (1868–1960) war 1898 ans Technikum berufen worden und hatte 1905 mit dem Winterthurer Walter Furrer ein Büro eröffnet.[92] Als die Errichtung des Museums begann, war er 45jährig; dass er bis dahin in Winterthur keinen öffentlichen Grossbau hatte ausführen können, hängt damit zusammen, dass er eine betont unkonventionelle Baurichtung vertrat: mit Rittmeyer schien die Bauschule des Technikums von einer übertriebenen konservativen Haltung ins gegenteilige Extrem verfallen zu sein. Schon 1904 unterzog Rittmeyer das Sempersche Stadthaus, den Stolz der Winterthurer, einer harschen Kritik – er betrachtete es als Beleg dafür, dass Semper als Architekt seinen eigenen theoretischen Maximen zuwidergehandelt habe. Es dürfte aufs Stadthaus gemünzt sein, wenn Rittmeyer beklagt, dass man die «weihevollen Formen» der griechischen Architektur «in äusserlicher Mache für unsere profansten Zwecke» missbraucht habe. Im Anschluss an Hendrik Petrus Berlage, der Sempers Lehre um- und neugedeutet hatte, forderte Rittmeyer eine von den «historischen Stilen» befreite, an heimische Traditionen anknüpfende, aus praktischen Bedürfnissen entwickelte Baukunst.[93] Was er sich darunter vorstellte, demonstrierte er an seinem eigenen, 1908–1909 erbauten Wohnhaus *(Seidenstr.* 18; Abb. 44). Es handelt sich um ein Doppel-Einfamilienhaus. Wie bei den anglisierenden Villen von Jung und von Bridler sind die Räume frei disponiert, aber sie schreiben sich in einen einfachen Rechteckgrundriss ein, dem im Aufgehenden ein klar umrissener Baukörper entspricht. Auf pittoreske Effekte wird keineswegs verzichtet, aber sie werden nicht mit Elementen des historischen Schlossbaus, sondern mit «funktionalen» und «heimischen» Motiven erzielt: asymmetrische Fensteranordnung; Bow-Windows; Kontrast zwischen Klappläden und weiss verputzten Mauern; Klebdächer; Giebel, welche über der zur Sonne gerichteten Längsfassade aufsteigen; Verkröpfung von Baukörper und Dachlandschaft. Der Bau hat ein konkretes Vorbild: es handelt sich um das Haus «The Orchard», das der englische Jugendstil-Vorläufer Voysey 1899 für sich erbaut hatte. Wenn man Rittmeyers Haus mit jenem vergleicht, erkennt man, wie der Architekt das «Heimische» entwickelt: es geschieht – im Sinn von Hermann Muthesius – durch eine «Übersetzung» fortschrittlicher englischer Architektur ins Deutsche oder Schweizerische. Bei anderen Bauten lässt sich die Auseinandersetzung Rittmeyers mit den raffiniert-kunstgewerblichen Architekturexperimenten seiner Altersgenossen Olbrich, Mackintosh und Behrens ablesen. Rittmeyer nimmt in der Deutschschweizer Architekturszene des frühen 20. Jahrhunderts eine Sonderstellung ein: Im Gegensatz zur demonstrativen Bodenständigkeit des «Bürgerhausstils» haben seine Bauten stets einen Zug ins Extravagante. Die «reformistisch»-kunstgewerbliche Herkunft erschwert ihm zwar den Weg zu monumentaler Baugestaltung, befähigt ihn dafür aber zu originellen, über die Routine hinausgehenden Lösungen. Ihm wird das Kunst-

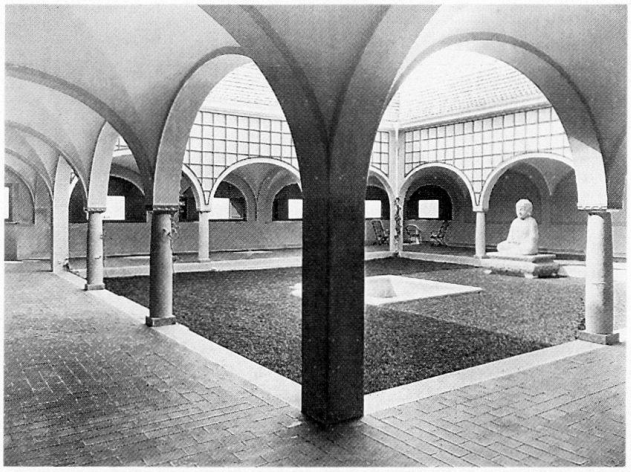

Abb. 45 Winterthur. Sonnenbad der Villa Tössertobel, erbaut 1908 von Robert Rittmeyer für den Kaufmann und Kunstsammler Georg Reinhart (1877–1955). Fotografie H. Linck.

stück gelingen, einen Pionierbau des Schweizer Neuklassizismus zu schaffen, ohne dabei seine reformistische Herkunft zu verleugnen. Bereits in der 1908–1910 erstellten Villa Tössertobel *(Eichwaldstr.* 3; Abb. 96, 97) führt Rittmeyer vor, wie Klassisch-Monumentales und Heimisches verquickt werden können. Das Haus gibt sich ganz als entspanntes Landhaus im Sinn von Muthesius – ausser auf der Gartenseite: dort regiert eine klassisch stilisierte Fassade die langgestreckte, terrassierte Gartenanlage, welche sich mit ihrer strengen Symmetrie auf die Tradition der absolutistischen Gartenarchitektur beruft. Sie wird durch einen kreuzgangartigen Bau abgeschlossen: eine neuzeitliche, für einen Wirtschaftsmanager bestimmte Eremitage, eine von einem Buddha regierte, im Zeichen des Sonnenkults stehende Stätte der Kontemplation (Abb. 45). Von Ferne betrachtet erscheint die Gesamtanlage mit ihrer gewaltigen Stützmauer als eine Miniatur-Akropolis. Ähnlich originelle Lösungen hat Rittmeyer im Friedhof Rosenberg und im Geiselweid-Schwimmbad entwickelt (Kapitel 3.4.4: Am *Rosenberg* 5; *Pflanzschulstr.* 10; Abb. 138).

Wollte er nun aber nicht zum Innenraumgestalter, Wohnhausarchitekten, und Landschaftsgärtner abgestempelt werden, musste Rittmeyer sich an einem Grossbau bewähren. Einem reformistisch gesinnten Architekten musste als Aufgabe ein Bau naheligen, welcher der Kunst diente: die architektonische Erneuerungsbewegung war von Kunst und Kunstgewerbe ausgegangen. Zu den Inkunabeln des «neuen Stils» gehörten zwei Kunstgebäude: Mackintoshs Glasgower Kunstakademie und Olbrichs Wiener Secession. In Zürich wurden zwischen 1902 und 1904 zwei Wettbewerbe für ein «Kunsthaus» veranstaltet; mit dem 1907–1910 nach Plänen Karl Mosers errichteten Bau erhielt die Schweiz den ersten Grossbau von «moderner Auffassung».[94] Als Rittmeyer 1907 Präsident des Winterthurer Kunstvereins wurde, schlug er vor, auch in Winterthur ein Kunstmuseum zu errichten *(Museumstr.* 52). 1909 legte er ein Projekt vor, das in einer Broschüre verbreitet wurde (Abb. 46). Es zeigt deutlich die Auseinandersetzung mit den Moserschen Entwürfen für das Zürcher Kunsthaus: in der asymmetrischen Gesamtdisposition und in den sparsam befensterten, plastisch behandelten Mauerflächen. Ähnlich wie Moser in einem Vorprojekt vom Januar 1907[95] spielt Rittmeyer in der Gestaltung des Haupttraktes auf den griechischen Tempelbau an. Er setzt dem Block – obwohl er breiter als tief ist – ein giebelständiges Satteldach auf und erhält so ein gewaltiges Frontispiz; ein Klebdach verläuft an der Stelle des Architravs; kolossale Bänder rufen die Erinnerung an Säulen wach. Der

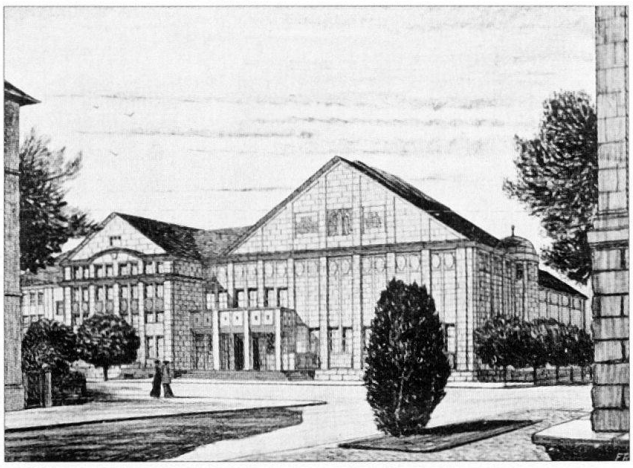

Abb. 46 Winterthur. Projekt für ein Museums- und Bibliotheksgebäude, 1909, von Robert Rittmeyer.

Bezug auf die griechische Antike überrascht bei einem Architekten, der den Erbauer des Stadthauses hart getadelt hatte, weil er Tempelmotive in nordische Gefilde übertragen habe. Das Tempelzitat wirkt aber noch aus einem anderen Grund deplaziert. Aus der Giebelinschrift kann man ersehen, dass der projektierte Bau nicht nur den «schönen Künsten» gewidmet ist, sondern auch der «Wissenschaft»: es handelt sich – im Gegensatz zu Zürich – nicht um ein reines Kunstmuseum, ja nicht einmal um ein reines Museumsgebäude, sondern um einen Mehrzweckbau. Der Kunstverein hatte sich nämlich mit dem einflussreichen Bibliothekskonvent zusammengetan; das gemeinsam zu erbauende Museumsgebäude sollte nicht nur die Kunstsammlungen der Stadt und des Kunstvereins beherbergen, sondern auch die naturwissenschaftlichen Sammlungen der Stadt, eine Münzsammlung sowie die gesamte Stadtbibliothek.

Mit einer solchen Aufgabenverbindung steht Winterthur in einer langen, auch lokal verankerten Tradition. Die meisten Schweizer Museen der «Schönen Künste» sind baulich mit anderen Sammlungen zusammengefasst. Schon das erste von einem öffentlichen Auftraggeber erbaute Museum der Schweiz ist ein Mehrzweckbau. Das 1844–1849 von Melchior Berri erstellte «Museum an der Augustinergasse» in Basel ist für die Sammlungen der Universität bestimmt; es fasst neben der aus einem Renaissance-Kunstkabinett hervorgegangenen Kunstsammlung etliche andere Sammlungen sowie Kollegienräume.[96] Der Ruhm, das erste bürgerliche Museum der Schweiz und eines der ersten überhaupt erstellt zu haben, wäre beinahe Winterthur zugefallen. Das 1838–1842 erbaute Knabenschul- und Bibliotheksgebäude *(Stadthausstr.* 6; Abb. 17) zeigt nämlich eine ganz ähnliche Aufgabenverbindung wie das Basler Museum: es nahm mit der Bibliothek eine Institution auf, wel-

che aus mehreren Sammlungen bestand. Die Verlegung aus dem Rathaus in einen Neubau dürfte bereits mit der zunehmenden Verselbständigung der Kollektionen zusammenhängen; aber erst 1860 war diese soweit fortgeschritten, dass man die Institution - wie in Basel - unter den Obertitel eines Museums stellte.[97] Dieser Umbenennung war die Ausstattung des Baues mit einem Figurenschmuck vorausgegangen, mit welchem das Schulgebäude auf seine neue Würde als Museum vorbereitet wurde (Abb. 14).[98] Das Museum enthielt auch eine Kunstsammlung, die aus einer Porträtgalerie von Schultheissen und Prälaten hervorgegangen war. Für die Ausstellungen des Kunstvereins war dagegen kein Platz vorhanden; 1865-1866 wurde das gotische Waaghaus zu einer Kunsthalle umgebaut, mit einem Oberlichtsaal für die Ausstellungen und einem Saal für die Aufstellung von Abgüssen nach antiken Statuen *(Marktgasse* 25). Das Projekt von 1908 basierte nun auf der Idee, das städtische Museum - enthaltend Bibliothek und verschiedene Sammlungen - von der Schule zu trennen und es mit der Kunsthalle zu vereinen. Die Initiative dazu ging vom Kunstverein aus: indem er sich mit dem Bibliothekskonvent und der Stadt verband, konnte er sich - wie sich zeigte, mit Recht - erhoffen, in absehbarer Zeit zu einem Museumsbau zu kommen, der sich durch Umfang und Lage mit dem im Bau begriffenen Zürcher Kunsthaus messen konnte.

Aber es bestand die Gefahr, dass man auf diese Weise ein Kunstmuseum erhielt, das nur äusserlich-architektonisch modern war. Für die führenden Köpfe des Kunstvereins bestand die Hauptaufgabe des zu bauenden Museums nämlich in der Vermittlung zeitgenössischer Kunst: durch sie, die zu den Quellen schöpferischer Kraft zurückging, sollte eine Gesellschaft erneuert werden, welche einem geistlosen Materialismus verfallen war. Ein solches kunsterzieherisch-werkbündlerisches Credo reimt sich aber schlecht mit dem Vorhaben, das Kunstmuseum mit einer Bibliothek zu koppeln: im Kontext reformerischer Wertvorstellungen repräsentierte diese Institution ein trockenscholastisches Schulwissen; die Sozialdemokraten attestierten ihr einen «archäologischen Charakter».[99] Und noch seltsamer ist es, dass man die Vermittlung von Kunst mit der von Wissenschaft kombinieren wollte - seit Langbehn, dem Vater der Kunsterziehungsbewegung, galt Wissenschaft als Inbegriff jenes Positivismus und Materialismus, den man durch die Kunst eben überwinden wollte. Wenn die Winterthurer Kunsterzieher sich trotz dieser Problematik mit dem Bibliothekskonvent verbündeten, dann in der Überzeugung, mit der Stadtbibliothek eine Institution ganz besonderer Art zu besitzen - eine nämlich, in welcher die Postulate der Kunsterziehungsbewegung gewissermassen bereits verwirklicht waren. Die Bibliothek war ja keine Schöpfung des technizistischen 19. Jahrhunderts; 1910 sollte sie ihren 250. Geburtstag feiern. Sie stammte also aus einer Kultur, welche man im frühen 20. Jahrhundert als eine «künstlerische» empfand. Der Bibliothek war der Geist dieser Epoche erhalten geblieben - dank der Tätigkeit einer Reihe von aussergewöhnlichen Persönlichkeiten. Ein Mann wie Jakob Melchior Ziegler (1801-1883) stellte mit seiner Interessenvielfalt eine späte Verkörperung des humanistischen «uomo universale» dar; und zu diesem Typus gehörte auch der Textilkaufmann, Numismatiker und Mäzen Friedrich Imhoof-Blumer (1838-1920), der mit einer Stiftung den Grundstein zum Museumsbau gelegt hatte. Die materialistische Zeit war allerdings an der Bibliothek nicht spurenlos vorübergegangen: die Anbindung an eine ausschliesslich für Jugendliche bestimmte Bildungsanstalt und die Abtrennung der Kunstvermittlungs-Aufgabe waren Zeichen einer Beschränkung und Zersplitterung des Kulturinstituts. Wenn man dieses im Geist der barocken Universalkultur erneuern wollte, musste man es aus dem Verband mit der Schule herauslösen; und vor allem musste man die Bibliothek und die Sammlungen energisch unter die Herrschaft der Kunst stellen. In Rittmeyers Projekt erscheint denn auch der Bibliotheks- und Museumskomplex in erster Linie als Kunstmuseum.

Noch in einem anderen Sinn entsprach nun die Bürgerbibliothek den Idealen der Kunsterziehungsbewegung. Es handelte sich bei ihr nicht um eine staatliche Bildungsanstalt, sondern um eine von den Bürgern direkt getragene, «urdemokratische» Einrichtung, um eine kulturelle «Allmend». Bezeichnenderweise war die Bibliothek ursprünglich im Rathaus untergebracht. Auch diese im 19. Jahrhundert aufgehobene Verbindung wollte man nun wieder herstellen; der Museumsbau sollte schräg hinter das Stadthaus zu stehen kommen. Aber er sollte sich zu diesem nicht wie ein bescheidener Nebenbau verhalten, sondern eher wie der Sitz einer mächtigen Zunft: Der Vorstand des Kunstvereins liess von sich ein Gruppenbild in der Art holländischer Gildenbilder malen, in welchem die führenden Persönlichkeiten zugleich in der Rolle von Fürsten auftreten, die das Projekt des Hofarchitekten begutachten (Abb. 13). Scherzhaft bezeichnen sie sich als «Stifter und Anstifter»[100] - Anstifter eines geplanten Umsturzes. Der innere Kreis der Kunstmuseums-Initianten bestand aus Angehörigen alter Textilkaufmanns- und Textilindustriellenfamilien. Ihre Vorfahren hatten, bevor die Maschinenindustriellen die Führung übernom-

Abb. 47 Winterthur. «Franzosensaal» im Kunstmuseum, mit «Tänzer», von Carl Burckhardt (1878–1923). Fotografie H. Linck.

men hatten, eine Stadt zu schaffen begonnen, in welcher Industrie und Kultur miteinander harmonierten. An diese Tradition wollte man anknüpfen: Winterthur sollte wieder eine künstlerisch gestaltete, von Bürgerhäusern und urbanen Gärten geprägte Stadt werden; die Fabriken sollten sich an der Peripherie befinden; und die Arbeiter sollten in geschmackvollen Siedlungen untergebracht werden. Diese Reform aber sollte vom Museum ausgehen; es sollte zum eigentlichen, zum geistig-kulturellen Rathaus des neuen Winterthur werden. Die Funktion des Ratsaales würde der Sitzungssaal des Kunstvereins übernehmen. Rittmeyer weist ihm schon im ersten Entwurf jene Schlüsselstellung über dem Eingang zu, die er auch im ausgeführten Bau einnehmen wird. In diesem wird auch die «Ahnengalerie» des alten Rathauses wieder auferstehen: in der Form eines Kabinetts mit Werken des Winterthurer Porträtisten Anton Graff. Das Treppenhaus aber wird mit alten Schützenscheiben und mit Wappenscheiben der beiden wichtigsten Stifterfamilien ausgestattet werden.

Jetzt wird klar, weshalb Rittmeyer in seinem Projekt das Museum als stilisierten Tempel darstellt: der Bau soll auf diese Weise als ein zweites Stadthaus charakterisiert werden. Rittmeyer bekennt sich damit zu Sempers Auffassung, dass es sich beim griechischen Tempel um ein politisch-kultisches Gemeinschaftshaus gehandelt habe – wäre das Winterthurer Museum ein reines Kunstmuseum wie jenes in Zürich, hätte es kein Anrecht auf das antikische Motiv. Rittmeyer ist aber der Meinung, dass Semper eine richtige Idee falsch anwendet (ganz abgesehen davon, dass er die antiken Formen viel zu wörtlich übersetzt): wohl ist das Tempelmotiv für ein demokratisches Rathaus angemessen – aber nicht für ein reales, sondern nur für ein geistig-kulturelles. Säulen passen nicht zu so profanen Einrichtungen wie einem Steuerbüro.

Rittmeyer befürchtet nun, dass die städtischen Behörden einen Wettbewerb veranstalten wollen, um so zu einem weniger extravaganten Projekt zu kommen. Die Behörden und der Kunstverein bestellen vorerst bei Gustav Gull, Gabriel von Seidl und Karl Moser ein Gutachten über Rittmeyers Entwurf; die Experten bemängeln den «unorganisch» aufgesetzten Hauptgiebel, die «magazinartige Wirkung», den reizlosen Grundriss.[101] Der Wettbewerb ist unvermeidlich; als Preisrichter werden die Gutachter bestellt. Da deutlich geworden ist, dass sich der Modernist Moser in diesem Gremium nicht hat durchsetzen können oder wollen, entwirft Rittmeyer einen konventionellen, klassisch instrumentierten Kulturpalast. Er gerät auf den dritten Rang, hinter Bridler & Völki und Fritschi. Im zweiten Durchgang gibt er sich wieder betont modernistisch. Trotz diesem Zickzackkurs erhält er nun den Vorrang: der Kunstverein-Vorstand setzt sich engagiert für den «ungemütlichen»[102] modernen Stil von Rittmeyers Projekt ein, und vor allem kann der Architekt eine überzeugende Konzeptänderung vorweisen. Der Bibliothek ist jetzt der Hauptkörper zugewiesen; die Museen sind im Flügel untergebracht. Dieser zeigt – wie es die Experten gefordert hatten – einen «energisch einspringenden Winkel».[103] Das Tempelmotiv ist verschwunden; am Bibliothekstrakt scheint es keinen Sinn zu haben. Um so überraschender ist es, dass es plötzlich wieder auftaucht, und zwar ohne jede stilisierende Verbrämung: das definitive Projekt zeigt einen viersäuligen ionischen Säulenportikus mit mächtigem Frontispiz. Bauamtmann Alexander Isler spricht von einem Durchbruch klassischer Formen, der den Bau «in letzter Stunde» einen Schritt näher zum Semperschen Stadthaus gebracht habe (Abb. 49).[104] Dass dieser Durchbruch auf so spektakuläre Weise erfolgt, mag mit dem «rappel à l'ordre» des Neu-

Abb. 48 Winterthur, Museums- und Bibliotheksgebäude. Sitzungszimmer des Kunstverein-Vorstandes. Foto Hans Linck.

Abb. 49 Winterthur. Museums- und Bibliotheksgebäude, erbaut 1913–1916 von Robert Rittmeyer für den Kunstverein und die Stadt Winterthur. Fotografie Guggenheim.

klassizisten Ostendorf zusammenhängen[105]; im übrigen entspricht er aber der Logik des Entwurfsprozesses.

Wenn Rittmeyer sein erstes Projekt als eine kritische Alternative zum Semperschen Stadthaus konzipiert, beruft er sich nicht nur auf Moser, sondern auch auf eine antike Autorität, nämlich auf die Propyläen der athenischen Akropolis. Dort ist die Gruppierung von zwei gegeneinander verschobenen Baukörpern sowie die Zweiteilung des Hauptbaus in der Längsachse vorgegeben. Als Rittmeyer das Kunstmuseum in den sekundären Flügeltrakt verlegt, glaubt er vorerst, sich nun nicht mehr auf die Propyläen berufen zu dürfen. Aber in Wahrheit hat er damit, ohne es zu beabsichtigen, den Weg für eine weit originellere Deutung des athenischen Komplexes freigelegt. Die Pinakothek befindet sich ja auch bei diesem im seitlichen Trakt. Bei ihrem tempelförmigen Mittelbau handelt es sich zwar nicht um eine Bibliothek, aber auch nicht um ein Kulthaus, sondern um einen Torbau. Rittmeyer kann das Thema des Säulenhauses in jenem Moment wieder einführen, als ihm klar wird, dass es sich in gewisser Hinsicht auch beim Haupttrakt des Museums um ein Torhaus handelt: er enthält ja nicht nur eine Bibliothek, sondern auch einen repräsentativen Erschliessungsraum mit einer monumentalen Treppe. In eben dieser Weise ist beim Semperschen Stadthaus der vordere Teil des Tempels motiviert. Wie kann nun aber dem Hauptbau jener Charakter einer offenen Säulenhalle bewahrt werden, den er bei den Propyläen hat, wenn er gleichzeitig als Gehäuse für geschlossene Räume zu dienen hat? Auch hier lässt sich Rittmeyer von Semper den Weg weisen: er sucht den Eindruck zu geben, dass eine Säulenhalle von einem massigen Querbau durchdrungen wird. Die obere Zone des Säulenportikus bleibt leer – der Architekt deutet so an, dass es sich beim Torbogen des Haupteingangs und beim Sitzungssaal des Kunstvereins um Bauelemente handelt, die nachträglich zwischen die Säulenstützen «hineingezimmert» worden sind. Mit dem Motiv des Leerraums erweist Rittmeyer dem Semperschen Stadthaus seine Reverenz – er hat es während der kritischen Auseinandersetzung zu respektieren gelernt. Dank diesem Gegen- und Vorbild ist es ihm gelungen, die in den Propyläen enthaltenen Ideen für den Winterthurer Bau fruchtbar zu machen. Rittmeyer deutet den athenischen Komplex als Kontrast zwischen einer monumentalen Schatztruhe und einem Säulenbaldachin: die Cella hat sich gleich-

sam vom Tempel emanzipiert und kann so – deutlicher als im Stadthaus – ihre eigenen Gestaltqualitäten entfalten. Und während Semper bei seinen Grossbauten – etwas ängstlich – an der repräsentativen Bilateralsymmetrie festhält, strebt Rittmeyer im Museumsbau jene naturhaft-ungezwungene Symmetrie an, welche Auguste Choisy an den Propyläen bewundert: die eines Gleichgewichts von Massen.[106] Im Vergleich zum Stadthaus erscheint der Museumsbau als ein städtebaulicher Organismus im Kleinen; er schafft sich einen eigenen, geschlossen wirkenden Vorplatz (Abb. 49). Mit seinen betont groben Details nimmt er sich aus, als sei er aus dem Felsen herausgehauen. Auf merkwürdige Weise verquickt sich nun diese Monumentalität mit raumkünstlerischer Intimität. Der hinter den Säulen situierte «Ratsaal» des Kunstvereins ist als komfortabler Clubraum eingerichtet (Abb. 48). Die Ober- respektive Hochlichtlichtsäle, bei den Romantikern im Sinn einer höhlenartigen Urarchitektur gedeutet, haben den Charakter eines heiteren Wohnzimmers (Abb. 47). Die Gemälde, konservative wie revolutionäre, sind an stoffbespannten Wänden so fürsorglich arrangiert wie die Illustrationen eines bibliophilen Kunstbuchs. Die Tribuna, der kultische Hauptraum des traditionellen Museumstempels, erscheint in der Form eines Kabinetts mit Porträts aus der Aufklärungszeit.

2.1.7 Das neue Alt-Winterthur: Industrielle Realität und Gartenstadträume

Nachdem mit dem Kunstmuseum das Stadthaus eines in künstlerischem Geist zu erneuernden Winterthur geschaffen war, galt es, die Umgestaltung der gesamten Siedlung an die Hand zu nehmen. 1917 ersuchte der Kunstverein den Stadtrat um die «Ausarbeitung eines Bebauungsplanes, in welchem auch für die Baustellen der wichtigsten öffentlichen Gebäude Plätze bestimmt und die Anforderungen des Heimatschutzes berücksichtigt» würden.[107] Für den Vorstoss waren in erster Linie die beiden Hauptprotagonisten des Museumsbaus, Richard Bühler und Robert Rittmeyer, verantwortlich; der letztere war mit der Ausarbeitung eines Konkurrenzprojektes für den internationalen Bebauungsplanwettbewerb beschäftigt, den die Stadt Zürich zwei Jahre zuvor eröffnet hatte. Aber den Initianten ging es nicht darum, dass auch in Winterthur ein Wettbewerb veranstaltet werde; sie strebten vielmehr danach, dass die Planung einer Kommission von lokalen Fachleuten übertragen werde. Das Bauamt und die Baukommission befürchteten, dass man ihnen in der Angelegenheit des Bebauungsplanes das Heft aus der Hand nehmen wolle; der Bauamtmann beschleunigte die bereits in Gang befindlichen Vorbereitungen zur Ausschreibung eines Wettbewerbs – aber es war zu spät: der Ausgang des Zürcher Wettbewerbs zeigte, dass eine Plankonkurrenz keine fertigen Lösungen, sondern bloss Ideen bringen konnte.[108] 1919 wurde eine Bebauungsplankommission bestellt; Mitglieder waren die Technikumsprofessoren Robert Rittmeyer, Emil Fritschi und Karl Gilg, der Architekt Lebrecht Völki, Richard Bühler, Alfred Messer und andere.[109]

Als Aufgabenheft diente der Kommission der Entwurf zum Programm für einen Bebauungsplan-Wettbewerb; sein Urheber aber, der Bauamtmann Alexander Isler (1854–1932), trat im gleichen Jahr von seinem Amt zurück. Als er es 1897 angetreten hatte, hatte er einen Bebauungsplan übernehmen müssen, der seit zwei Jahren in Kraft stand. Im Rückblick fällte er über ihn ein hartes Urteil: «Der heute bestehende Bebauungsplan unserer Stadt ist sukzessive durch Erstellung der Bebauungspläne einzelner Quartiere zustande gekommen ... Es wurde ein Lappen an den andern genäht, bis das ganze Stadtgebiet in lauter Drei- und Vierecke eingeteilt war. Wie die erste Bahnlinie falsch projektiert war, so entstand der gründlich verpfuschte Plan für das Neuwiesenquartier und so reihte sich Stück an Stück ohne einheitlichen Gedanken aneinander».[110] Es fragt sich, warum es Isler während seiner 22jährigen Amtszeit nicht gelungen ist, diesen Gesamtplan durch einen neuen – oder wenigstens durch ein Wettbewerbsprojekt – zu ersetzen. Er gehörte nämlich in der Schweiz zu den ersten, die nach einer Überwindung der städtebaulichen Praxis des 19. Jahrhunderts riefen. 1901 befreite er sich von dem mächtigen Stadtingenieur, dem Autor des bestehenden Bebauungsplanes; die von diesem kumulierten Aufgaben wurden wieder getrennt und verschiedenen Beamten übertragen; die Gesamtplanung aber behielt sich der Bauamtmann selbst vor. 1903 gab er im Auftrag des schweizerischen Städtverbandes eine Schrift mit Thesen über die *Grundlagen städtischer Baugesetzgebung* heraus, die unter seiner Leitung erarbeitet worden waren.[111] Die städtebaulichen Vorstellungen, welche zwölf Jahre später dem Zürcher Bebauungsplanwettbewerb zugrundelagen, sind hier beinahe vollständig versammelt. Dem Bebauungsplan wird der Rang eines «Kunstwerks» zugestanden, das der Mitwirkung von «Baukünstlern» bedürfe. Die Stadtbaukunst hat sich an zwei Hauptaufgaben zu bewähren: an der Gestaltung der Stadtzentren und der Aussenquartiere. Anstelle der verwinkelten und unhygienischen Altstadtbauten sind grosszügige Baublöcke zu errichten und geschlossene Strassenräume zu schaffen; in den äusseren Gebie-

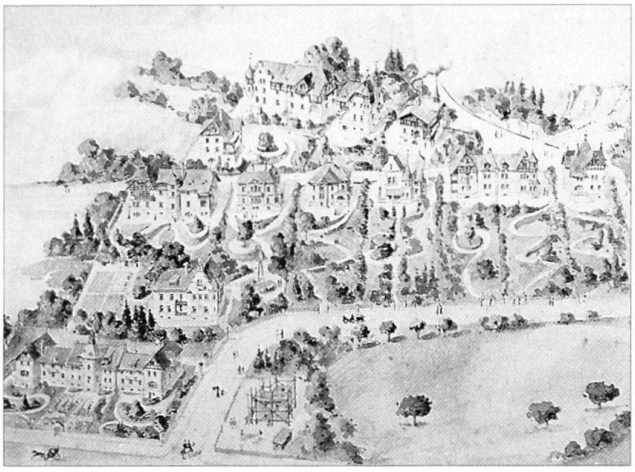

Abb. 50 Winterthur. Projekt von Jacques Gros (1858–1922) für eine Überbauung mit villenartigen Zwei- und Mehrfamilienhäusern am Brühlberg. Aquarellierte Bleistiftzeichnung, 1902.

ten sind Wohnquartiere mit niedrigen, für Familien bestimmte Bauten anzulegen – eine Siedlungsform, die man wenig später als Gartenstädte bezeichnen wird. Diese Siedlungen liegen Isler besonders am Herzen, denn als Grundübel der zeitgenössischen Städte empfindet er die «schreckliche, gefängnisartige» Mietskaserne: sie ist für die Zerstörung der Familie – der Grundlage der Gesellschaft – verantwortlich, aber auch für den Verlust der Städte an Charakter. Der Grund, auf dem die Mietskaserne gedeiht, ist die Bodenspekulation, und dieser wird durch eine verfehlte Baugesetzgebung – wie diejenige von Zürich von 1893 – Vorschub geleistet. Die Baugesetzgebung hat das Einfamilien- oder das kleine Mehrfamilienhaus zu fördern. Isler setzte diese Thesen in Winterthur mit der Erarbeitung von *Vorschriften über die Bebauung der äusseren Quartiere* in die Praxis um – 1909 traten sie in Kraft. Unter diesem Titel verbirgt sich nichts weniger als die erste Zonenordnung der Schweiz. Obwohl sie das Baugesetz von 1893 drastisch modifizierte, fügte sie sich in dessen Rahmen. Eine kantonale Verordnung von 1899 erlaubte nämlich den Gemeinden das Aufstellen von Quartierbauordnungen; Islers Vorschriften entsprachen einer solchen Teilordnung – nur betrafen sie das ganze Baugebiet der Gemeinde, mit Ausnahme einer Kernzone, wo das Baugesetz uneingeschränkt gültig blieb. Die äusseren Bereiche wurden in Ebene und Hügelzone unterteilt; für die erstere wurde die Geschosszahl auf vier, respektive – bei über vier Einheiten umfassenden Reihenbauten – auf drei, für die letztere auf drei beschränkt; in der Hügelzone waren Holzbauteile bedingt erlaubt.

Das Modell für eine «Familienhaus»-Siedlung, wie sie durch diese Vorschriften angestrebt wurde, war bereits teilweise realisiert: 1902 wurde der sonnige Brühlbergabhang oberhalb des Tössfeldes mit einer geschwungenen Hangstrasse erschlossen; im folgenden Jahr wurde eine Genossenschaft Eigenheim am Brühlberg gegründet. Jacques Gros (1858–1929) entwarf Mehrfamilienhäuser in der Form von Kleinvillen im Cottagestil; ihnen stellte Rittmeyer dann einige Bauten im Reformstil gegenüber (Abb. 50, 90; siehe Kap. 2.2.10). 1910 wurde eine Genossenschaft Gartenstadt gegründet – Isler war selbst an ihr beteiligt.[112] Hier zeigt sich, dass nun der Gartenstadtbegriff rezipiert worden war und dass er mit durchgrünten Wohnquartieren gleichgesetzt wurde. Nach Plänen des Technikum-Professors Emil Joseph Fritschi (1877–1951) realisierte die Genossenschaft am Brühlberg eine Modellüberbauung im Sinn der neuen Zonenordnung; sie war in erster Linie für Lehrer und Beamte bestimmt *(Brühlbergstr.* 29–53). Für die Erschliessung des Brühlbergs war man noch dem Bebauungsplan des ehemaligen Stadtingenieurs gefolgt, für diejenige des Vogelsang, des westlichen, muldenförmigen Abhanges des «Breite»-Sattels wurde dagegen 1911 ein Bebauungsplan-Wettbewerb ausgeschrieben (siehe Kap. 2.2.8). Die Projekte führten nun in Winterthur erstmals vor, was «Städtebaukunst» bedeutete: die virtuos mit Schau- und Vogelschaubildern operierende Inszenierung einer kleinen «Gartenstadt», mit geschwungenen Strassen und kleinen Platzräumen, mit malerischen Strassenbildern, heimeligen Doppel- und Reihenbauten und reicher Begrünung (Abb. 51). Zum Areal gehörte auch jenes Gebiet, das die Stadt 1874–1875 gerodet hatte, um ein Neuquartier anzulegen: diese städtische Liegenschaft wurde nun einer Eisenbahner-Genossenschaft überlassen, die hier nach Plänen von Fritschi & Zangerl die Wohnkolonie Im Vogelsang erstellte *(Jonas-Furrer-Str.* 49 ff.; Abb. 52). In der Kernzone bot sich die wichtigste Gelegenheit für die Entfaltung städtebaulicher Künste im Zusammenhang mit dem Bau einer Bahnunterführung für die *Zürcherstrasse.* Für dieses Tiefbauunternehmen waren die Schweizer Bundesbahnen zuständig, aber da es mit der Sanierung der an dieser Stelle unter Zürcherstrasse und Bahnkörper durchfliessenden *Eulach* verbunden war, kam auch die Stadt zum Zug. Sie koppelte die Korrektion der Eulach mit einer Neuorganisation des Kanalnetzes. Von einer Stelle etwas unterhalb der Turmhaldenstrasse bis hinunter zur Neuwiesenstrasse wurde die Eulach eingedolt (Abb. 99), wobei neben den alten Gewerbekanälen auch der pittoreske, aber völlig verschmutzte Stauweiher der «Schlangenmühle» verschwand, der der Südwestecke der Altstadt ihr eigenes Gepräge gegeben hatte (Abb. 20). An seiner Stelle sollte nun ein grosser Platz entstehen *(Archplatz*; Abb. 126). Für dessen Gestaltung veranstaltete das Bauamt keinen Wettbewerb, und

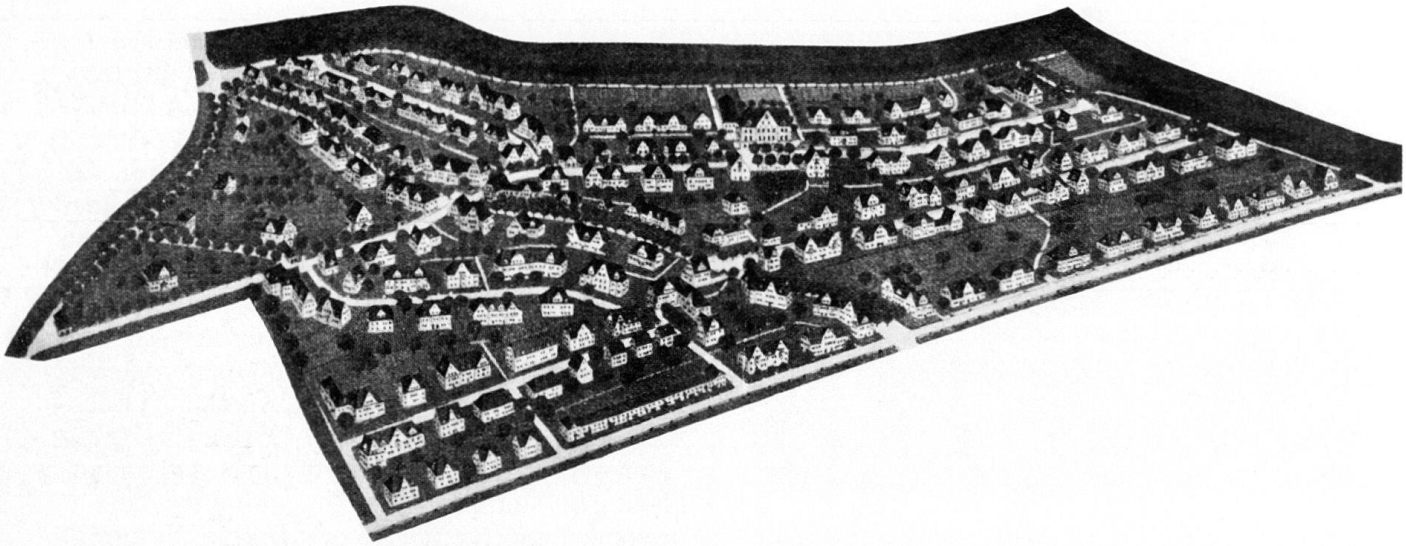

Abb. 51 Winterthur. Erstprämiertes Projekt im Wettbewerb für einen Bebauungsplan des Vogelsangareals, 1911, von Bridler & Völki. Vogelschaubild von Nordwesten. Aus: *Schweizerische Bauzeitung*, Bd. 58 (1911), S. 296.

es zog auch keinen «Baukünstler» bei – der Bebauungsplan wurde von Stadtingenieur Hermann Hug, der die aufwendigen tiefbautechnischen Arbeiten geleitet hatte, erarbeitet. Es entstand eine eher hausbackene Lösung: Auf der Ostseite wurde die Baulinie bis über den eingedolten Wasserlauf vorgezogen, um eine abschliessende Platzwand zu erhalten; ein inselartig ausgesparter alter Baum sollte für einen Grünaspekt sorgen; gegen Süden wurde eine Strassenachse geplant, die den Blick auf das burgartig über der Altstadt thronende neue Heiligbergschulhaus freigeben sollte.

Wollte sich nun Isler nicht dem Vorwurf aussetzen, dass er ebenso wenig über das Zusammenfügen von Einzelprojekten hinausgekommen sei wie seine Vorgänger, musste er eine planerische Gesamtvision entwickeln. Dass die Angelegenheit eines Bebauungsplanes 1917, zum Zeitpunkt der Anfrage des Kunstvereins, immer noch in der Vorbereitungsphase steckte, erklärte er damit, dass die nötigen Vermessungsarbeiten noch nicht weit genug gediehen seien. Aber der wahre Grund dürfte darin liegen, dass das Projekt eines Bebauungsplanes Isler vor ein unauflösbares Dilemma stellte. Wenn ein solcher Plan die Entwicklung Winterthurs zu einer spekulativ überbauten «Mietskasernenstadt» verhindern sollte, musste er auch die Aussengemeinden, die an mehreren Stellen in den Sog des Siedlungswachstums geraten waren, in die Planung einbeziehen. Aber gleichzeitig fürchtete man, dass eine Integration der Aussengemeinden die Entwicklung zur «Mietskasernenstadt» beschleunige, da sie zu einer Verstärkung jener Bevölkerungsgruppe führe, mit welcher man das Phänomen der Mietskaserne verband – der Fabrikarbeiterschaft. Diese hatte sich nämlich vor allem in den Aussengemeinden niedergelassen: hier waren die Mietpreise niedriger und hier waren keine Einkommenssteuern zu zahlen.[113] Die Stadt förderte diese Entwicklung dadurch, dass sie den Aussengemeinden bei der baulichen Erschliessung behilflich war, und dass sie andererseits in ihrem eigenen Bereich grössere Flächen von Bebauung freihielt. Der Stadtplan von Winterthur und den Aussengemeinden zeigte schon im ausgehenden 19. Jahrhundert ein Bild, das der herkömmlichen Vorstellung eines radial wachsenden und gegen die Peripherie allmählich «auslaufenden» Siedlungskörpers nicht entspricht: zwar nimmt die Bebauungsdichte vorerst nach aussen hin ab, dann aber kommt es an mehreren Stellen zu einer erneuten Ballung: es sind die Arbeiterquartiere, die sich entlang der Stadtgrenze zusammendrängen (Abb. 9). Die letztere bildete eine unsichtbare Stadtmauer. Seit dem späten 19. Jahrhundert forderten die Aussengemeinden – als erste Veltheim 1889 – eine «Entfestigung» in der Form einer Eingemeindung, da sie sich in einer ausweglosen Verarmungsspirale befanden: die Zunahme der Arbeiterbevölkerung führte einerseits zu vermehrten Ausgaben, andererseits zur Abwanderung steuerkräftiger Bewohner. Die Stadt aber sträubte sich gegen dieses Ansinnen. Im frühen 20. Jahrhundert versuchte sie, dem zunehmenden Druck mit dem Ausbau der mittelständischen Stadt gegenzusteuern. Die von der Zonenordnung geförderten Familienhaus-Quartiere waren in erster Linie als solche des Mittelstandes gedacht; wichtigste Zielgruppe waren Lehrer, Beamte und Angestellte (Abb. 87).[114] Es ist bezeichnend, wie die Stadt reagierte, als 1905 die Sozialdemokraten die Stadt aufforderten, der Wohnungsnot mit kommunalen Sozialbauten zu begegnen: sie erstellte tatsächlich einige Wohnbauten, reservierte sie aber für städtische Angestellte.[114]

1911 wurden Grundsätze zur Förderung des Wohnungsbaus aufgestellt: bauwilligen städtischen Angestellten und Genossenschaften sollte mit der Abgabe von billigem Bauland unter die Arme gegriffen werden. In der Folge entstand die Eisenbahnersiedlung im Vogelsang (Abb. 52). Es handelt sich zwar um eine gesamtschweizerisch frühe Arbeiter-Genossenschaftssiedlung[115], aber man hat den Eindruck, dass hier kleinbürgerliche Kolonien zur Sicherung eines gefährdeten Grenzbereichs angesiedelt werden sollten.
Die betreffend Eingemeindung defensive Politik vertrug sich nicht mit der Idee eines übergreifenden Bebauungsplanes, und sie stand auch im Widerspruch zu jenen Prinzipien der Öffnung und der sozialen Solidarität, die Winterthur einst als Führerin des Widerstandes gegen die Hauptstadt hochgehalten hatte. Aber damals war es um die Schaffung einer mittelständischen Grossstadt gegangen. Statt dessen wurde Winterthur nach der Niederlage im Eisenbahnkrieg eine Stadt der Grossindustrien. Die Eingemeindung der Vororte mit ihren Arbeiterquartieren und ihren chronischen Finanzproblemen hätte diese Entwicklung besiegelt. Zürich aber wies verhältnismässig wenig Grossindustrien auf. Die finanzstarke Gemeinde konnte es sich leisten, jene «Entfestigung» durchzuführen, die Winterthur verhindern wollte: 1893 führte die Kantonshauptstadt die erste grosse Eingemeindung der Schweiz durch und integrierte damit das Arbeiterquartier Aussersihl. 1910 wurde mit Emil Klöti ein aus Winterthur stammender Sozialdemokrat Vorsteher des Bauamtes. Er strebte einen «Gemeindesozialismus» an, der in mancher Hinsicht den Forderungen des protosozialistischen Flügels der Demokraten entsprach.[116] Er machte Zürich zu einer Hochburg des sozialen Wohnungsbaus, und er führte 1915 den internationalen Bebauungsplanwettbewerb durch. Winterthur aber beschloss die Durchführung der Eingemeindung erst 1919, im Rahmen einer kantonalen Volksabstimmung, nach dreissigjährigem Zögern. Im gleichen Jahr übergab Isler die Bebauungsplan-Angelegenheit jener Kommission von Fachleuten, deren Schaffung vom Kunstverein gefordert worden war. Die führende Autorität in der Kommission war zweifellos Robert Rittmeyer: seine werkbundnahen Ansätze, die ihm anfangs den Zugang zu den Behörden erschwert hatten, gaben ihm jetzt die Möglichkeit zur Profilierung in städtebaulichen Fragen. 1918 hatte er – zusammen mit einem Partner – im Zürcher Bebauungsplan-Wettbewerb den dritten Preis erhalten; 1919 hatte er im Wettbewerb für die Gartenstadt Pic-Pic in Genf den ersten Preis gewonnen. Als die Stadt Winterthur 1919 einen dritten Anlauf zum Bau kommunaler Wohnbauten unter-

Abb. 52 Winterthur. Wohnkolonie im Oberen Vogelsang, erbaut 1912–1913 von Fritschi & Zangerl für die Union des Vereins schweizerischer Post-, Tram- und Eisenbahnangestellten. Fotografie 1913.

nahm und Rittmeyer & Furrer einerseits, Bridler & Völki andererseits beizog, konnte Rittmeyer zeigen, dass er – im Gegensatz zu seinen Konkurrenten – die pittoreske Phase der Gartenstadtarchitektur überwunden hatte *(Jonas-Furrer-Str.* 40–82, 84–124; Abb. 116). Er bestätigte dies im folgenden Jahr mit der Eisenbahnersiedlung Sommerhalde in Veltheim (Kap. 3.4.4: *Sommerhaldenstr.* 2–32). Aber auch Rittmeyer gelang es nicht, einen Bebauungsplan für Gross-Winterthur zu schaffen. Im Grunde lagen ihm baukünstlerische Fragen näher als soziale und siedlungspolitische Probleme; sein Traum war, im Stadtgarten ein Theater zu errichten und dieses mit Museum und Stadthaus in eine übergreifende städtebauliche Anlage einzubinden.[117]

2.1.8 Von der Eingemeindung zur S-Bahn: Die industrielle Gartenstadt

Da die Bebauungsplankommission durch eine intensive Gutachtertätigkeit von ihrer Hauptaufgabe abgehalten wurde, schuf der Stadtrat des neugebildeten Gross-Winterthur die Stelle eines Bebauungsplaningenieurs und besetzte sie mit dem 30jährigen Albert Bodmer (1893–1990).[118] Es handelte sich um den einen der beiden Autoren des Siegerprojektes im Zürcher Bebauungsplan-Wettbewerb; der andere, Konrad Hippenmeier, war seit 1919 Chef des Quartierplanbüros von Zürich. Bodmer legte Ende 1927 zwei Teilbebauungspläne für die Talsohle zwischen dem Neuwiesenquartier und Wülflingen und für den angrenzenden Südhang des Wolfensberges vor; 1929 wurden sie vom Regierungsrat bewilligt (Abb. 53). Das planerische Gesamtkonzept, in das sie eingebettet waren, stellte Bodmer 1928 in einer programmatischen Schrift dar.[119] Seit 1926 lag auch ein Nutzungszo-

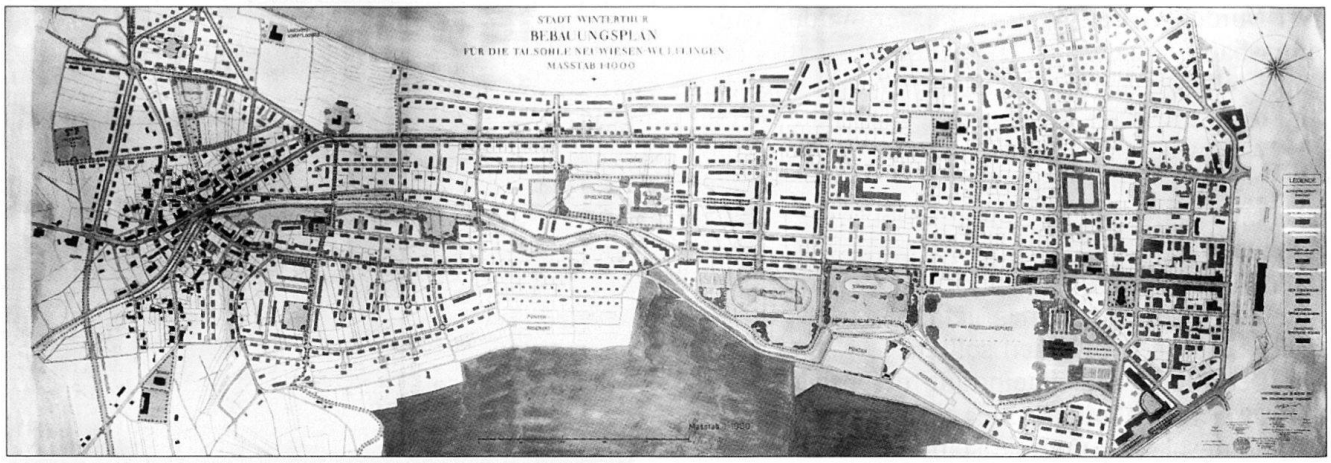

Abb. 53 *Bebauungsplan für die Talsohle Neuwiesen-Wülflingen,* 1927, von Bebauungsplan-Ingenieur Albert Bodmer (1893–1990).

nenplan – der erste der Schweiz – vor; die zugehörige Bauordnung und der Gesamtbebauungsplan gelangten indessen nicht übers Entwurfsstadium hinaus. Dafür hatte Bodmer bis 1931, als er ans Stadtplanungsamt von Genf wechselte, eine eindrückliche Anzahl von städtebaulichen Einzelunternehmungen – vor allem Wohnsiedlungen – organisiert. Mit diesen konkreten Beispielen erreichte er mehr als mit Regeln und rasch veraltenden Plänen: er verankerte eine städtebauliche Praxis, die sich bis in die 1950er Jahre hielt.

Bodmer gelang es, in seinem Leitbild für Winterthur die beiden scheinbar unvereinbaren Traditionen einer Industrie- und einer Gartenstadt in eine Synthese zu bringen. Er stützte sich dabei auf Auffassungen seines Lehrers, des Basler Architekten Hans Bernoulli (1876–1959), seit 1913 Dozent für Städtebau an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich.[120] Bernoulli war ein erklärter Anhänger von Ebenezer Howards Gartenstadt-Idee. Städtebau besteht für ihn nicht in erster Linie im Gestalten von Baudenkmälern und Platzräumen, sondern in der Anlage von Wohnquartieren, bestehend aus Reihen-Einfamilienhäusern mit Gärten. Vor allem aber ist er – mit Howard – der Überzeugung, dass die Bodenfrage für den Städtebau grundlegend sei. Die «Kommunalisierung des Stadtbaugebiets» ist seiner Meinung nach Voraussetzung für eine «rationelle» Planung und für eine reibungslose Durchführung von Stadterneuerungen, und zudem gewährleistet sie, dass die Grundrente der Allgemeinheit zufliesst. Mit dem letzteren Argument berührt sich die Gartenstadtlehre mit einer wirtschafts- und gesellschaftsreformerischen Theorie, welche sich Bernoulli zu eigen macht – es ist die Freiwirtschaftslehre des Kaufmanns und Hobby-Ökonomen Silvio Gesell. Frei und gesund ist eine Wirtschaft, in welcher der Eigennutz des Einzelnen sich – zum Wohle des Volksganzen – uneingeschränkt in produktive Arbeit umsetzen kann. Das ist dort nicht der Fall, wo es möglich ist, aus Geld und Boden Gewinn zu erwirtschaften. Kapitalzins und Grundrente stellen ein «arbeitsloses» Einkommen dar, mit dem die Allgemeinheit um eine reale Leistung geprellt wird. Und überdies lähmt das parasitäre Zinsenwesen die eigentliche, produktive Arbeit.[121] Aus dieser Perspektive erscheint die Grossindustrie nicht mehr – wie bei den Demokraten – als Gegner des Handwerkertums, sondern als dessen Fortentwicklung. Der Fabrikarbeiter – gemeint ist in erster Linie der moderne Facharbeiter – ist für die Bernoullischule nicht ein feindliches Element, sondern der zeitgenössische Nachkomme des handwerklich-bäuerlichen Kolonisten der mittelalterlichen Gründerstädte. Und schliesslich gilt die Grossindustrie nicht mehr als Zerstörerin der Gartenstadt, sondern als deren Förderin. Mit Recht bringt Bodmer das für Winterthur charakteristische Fehlen von Mietskasernen und die niedrige «Behausungsziffer» (Anzahl Bewohner pro Wohnhaus) mit der massiven Präsenz der Grossindustrie in Zusammenhang: diese hatte das Aufkommen einer Immobilienspekulation, welche indirekt die Qualität der Arbeitskraft beeinträchtigte, verhindert, und diese hatte in Winterthur als erste Reihen-Einfamilienhäuser für Arbeiter errichtet. Kurz vor Bodmer hatte der aus Wülflingen stammende Agroingenieur Hans Bernhard (1888–1942) die Rolle der Grossindustrie auf ganz ähnliche Weise neubestimmt – nur ging es hier nicht um ihr Verhältnis zur Gartenstadt, sondern um das zur Landwirtschaft. Während die herkömmliche Kulturkritik die Grossindustrie als Zerstörerin des Bauerntums brandmarkte, verband Bernhard mit ihr die Hoffnung auf eine Renaissance des Kleinbauerntums. Er schlug vor, dass die Fabrikbetriebe in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Brachland urbarisieren und darauf ihre Arbeiter als Klein- und Freizeitbauern ansiedeln sollten. Zur Verwirk-

lichung dieses Ziels gründete Bernhard die Vereinigung für industrielle Landwirtschaft und Innenkolonisation; als Experimentierfeld wurde die Industriestadt Winterthur gewählt: 1922 und 1923 entstanden in Winterthur die zwei Modellsiedlungen im Lantig und im Weihertal[122] (Kap. 3.4.5: *Riedhofstr.* 86; *Rumstalstr.* 29).
Bodmer beschränkte sich in seinem Leitbild nicht darauf, die bestehende Industrie als positiven Faktor in der Entwicklung der Gartenstadt Winterthur zu würdigen; er sah vor, dass die Stadt den industriellen Sektor ausbauen sollte. Als wichtigste Bauzone für neue Industrieanlagen betrachtete er die Grüze in Oberwinterthur, wo die Firma Sulzer 1912 eine Musterfabrik für Heizanlagen erstellt hatte (Abb. 62; siehe Kap. 2.2.6).[123] In den 1920er und 1930er Jahren entstanden hier Fabrikanlagen, deren qualitätvolle sachliche Backsteinarchitektur von der neuen Wertung der Industrie Zeugnis ablegte. Was die Kernzone betraf, so bestand Bodmers wichtigstes Vorhaben in einer Neugestaltung des Eingangstors der Stadt, nämlich der «Mündungszone» der Zürcherstrasse. Er plante eine Gesamtüberbauung des Archareals und - damit zusammenhängend - eine Umgestaltung des südlichen Teils des Bahnhofplatzes. Aber der Entwurf blieb Papier. Es blieb Rittmeyer vorbehalten, einen Baustein für ein neues Bahnhofquartier zu realisieren - dies allerdings an einer weniger zentralen Stelle, nämlich im Bereich der Unterführung, welche den nördlichen Abschluss des Bahnhofareals bildete. Zwischen 1905 und 1928 erstellte Rittmeyer im Talgarten und in St. Georgen ein zusammenhängendes Kleinquartier, dessen Hauptbau das stromlinienförmige Verwaltungsgebäude des Handelshauses Volkart bildet *(St. Georgenplatz* 2; Abb. 129). Hier wird demonstriert, wie ein alter Stadtkern, ein «schiefliegender» Bahnhofvorplatz,

Abb. 54 Winterthur. Einfamilien-Reihenhäuser im Unteren Deutweg (Weberstrasse), erbaut 1923-1925 von Hans Bernoulli und Adolf Kellermüller.

Abb. 55 Winterthur. Einfamilien-Reihenhäuser der Kolonie «Selbsthilfe» im Oberen Deutweg, erbaut 1925-1929 von Adolf Kellermüller, Franz Scheibler und Arthur Reinhart.

ein Villenquartier und eine stark befahrene «Einfahrtsschneise» auf eine überzeugende Weise miteinander verknüpft werden können. Bodmer aber, für den «Stadtplanung und Wohnungsbau ... eine untrennbare Einheit» bildeten[124], widmete sich in erster Linie dem sozialen Wohnungsbau. Wichtigstes Instrument waren eine intensive städtische Boden- und Subventionspolitik sowie die Förderung von Genossenschaften. 1924-1932 wurden rund 750 Wohnungen mit städtischer Unterstützung gebaut. Der Bebauungsplaningenieur wirkte an der «Ankurbelung des Wohnungsbaues aktiv mit»[125]: 1923 beteiligte er sich an der Gründung der Heimstättengenossenschaft; diese liess durch Bodmers Lehrer Bernoulli und durch Adolf Kellermüller (1895-1981) - ausgebildet am Winterthurer Technikum und bei Bestelmeyer in Berlin - Siedlungen im Deutweg (Abb. 54), in Töss und in Veltheim erstellen *(Weberstr.* 12-42; Kap. 3.4.3: *Eichliackerstr.* 60-74; Kap. 3.4.4: *Bachtelstr.* 101 ff.). Ein Pionierunternehmen war die von Kellermüller und Franz Scheibler erbaute Siedlung Selbsthilfe im Deutweg: hier konnten die Kolonisten ihren genossenschaftlichen Beitrag in Form von Arbeitsleistungen einbringen *(Eigenheimweg;* Abb. 55). Die «grösste einheitliche Wohnsiedlung» entstand im Stadtrain in Oberwinterthur, mit viergeschossigen Randbauten an der Hauptstrasse und mit Einfamilien-Reihenhäusern (Kap. 3.4.1: *Spitzweg).* Die letzteren erbauten Kellermüller und Hans Hofmann für die Heimstättengenossenschaft: langgestreckte, gerade Zeilen mit kreuzförmigen Brandmauern und Flachdächern. Mit ihrer Vorliebe für straffe Baukuben und gerade Linien unterscheiden sich die Siedlungen der 1920er und 1930er Jahre von den pittoresken Gartenstadtkolonien der 1910er Jahre; dagegen schliessen sie beinahe bruchlos an das spätklassizistische Neuwiesenquartier und an

die frühen Siedlungen der Gesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser an. Mit diesen zusammen formen sie einen zusammenhängenden «Stadterweiterungsring»; sie prägen das Ortsbild mehr als in jeder anderen Schweizer Stadt. Es handelt sich um die eindrücklichste und ganzheitlichste Verwirklichung des Stadtideals der Bernoullischule. Winterthur mochte mit dem sozialen Wohnungsbau statistisch hinter Zürich zurückstehen, aber es bildete nun wieder eine Modellstadt: im Gegensatz zur Hauptstadt, die auch unter «roter» Regierung den Charakter einer Hochburg des Finanzkapitalismus behielt, war Winterthur eine «Stadt der Arbeit». Der Ausbau Winterthurs zu einer modernen Gartenstadt markiert den Weg von der Konfrontation zur Kooperation[126]: zu einer Interessengemeinschaft zwischen Grossindustrie, Arbeiterschaft und Gemeinde, mit welcher die Basis für den Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit geschaffen war.

Als Bodmer 1972, 50 Jahre nach der Eingemeindung, auf die Schaffung dieser Modellstadt zurückblickte, entwarf er eine Zukunftsvision, die an sein Leitbild von 1928 für ein zukünftiges Winterthur anschloss und die wie jenes von Howards Gartenstadtidee geprägt war. Bodmer propagiert nun die politische Integration des ganzen Kantons Zürich, nach dem Modell «der so restlos geglückten» Winterthurer Eingemeindung. Damit wäre die Voraussetzung geschaffen für die Planung eines den ganzen Kanton überziehenden Netzes von «attraktiven Satellitenstädten»; diese wären durch kantonale Autobahnen und durch eine S-Bahn miteinander verbunden. In Form einer solchen polyzentrischen Metropole könnte Zürich «im späteren EWG- und Atomzeitalter» in Wettstreit mit Zehnmillionenstädten treten, ohne die Qualitäten eines übersichtlichen Stadtorganismus preiszugeben. «Als erste Helferin» in diesem die Hauptstadt entlastenden Dezentralisierungsprozess sieht Bodmer die Stadt Winterthur: sie hat «im Laufe der letzten 100 Jahre auf dem Gebiete der Maschinenindustrie, des Welthandels und der Künste untrügliche Kennzeichen und Attribute von metropolitaner Bedeutung erworben».[127]

2.1.9 Ausblick auf die Vergangenheit der Stadt Winterthur

Zwanzig Jahre nach Bodmers *Erinnerungen an die Zukunft* scheint die Wirklichkeit die Utopie eingeholt zu haben: nicht nur der ganze Kanton Zürich, sondern die ganze Schweiz zeigt Charakteristiken einer einzigen grossen Gartenstadt. Auch wenn der Kanton Zürich nicht eine zusammenhängende Grossgemeinde geworden ist, erfüllt Winterthur die von Bodmer vorgesehene Funktion eines ersten Nebenzentrums in einem grossräumigen, regionalen Siedlungsteppich. Beim interessierten Publikum herrscht aber über die Entwicklung nicht ungeteilte Freude – seit den späten 1960er Jahren werden ähnliche Kritiken laut wie einst zu Jahrhundertbeginn, am Ende des industriellen Wachstumsschubs der 1890er Jahre: man klagt über Zersiedelung der Landschaft und über Gestalt- und Substanzverlust der Städte und Dörfer. Und wie damals strebt man danach, einerseits der Natur mehr Raum zu verschaffen, andererseits die Ortszentren «baukünstlerisch» aufzuwerten. Was das letztere Anliegen betrifft, bestehen in Winterthur interessante Perspektiven. Das weitläufige Areal der Sulzerschen und der ehemaligen Lokomotivfabrik sowie Werkkomplexe in der Arch und in St. Georgen sind neu zu nutzen – das heisst: es gilt jene Schlüsselzone neu zu definieren, wo die Altstadt, das spätklassizistische Neuwiesenquartier und die traditionelle Industriezone aufeinandertreffen. Es handelt sich um eine Aufgabe, an der Architektur ihre aktuelle Bestimmung exemplarisch erfüllen kann. Man ist sich heute bewusst, dass natürliche Ressourcen endlich sind. Das gleiche gilt für die historische Bausubstanz. In der Baukunst misst sich die Fortschrittlichkeit – genauso wie in der Technik – an der Fähigkeit, vorhandene Energien zu bewahren, sie freizulegen und umzunutzen. Im Fall von Winterthur bestehen diese in den Qualitäten einer spannungsreichen Stadtlandschaft; sie enthält das Material für ein faszinierendes «ready made». Es wird sich zeigen, ob diese Chance wahrgenommen wird, oder ob man es vorzieht, postmoderne Scheinorganismen zu fabrizieren. Wie dem auch sei: Planungsverfahren dauern lange, und deshalb wird die Industrie- und «Hafen»-Zone Winterthurs noch für eine Weile im gegenwärtigen Übergangsszustand bleiben. Gelegenheit, die Kräfte eingehender kennenzulernen, die die Stadt geprägt haben und noch prägen; in diesem Bereich sind die wichtigsten von ihnen «tätig»; in seinem Zentrum, dem Bahnhof- und Archplatz, treten sie unverhüllt zutage. Keinem Gestaltversuch ist es bisher gelungen, die massiven funktionellen Spannungen und die steingewordenen Sachzwänge dieses Raums städtebaulich zu bewältigen. Lange Zeit hatte er dank seiner Vielfalt noch den Reiz des Kleinstädtisch-Gewachsenen, aber mit dem zunehmenden Druck des Verkehrs und der Konsumindustrie wurde er zu einer Art städtebaulichen Geisterbahn. Es handelt sich um einen Hauptplatz, der keinen klaren Platzcharakter hat. Wo sich die monumentalsten Gebäudefassaden erheben, ist er schlauchartig-eng; wo er «Vestibül» der Altstadt sein sollte, ist er gleichzeitig Autobus-Bahnhof und Vorplatz eines Warenhauses; im

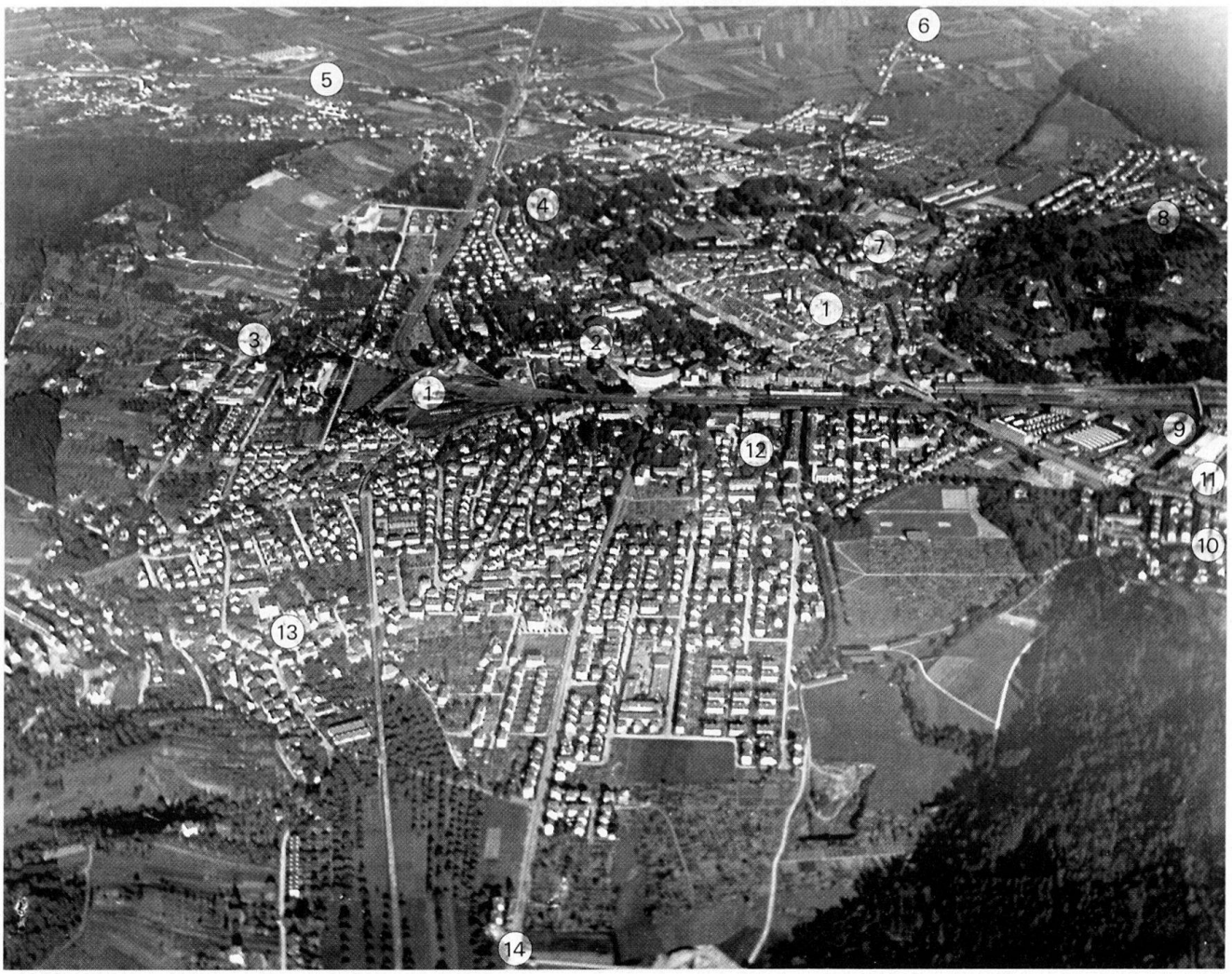

Abb. 56 Gross-Winterthur von Westnordwest, um 1930. Flugaufnahme der Schweiz. Luftverkehrs-AG Ad Astra Aero, Zürich. Die Nummern beziehen sich auf die im Kapitel 2.2 besprochenen Siedlungsräume und Quartiere: (1) Altstadt und Bahnareal, (2) Inneres Lind, (3) Äusseres Lind und Rychenberg, (4) Geiselweid und Deutweg, (5) Oberwinterthur, (6) Seen (oben ausserhalb des Bildes), (7) Wildbach, (8) Heiligberg, Breite und Vogelsang, (9) Tössfeld und (10) Brühlberg (beide nur teilweise sichtbar), (11) Töss (rechts ausserhalb des Bildes), (12) Neuwiesen, (13) Veltheim, (14) Wülflingen (unten ausserhalb des Bildes).

südlichen Bereich ist er monumentaler Dolendeckel und Rampe eines Unterführungsschachts, Verkehrsschleuse und Parkhausausfahrt zugleich. Und als Ganzes ist er eine Sammelstelle von Gebäuden verschiedensten Alters und unterschiedlichster Form, vom biedermeierlichen Altstadthaus bis zum Parkhaus und zum blechernen Kaufhaus. Es handelt sich zwar nicht um ein städtebauliches Kunstdenkmal, aber um ein Denkmal für Konflikte, Probleme, Lösungsversuche – lohnendes Ziel für eine kritische Reise in die Vergangenheit, idealer Ausgangspunkt für Siedlungsanalysen. Darin liegt die spezifische städtebauliche Qualität dieses Gebildes; und vielleicht lohnte es sich, sie herauszuarbeiten – es wäre ein Beitrag der Architektur zum Problem, wie man mit und in Stadtstrukturen leben kann, die heute – mehr denn je – nur noch in Inselbereichen ganzheitlich sein können.

2.2 Siedlungsräume, Quartiere, Aussengemeinden

Flugaufnahme Abb. 56.

Die Einteilung des Siedlungsgebietes von Winterthur in Quartiere erfolgte nach historisch-gestaltmässigen Gesichtspunkten. Die beschriebenen Grenzen sollten eher als Überschneidungszonen verstanden werden. Besonders gilt das für die grossen Ausfallachsen: sie sind ebenso sehr verbindende wie trennende Elemente; und zudem werden sie von den Bewohnern oft als eigenständige Bereiche erlebt. Um die Übersichtlichkeit zu bewahren, wurden nur jene Quartierbegriffe verwendet, die sich für grössere Gebiete durchgesetzt haben – mit dem Nachteil, dass bei der Zuordnung der Strassen zu den Siedlungsräumen im Kap. 3.3 manchmal recht willkürlich vorgegangen werden musste. Die in den folgenden Abschnitten kursiv

Abb. 57 Winterthur. Luftaufnahme von Nordosten, 1928. Links die Altstadt am Fuss des Heiligbergs (links oben); rechts das Innere Lind; rechts oben, jenseits der Bahnschienen, das Neuwiesenquartier.

gedruckten Objektadressen beziehen sich auf das Inventar: bei den Quartieren der ehemaligen Stadtgemeinde auf das Kap. 3.3, bei den Aussengemeinden auf die Kap. 3.4.1 bis 3.4.5. Die Reihenfolge der Quartiere geht von der Altstadt aus nordwärts und führt dann im Uhrzeigersinn weiter. Die 1922 mit Winterthur vereinigten Aussengemeinden sind als eigenständige Siedlungsräume aufgefasst; sie werden jeweils im Anschluss an jene Quartiere der alten Stadtgemeinde behandelt, mit welchen sie am stärksten verbunden sind.

2.2.1 Altstadt, Ringzone, Bahnareal

Flugaufnahmen Abb. 56, 57, 58, 59 und Stich Abb. 16.

Auch nach dem Abbruch des mittelalterlichen Mauerrings und der Türme behielt der vormals umgrenzte Bereich den Charakter eines kompakten baulichen Gefüges; er wird deshalb in der allgemeinen Vorstellung bis heute als eine Art Stadt in der Stadt empfunden. Strukturmässig bildet aber die Altstadt mit der näheren Umgebung einen zusammenhängenden Siedlungsraum, obwohl die letztere gestaltmässig anders geartet ist. Das verbindende Element ist die Ringstrasse, die 1835–1839 anstelle des Stadtgrabens erbaut wurde (*Stadthaus-, General-Guisan-* und *Technikumstrasse*). Die an die einstige Mauer stossenden Hinterhäuser wurden durch Um- oder Neubau zur Front der neuen Strasse. An deren Aussenseite wurden – ausser im Bereich der unteren Altstadt – Promenaden und Alleen angelegt. Sie gehören zur Altstadt wie der Garten zu einem Haus; ihre Vorläufer sind die einstigen Hirschgärten in den Gräben und die als Promenaden benutzten Wege auf den barocken Schanzen, welche zum Zeitpunkt des Ringstrassenbaus bereits durch ebenerdige Anlagen ersetzt worden waren. In diesen Grüngürtel wurde eine Reihe von repräsentativen, öffentlichen Gebäuden gestellt: Knabenschule und Stadtbibliothek (*Stadthausstr.* 6; Abb. 17), Altstadtschulhaus (*Lindstr.* 1; Abb. 118), Stadthaus (*Stadthausstr.* 4a; Abb. 30), Geiselweidschulhaus (*St. Gallerstr.* 1; Abb. 152) und Kantonales Technikum (*Technikumstr.* 9; Abb. 167). Alle Bauten sind mit ihren Hauptfassaden zur «Aussenwand» der Altstadt hin orientiert. Die Gärten hinter der Knabenschule wurden erst endgültig zu einem Teil der Ringzone, als sie 1900–1902 zum *Stadtgarten* umgewandelt wurden; das Bauamt hatte zuvor Pläne für eine Erschliessung durch ein Strassenkreuz ausgearbeitet. Einen anderen Charakter hat die Umgebung der Altstadt in deren unterem Bereich: sie ist hier stark von der Nähe der

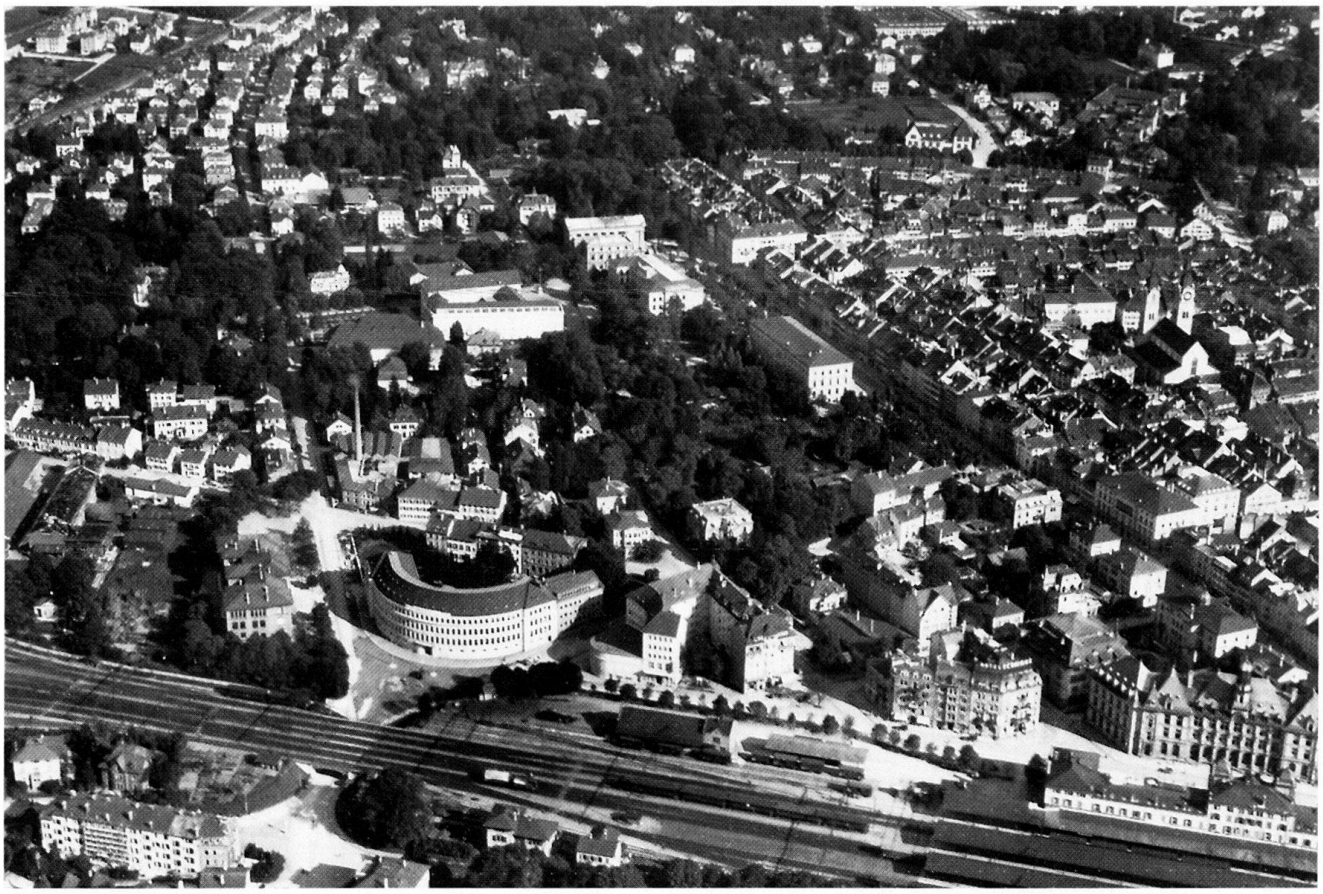

Abb. 58 Winterthur. Luftaufnahme von Westen, 1928. Bahnhofquartier (rechts) und Inneres Lind, mit dem soeben erstellten Geschäftshaus Volkart in der Gabelung der Sankt Georgen- und der Schaffhauserstrasse (heute Merkurstrasse).

Eisenbahn geprägt, die den Siedlungskern an seiner Westspitze tangiert (Abb. 3, 4). Das weitläufige Schienenareal steht zwar mit seinem industriellen Charakter in einem schroffen Gegensatz zur Altstadt, aber gleichzeitig ist es durch die Bahnhofanlage mit ihr verzahnt und verkettet (vgl. dazu Kap. 2.1.2 u. 2.1.3). Mit dem Bau des Bahnhofes wurde der Platz vor dem Untertor zum *Bahnhofplatz* (Abb. 20, 21) und das Dreieck zwischen dem Personenbahnhof (*Bahnhofplatz* 5–9), der westlichen *Stadthausstrasse* und der Schaffhauserstrasse (*Merkurstrasse*) zum Bahnhofquartier: Es unterscheidet sich durch seine dichte Bebauung von der östlich anschliessenden Ringstrassenzone (vgl. auch Kap. 2.2.2). Die Bauten des Güterbahnhofs (*Bahnareal* Komplex III:15; Abb. 5) und das Korn-, Lager- und Salzhaus (*Untere Vogelsangstr.* 2–6) kamen in den Südwesten der Altstadt, an den Rand des Archareals zu stehen. Dieses war Teil der traditionsreichen Gewerbe- und Industrievorstadt an der Eulach mit Mühlen, Gerben, Bleichen, Färbereien und Stoffdruckereien (*Archstr.* 2–6; *Meisenstrasse; Technikumstr.* 59, 61, 81–83; *Turmhaldenstr.* 1, 4, 6); durch den Bau der *Lagerhausstrasse* zwischen *Neumarkt* und Güterbahnhof wurde sie stärker in die Altstadt eingebunden. Mit dem Niedergang dieser Betriebe im späten 19. Jahrhundert setzte eine durchgreifende Erneuerung der Zone ein, die noch heute im Gang ist. Der gotisierende Bau der Druckerei Winterthur (*Technikumstr.* 81–83; Abb. 169), der 1916 die Rietermühle verdrängt hatte, spielt heute die Rolle eines Denkmals für das beinahe restlos verschwundene Quartier. Im Binnenbereich der Altstadt stellte der Abbruch der Tortürme und Bogen den auffälligsten Eingriff dar. Das Bedürfnis nach Weitung der Räume äussert sich auch in der Urbanisierung von Rand- und Hinterzonen: die ehemaligen Ränder der Gründungsstadt und die «Lichtung» um die Stadtkirche – bis 1826 als Friedhof benutzt – wurden zu Plätzen und Grünanlagen (*Graben, Neumarkt, Kirchplatz*; Abb. 18, 104, 134). Der offene Stadtbach wurde mit dem Bau einer Kanalisation 1835 eingedolt; mit dem Bau der zentralen Druckwasserversorgung 1870–1873 wurden sämtliche alten Monumentalbrunnen abgebrochen oder aus der Altstadt versetzt. Die Strassen wurden nivelliert und Trottoirs erstellt. Die tiefgreifendste Veränderung bestand in der allmählichen Erneuerung und Verdichtung der Bebauung. Zu den häufigsten Umbauten gehörten seit den 1880er Jahren Ladeneinbauten: sie höhlten den Sockel der Bauten gleichsam aus und sind Vor-

boten der heutigen Auskernungen. Mit der neugotischen Renovation der Stadtkirche 1853–1856 setzt der Versuch ein, der Veränderung der Altstadt durch eine Akzentuierung des Alterscharakters gegenzusteuern (*Kirchplatz*). Dazu gehört auch die Einführung ortsfremder Laubengänge an der Marktgasse (Sonderbauordnungen 1920 und 1928). In dem 1933 erbauten Kaufhaus Hasler (*Marktgasse* 70) wird in Winterthur erstmals dem Altstadtverband mit kompromissloser Modernität gegenübergetreten.

Lit. 1) Isler 1895, S. 25–56. 2) Karl Keller, *Altstadt Winterthur, SKF* Bern 1989.

2.2.2 Inneres Lind, Sankt Georgen

Flugaufnahmen Abb. 56, 57, 58, 60 und Lithographie Abb. 27.

«Inneres Lind» hat sich als Oberbegriff durchgesetzt für das birnenschnitzförmige Gebiet zwischen Stadthaus- und Römerstrasse einerseits und dem geschwungenen Lauf der Bahnschienen andererseits. Im vorliegenden Text ist der Bereich zwischen Stadthaus- und Museumstrasse im Kapitel 2.2.1 behandelt; im engeren Sinn gilt der Ortsname Inneres Lind nur für das Quartier zwischen *Theater-* (vormals Halden-), *Museum-* und *Schwalmenackerstrasse* (siehe auch Kap. 2.2.3: Äusseres Lind). An der Stelle dieser Strassen waren Feldwege verlaufen; 1864–1866 baute sie die Stadt aus und legte zwischen ihnen die *St. Georgen-*, die *Kreuz-*, die *Grütli- (Hermann-Götz-)* und die *Trollstrasse* an. Schräg durch dieses soweit als möglich rechtwinklig konzipierte Netz lief die bereits 1862 als neue Ausfallachse erbaute *Lindstrasse* (siehe Kap. 2.1.3). In dieser Zone befanden sich dreissig Jahre später «die schönsten und stillsten Wohnhäuser der Stadt» (Lit. 1). Keimzelle dieses Villenquartiers war die 1867–1869 vom Textilfabrikanten Eduard Bühler-Egg erstellte neubarocke Villa an der *Lindstr.* 8 (Abb. 121). 1876–1879 wurde nördlich von ihr das Verwaltungsgebäude der Lloyd Versicherungsgesellschaften erbaut (*Lindstr.* 10; Abb. 124), und 1913–1916 entstand in der Ecke von Lind- und Museumstrasse das monumentale Museums- und Bibliotheksgebäude (*Museumstr.* 52; Abb. 49), neben dem 1912–1913 errichteten reformierten Kirchgemeindehaus (*Liebestr.* 3). Mit den genannten Bauten bildet die Lindstrasse gleichsam den nördlichen Ast der repräsentativen Achse am Nordrand der Altstadt, der *Stadthausstrasse.* An den Rändern dieses vornehmen Quartiers, in der Nähe der Bahnlinien, entstanden einfachere Wohnbauten. Die kurz vor und gleichzeitig mit der Fabrikantenvilla Bühler-Egg von Baumeistern erstellten Häuser *Hermann-Götz-Strasse* 5 bis 15 und *Jakobstrasse* 2 bis 8 waren für Arbeiter und mittelständische Bewohner bestimmt, die späteren ausschliesslich für den Mittelstand, so die Zeilen-Einfamilienhäuser von 1877 an der *Trollstrasse* (Nrn. 26–30, 32; Abb. 178), die sich stilistisch an die benachbarte Villa Bühler anlehnen. An der *Nelkenstrasse* erstellte ein St. Galler Baumeister eine zusammenhängende Siedlung von historistischen Dreifamilienhäusern (Abb.133). «Den Übergang ins bewegte, geschäftliche Leben» (Lit. 1) zeigt ein zweites Binnenquartier des Inneren Lind, dasjenige im Bereich von Bahndreieck und *Theaterstrasse.* Diese Zone wurde nach der Kapelle St. Georgen benannt, die an der Gabelung von Schaffhauser- und Wülflingerstrasse stand. Bei ihr war 1826 der Friedhof angelegt worden (*St. Georgenplatz*). Nach dessen Verlegung ins Lee (siehe Kap. 2.2.3) projektierte der Geometer Felix Erb 1871 für die Stadt die Anlage eines dreischenkligen Gebäudekomplexes mit einer Grünanlage in der Gabelung von *Merkur-* und *Theaterstrasse.* Mit den 1887–1890 erbauten Handels-, Geschäfts- und Wohnhäusern *Merkurstrasse* 12 und *Theaterstrasse* 1 wurde das Projekt teilweise realisiert (Abb. 127). Die Nordseite blieb offen, auch als der Friedhof aufgelassen und 1892 die *St. Georgenstrasse* nach Westen bis zur neuen Bahnunterführung der *Schaffhauserstrasse* verlängert wurde: so konnte das 1894–1895 errichtete Sekundarschulhaus St. Georgen (*St. Georgenstr.* 88; Abb. 153) in die Achse des Dreiecks gestellt werden. Dieser Achsenbezug wurde mit dem Bau des Geschäftshauses Gebr. Volkart am *St. Georgenplatz* 2, 1927–1928, geopfert. Seine monumentale bugförmige Fassade korrespondiert mit der konvex-konkaven Gestalt des Geschäfts- und Lichtspielhauses Zum Talgarten (*Merkurstr.* 25), dem nördlichen Teil einer dreieckigen Blockrandbebauung: dieses ganz von Rittmeyer & Furrer gestaltete Ensemble (Abb. 128, 129) kann auch als Teil des Bahnhofquartiers verstanden werden (siehe Kap. 2.2.1). Nördlich des Sekundarschulhauses St. Georgen stehen die fabrikartig-sachlichen Backsteinbauten des Verbandes Ostschweizer landwirtschaftlicher Genossenschaften von 1919, mit markantem Siloturm von 1934: Sie bilden über die Schienen hinweg eine Einheit mit den VOLG-Bauten an der *Schaffhauserstrasse* 6. Vorgänger dieses Komplexes war eine 1855 erstellte Giesserei. Ein weiteres Industrieareal befand sich an der Stelle des Stadttheaters (*Theaterstr.* 6): die Seifenfabrik Sträuli. 1834 als bescheidene Seifensiederei bei einer alten Kardenfabrik und einer Färberei eingerichtet, wuchs sie bis zum Jahrhundertende zu einem weitläufigen Komplex (Abb. 170, 171). Beim dritten Binnenquartier des Inneren Lind handelt es sich um das mittelständische Wohnviertel östlich der Schwalmenackerstrasse (Abb. 158). Es entstand erst nach 1895, teilweise auf dem Umschwung des damals abgebrochenen Palmengartenguts (*Römer-*

Abb. 59 Winterthur. Luftaufnahme von Südwesten, um 1925. Im Vordergrund die Schaffhauserstrasse mit dem VOLG-Komplex (rechts); in der Bildmitte das «Bahndreieck» – in der Gabelung der Schaffhauserlinie und der Ostlinien –; darüber das soeben aufgestockte Kantonsspital und die Brauerei Haldengut. Oben der Südhang des Lindbergs (Tachlisbrunnen, Rychenberg), durchfurcht vom Mocken- und vom Tössertobel.

str. 21), nach welchem es die Stadtplaner benannten – eine Bezeichnung, die sich nicht durchgesetzt hat. Die Hauptakteure bei der Überbauung waren die Baumeister Gebrüder Lerch und der Tapezierer und Bauunternehmer Julius Ott, der sich an der *Falkenstrasse* 4 ein villenartiges Wohnhaus erbauen liess.

Lit. 1) Isler 1895, S. 54–56.

2.2.3 Äusseres Lind, Rychenberg, Im Lee

Flugaufnahmen Abb. 56, 59, 60.

Bei diesem Siedlungsraum handelt es sich um den sonnigen Südhang des Lindbergs. Talwärts haben die um 1855 erbauten Schienentrassees der Schaffhauser- und der Ostlinien in den sich abflachenden Hügelfuss eine scharfe Trennlinie gezeichnet. Die östliche Grenze bildet der Grat mit dem Bäumliweg, wo der Hang nach Norden abknickt – er bezeichnet die ehemalige Grenze der Stadtgemeinde gegen Oberwinterthur. Die westliche Grenze bildet die Linie Schaffhauserstrasse–Rosenbergstrasse–Pilgerwerg; sie entspricht topographisch dem Einschnitt zwischen Lind- und Wolfensberg, politisch der einstigen Grenze der Stadtgemeinde gegen Veltheim. Der langgestreckte Lindberghang wird von der 1866 (Westteil) und 1872–1874 (Ostteil) erbauten *Rychenbergstrasse* durchquert: sie markiert den Übergang zu einer steileren Halde, die ursprünglich durchwegs mit Reben bepflanzt und mit zahlreichen Rebhäuschen bestückt war (z. B. *Rychenbergstrasse*: nach Nr. 85). Die *Halden-* und die *Tössertobelstrasse,* an deren Linienführung die einstigen Läufe des Mockentobel- und des Tössertobelbaches erkennbar sind, teilen den Hang der Breite nach in drei Abschnitte, denen in etwa – von Ost nach West – die Lokalnamen Äusseres Lind, Rychenberg und Lee entsprechen. «Unter Lind» heisst schon in der Wildkarte (um 1853) die Gegend der unteren Brunngasse, im Gegensatz zum mittleren (später dem inneren) und zum oberen Lind. Die Namen Rychenberg und Lee sind im Lauf der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts auf die Höhe der Rychenbergstrasse «herabgerutscht» und haben sich als übergreifende Quartiernamen durchgesetzt. Die drei genannten Zonen sind siedlungsmässig mit den talwärts anschliessenden Quartieren verwandt. Der Rychenberg, zwischen Halden- und Schwalmenackerstrasse, ist wie das angrenzende

Abb. 60 Winterthur. Luftaufnahme von Südwesten, um 1935. Im Vordergrund die Nordostecke der Altstadt, in der Bildmitte das 1929–1931 erbaute Verwaltungsgebäude der Winterthur Versicherungsgesellschaften. Oben der Südhang des Lindbergs: Rychenberg, Tössertobel, Im Lee – mit der 1926–1928 erstellten Kantonsschule – und Süsenberg.

Innere Lind (vgl. Kap. 2.2.2) ein Villenqurtier. Die «Basis» bilden die mittelständischen Ein- und Zweifamilienhäuser an der *Gottfried-Keller-Strasse* (Abb. 103). Oberhalb von ihnen steht die 1887–1888 erbaute Villa Rychenberg (heute Musikschule *Rychenbergstr.* 94; Abb. 149): mit diesem neubarocken Château setzte die Entstehung eines «Streudorfes» von grossbürgerlichen Villen ein, das bis zum Waldrand hinauf wuchs. Die Bebauung der Zone östlich der Tössertobelstrasse begann 1873–1874 mit den Textilfabrikantenvillen *Pflanzschulstrasse* 62 und 64; im übrigen herrschen aber mittelständische Häuser vor. Dazu gehören auch die 1932 erbauten Häuser *Leimeneggstrasse* 27–35 und 43–45, die reinsten Beispiele des Neuen Bauens in Winterthur. Die um 1900 entstandene Mietshaussiedlung im Raum *Ost-, Nordstrasse* und *Im Lee* erscheint dagegen als «Hinterhof»-Ableger des ebenfalls spekulativ erbauten Palmengartenquartiers (siehe Kap. 2.2.2). Die architektonische Dominante des Leequartiers bildet das monumentale, neuklassizistisch-sachliche Kantonsschulgebäude von 1926–1928 (*Rychenbergstr.* 140). Daneben lag einst der Friedhof mit seiner neugotischen Kapelle (*Rychenbergstr.* 110; Abb. 150), angelegt 1867–1870 als Ersatz für denjenigen in St. Georgen (siehe Kap. 2.2.2). Die Friedhofgärtnerei war in einer ehemaligen Ziegelhütte eingerichtet (*Im Lee* 4). Die Zone westlich der Haldenstrasse unterscheidet sich deutlich vom Rychenberg- und vom Leequartier: Sie ist mehr mit dem industriellen Westteil des Inneren Lind und mit dem Neuwiesenquartier verwandt (siehe Kap. 2.2.2 und 2.2.12). Oberhalb des Bahndreiecks staffeln sich Kantonssspital und Brauerei Haldengut sowie das Privatkrankenhaus im Schick (*Brauerstr.* 15–17; *Rychenbergstr.* 68; *Schickstr.* 11). Der Vorgängerbau des ersteren wurde 1874–1876 als Einwohnerspital errichtet; man erwog damals auch, das Technikumsgebäude in dieser Gegend zu erstellen. Die Brauerei war schon 1842–1843 in dem mitten in den Reben gelegenen Haldenberggut eingerichtet worden. Trotz des imposanten klassizistischen Brauhauses behielt sie bis in die 1890er Jahre, als umfangreiche Erweiterungsbauten entstanden, den Charakter eines Gutshofes (Abb. 147). Beim Wohnquartier westlich der Brauerei und des Kantonsspitals sind ganze Strassenzüge vom Bauunternehmer Heinrich Blatter-Hofmann erbaut worden; es war deshalb einst als Blatterquartier bekannt; eine Strasse ist nach ihm benannt. Die 1879 erstellten Bauten *Brauerstrasse* 62 bis 72 sind die ältesten dieser Blatter-Häuser. Das zuoberst gelegene, 1896–1900 erbaute Ensemble westlich der Brauerei besteht aus Doppel-Einfamilienhäusern mit villenartigem Aussehen (*Rychenbergstr.* 38 bis 56) und aus kleinbürgerlichen Dreifamilienhäuschen (*Brauerstr.* 30 ff.), alle aus mehrfarbigem Backstein (Abb. 85). Weiter unten, an der *Blatterstrasse* und in der Nähe der Bahn (*Rundstr.* 4 ff.), hat der Bauunternehmer grössere Mehrfamilienhäuser für Arbeiter erstellt. Für den Tachlisbrunnen-Abhang oberhalb der Rychenbergstrasse veranstaltete das Bauamt 1913 namens der Grundeigentümer einen Bebauungsplan-Wettbewerb für ein «Wohnquartier mit eher weiträumiger Bebauung für den besseren Mittelstand» (vgl. unten); die Überbauung begann aber erst viel später und nach neuen Plänen.

Lit. 1) Isler 1895, S. 63–66.

Quartierplan-Wettbewerb: Bebauungsplan-Wettbewerb für das Tachlisbrunnengebiet, 1913. Preisrichter: Arch. Hans Bernoulli, Basel; Arch. Max Haefeli, Zürich; Ing. W. Dick, St. Gallen; Ing. Carl Jegher, Zürich; Bauamtmann Alex. Isler. Preise: 1) Rittmeyer & Furrer. 2) Oskar Heer. 3) ex aequo: Karl Gilg; Geom. J. Schneider. Lit. 1) *SBZ* 62 (1913), S. 181, 324; 63 (1914), S. 83–87.

2.2.4 Geiselweid, Deutweg

Flugaufnahmen Abb. 56, 60, 61, 64.

Das Gebiet östlich der Altstadt, zwischen der Römerstrasse, der ehemaligen Gemeindegrenze gegen Oberwinterthur und Seen (entlang Geiselweidstrasse und dann südöstlich vom Deutweg) und der Linie Mattenbach-Stadtfallenweg-Mühlestrasse kann als zusammenhängender Siedlungsraum betrachtet werden. Strahlenförmig von der Altstadt ausgehend, durchziehen drei Ausfallachsen dieses Gebiet: die alte *Römerstrasse* im Norden, die 1835–1837 erbaute *Tösstalstrasse* im Süden, und zwischen diesen die *St. Gallerstrasse.* Die letztere wurde 1868 in gerader Linie zwischen Gärtnertor (*Badgasse*) und Mühlebrücke angelegt. Man

nannte sie Geiselweidstrasse, und damit dehnte sich dieser ursprünglich im Raum der oberen Palmstrasse zentrierte Flurname (vgl. Stadtkarte 1853) auf das ganze Gebiet nördlich von Tösstalstrasse und Eulach aus. Die *Eulach* gelangt bei der Mühlebrücke auf das einstige Stadtgebiet und führt in einem nach Süden ausschwingenden Bogen zur Altstadt. Das Gebiet südlich von ihr - respektive von dem sie einst begleitenden Schleifekanal - wird nach dem *Deutweg* benannt, dem Nachfahren eines uralten Weges, der einst vom Tössfeld über die Breite nach Oberwinterthur führte. Der Siedlungsraum Geiselweid-Deutweg umfasst eine Villen- und eine Industriezone; durch die zwei Haupt-Querachsen - die *Palm-* und die *Pflanzschulstrasse* - sind sie miteinander verschränkt. Die Villenzone hat ihren Schwerpunkt im Raum von Römer- und Seidenstrasse und ist durch das Adlergarten-Gut (*Adlerstr.* 2) mit den Villen am stadtnahen Teil der Tösstalstrasse verknüpft. Das südöstliche Viertel des Geiselweidquartiers gehört zu einer Industriezone, die sich durch das Deutwegquartier zieht - sie ist nach derjenigen im Tössfeld die grösste der alten Stadtgemeinde, und sie enthält die grösste Ansammlung von einheitlich geplanten Arbeiter-Wohnkolonien. Die älteste ist die Deutweg-Siedlung (*Unterer Deutweg* 12 ff.), 1872-1877 von der Gesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser errichtet, die weitläufigste die Selbsthilfe-Siedlung (*Eigenheimweg*; Abb. 55), 1925-1926 zwischen Schleifekanal und Oberem Deutweg erbaut. Die 1873-1877 erstellten Arbeiterhäuschen am *Oberen Deutweg* (Nrn. 41 bis 53, 26 bis 40) sollten gemäss einem Bebauungsplan von 1877 in eine grosse Quartieranlage im Dreieck Oberer Deutweg-Tössfeldstrasse-Gemeindegrenze integriert werden. Diese kam ebenso wenig zustande wie die seit 1897 geplante, 1906 vom Regierungsrat bewilligte Quartieranlage im Talgut und im Zelgli, mit Rond-Point und urbanem Strassenstern. Einen grossstädtischen Augenblick erlebte die Zone im Südosten der Stadt nur mit den Anlagen des Schützenfestes von 1895 (*Tösstalstr.* 86); im übrigen behielt sie - im Gegensatz zum Tössfeld - mit ihren Grün- und Leerräumen und ihren niedrigen Bauten Stadtrandcharakter. Das mag damit zusammenhängen, dass die zwei wichtigsten Fabrikanlagen von Geiselweid und Deutweg - die mechanische Seidenstoffweberei (*St. Gallerstr.* 40; Abb. 151) und die Textilveredelungsanstalt Weber Zur Schleife (*Tösstalstr.* 59, 61;

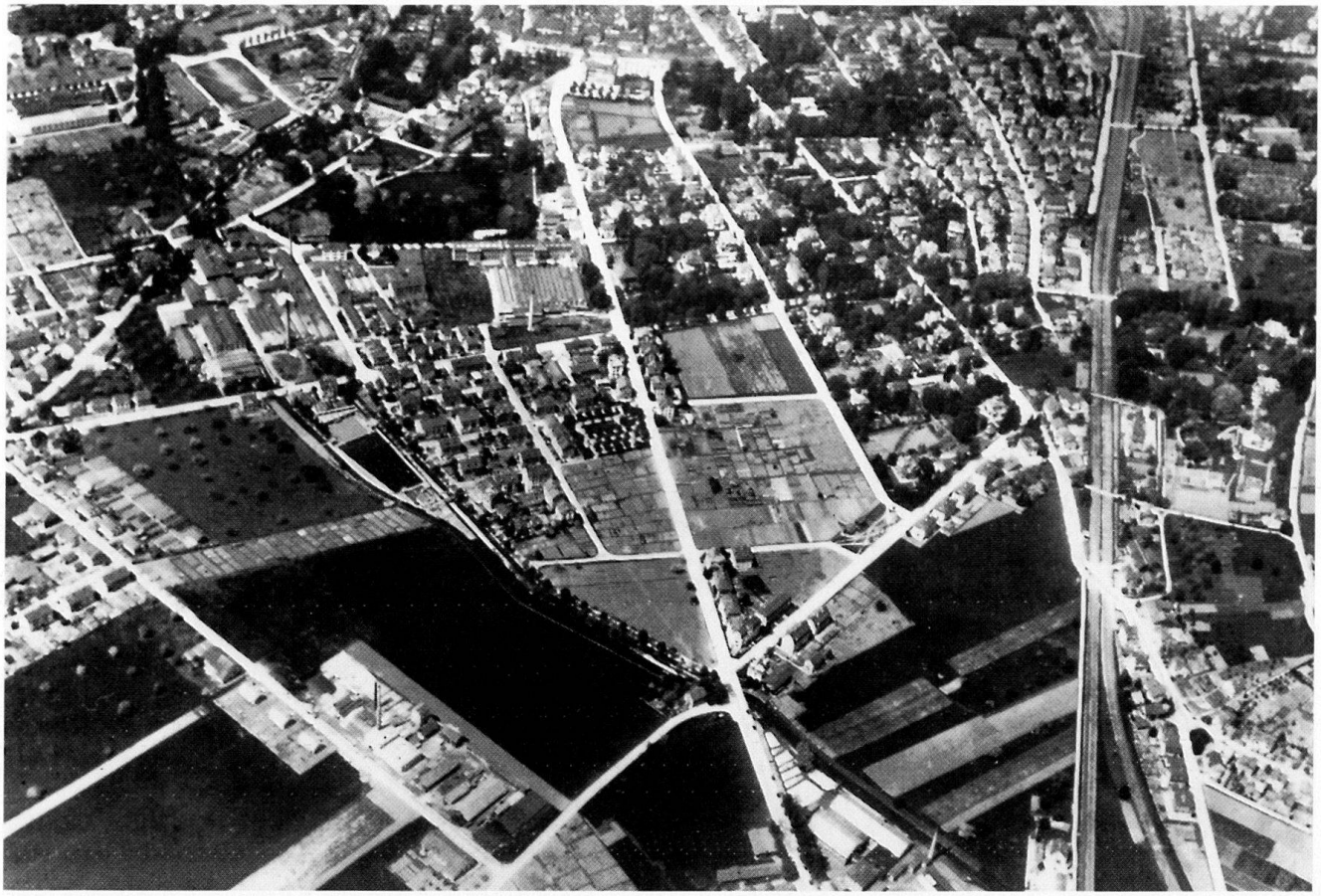

Abb. 61 Winterthur. Luftaufnahme von Osten, um 1920. Diagonal durchs Bild laufend die Eulach; links von ihr das Deutwegquartier; rechts von ihr das Geiselweidquartier, längs durchzogen von der Geraden der St. Gallerstrasse. Ganz unten das Industriequartier in der Grüze (vormals Oberwinterthur).

Abb. 174) – zur Textilindustrie gehörten, welche im Gegensatz zur Maschinenindustrie eine Affinität mit ländlich-agrarischen Verhältnissen aufwies. Die «Sidi» wurde 1872–1873 als einheitliche Anlage erstellt, mit repräsentativem Westteil und Shedhallen auf der Rückseite. Dank Dampfkraft war sie von der Eulach unabhängig. Die weitläufige Webersche Fabrik entwickelte sich dagegen seit 1845 aus einigen Werkbauten an der Oberen Schleife, einem traditionsreichen Wasserwerk an der Eulach, das von zahlreichen Gewerbe- und Industriebetrieben benutzt worden war und wurde. Der um 1812–1815 angelegte Landschaftspark Adlergarten bildete ursprünglich mit der Schleife eine Einheit; ein zur Schleife gehöriges Fabrikgebäude lieferte das Material für das 1834–1835 erstellte klassizistische Hotel Fortuna im Adlergarten. Aus diesem wurde ab 1851 eine Fabrikantenvilla. Dieser Fall zeigt, dass das Villenquartier Geiselweid sich schrittweise aus einem gewerblich-industriellen Umfeld ausdifferenzierte. Einst zog sich vom stadtnahen Teil der Tösstalstrasse über die biedermeierliche Gärtnervorstadt, die St. Gallerstrasse und den Adlerweg bis zur Römerstrasse eine lockere Kette von Bauten mit Gewerbebetrieben. Die meisten wurden durch Wohnbauten oder Villen ersetzt; so entstand 1882 im Areal der ehemaligen Seifensiederei im Wiesental (*Tösstalstr.* 24) eine Villa mit grossem Park. Im Gegensatz zum Rychenbergquartier (siehe Kap. 2.2.3) herrscht in der Geiselweid und an der Römerstrasse das villenartige respektive das reformerisch-heimatliche Einfamilienhaus mit kleinem Umschwung gegenüber der Grossvilla vor. Beispiele dafür sind die alle in dieser Gegend stehenden Wohnhäuser von Ernst Jung (Abb. 141, 142), Otto Bridler (Abb. 161), Robert Rittmeyer (Abb. 44) und Lebrecht Völki, den führenden Architekten Winterthurs zwischen 1870 und 1920 (*Römerstr.* 36; *Seidenstr.* 2, 18; *Seidenweg* 2).

Lit. 1) Isler 1895, S. 66–68. 2) *Geiselweid* 1987.

2.2.5 Oberwinterthur

Flugaufnahmen Abb. 56, 61, 62.

Im Siedlungsteppich der ehemaligen Gemeinde Oberwinterthur lassen sich zwei Hauptgebiete unterscheiden: eine Wohnzone nordwestlich der Linie Eulach–Frauenfelderstrasse, an dem gegen Südosten gerichteten Hang des Lindberges, mit

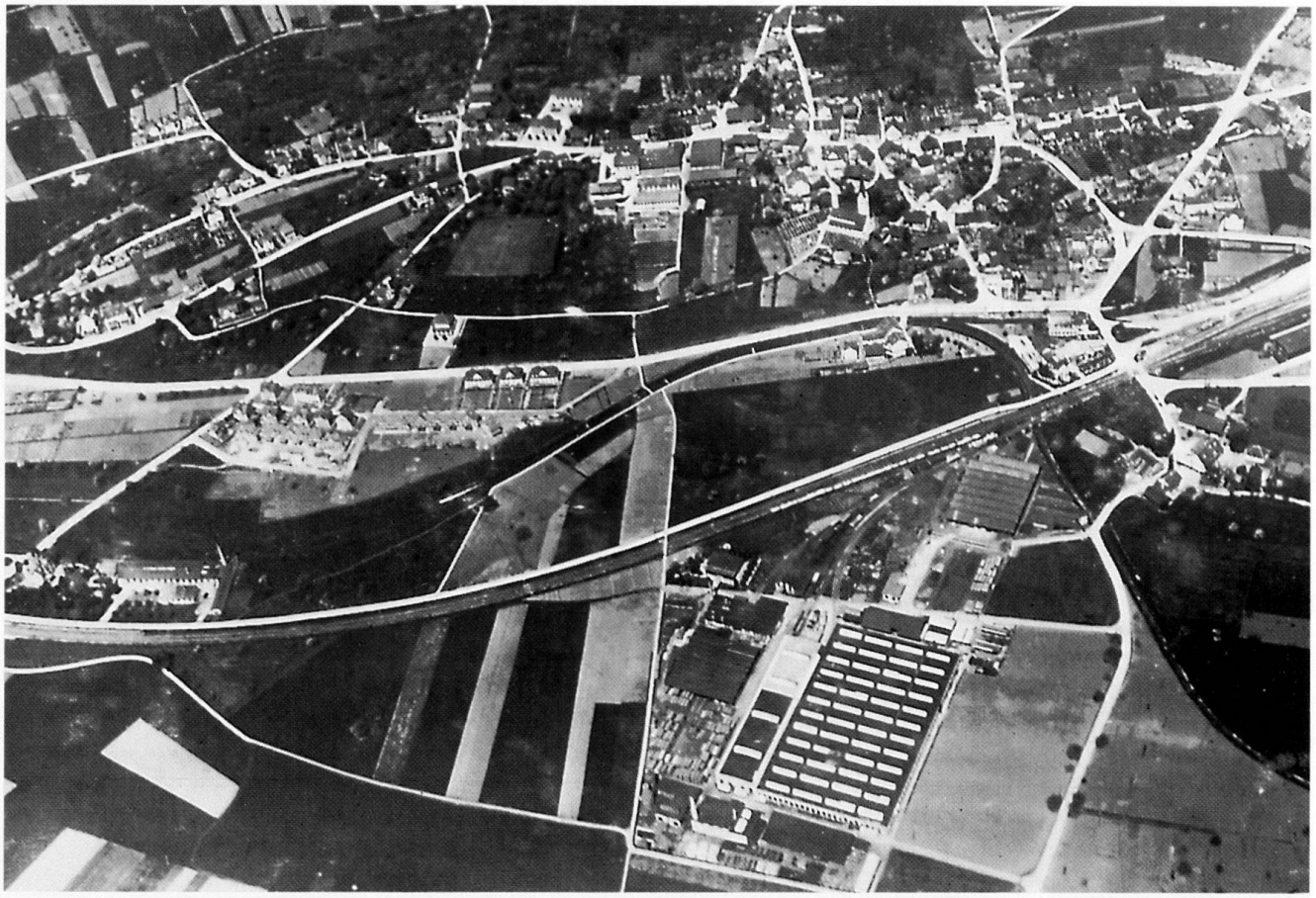

Abb. 62 Oberwinterthur. Luftaufnahme von Südosten, um 1920–1925. Oben rechts der alte Dorfkern am östlichen Abhang des Lindbergs, durchzogen von der Römerstrasse. In der Ebene die vor kurzem erstellte Frauenfelderstrasse, die Eulach und die Richtung Bodensee führenden Bahnschienen. Rechts aussen der Bahnhof; unten das Zweigwerk Oberwinterthur der Maschinenfabrik Sulzer, erbaut ab 1911. Links unten die Äcker der Grüze (vgl. Abb. 61).

einem Ausläufer Richtung Hegi, und eine Industriezone in der Ebene südöstlich und südlich der Eulach, bis hin zur Grüzefeldstrasse, mit einem Ausläufer im Bereich nördlich des Bahnhofes Oberwinterthur. Es handelt sich um das grösste Industrieareal des heutigen Winterthur; es nimmt sich wie die Krone eines Baumes aus, dessen Stamm die traditionsreichen Industrie- und Gewerbeareale im Süden der Winterthurer Altstadt und im Siedlungsraum Geiselweid-Deutweg bilden. Seine Anfänge gehen auf die Ausbauphase des Winterthurer Bahnnetzes zurück: als 1875 die Linien nach Etzwilen und nach Bauma eröffnet wurden, erhielt Oberwinterthur - von den bisherigen Linien ohne Station durchquert - gleich zwei Bahnhöfe: einen östlich des Dorfkerns, vor der Gabelung der Etzwiler- und der Romanshornerlinie, und einen in der Grüze für die Tösstalbahn. In der Folge entstanden hier eine Gelatine- (Abb. 196) und eine Guanofabrik und ein Petroleum-Depot (*St. Gallerstr.* 119, *Industriestr.* 23; *St. Gallerstr.* 143). Um das Jahrhundertende verdichtete sich das Grüzequartier rasch: Mit der Verknappung der Landreserven im Tössfeld und in den Neuwiesen bot es sich als die Industriezone der Zukunft an. Einen Markstein in dieser Entwicklung bildete die Erstellung eines Zweigwerkes für Heizungsbau durch die Firma Gebr. Sulzer in den Jahren 1911-1912, südlich der Mittleren Mühle, mit Geleiseanschluss vom Oberwinterthurer Bahnhofareal her (*Seenerstrasse*; Abb. 197). Inzwischen hatten sich auch die Stadtplaner mit dem Gebiet befasst: nachdem 1897 die gesamte Grüze sowie Stadtrain und die (neue) Römerstrasse dem Baugesetz von 1893 unterstellt worden waren, koordinierte das technische Büro der Stadt Winterthur die geplanten Hauptachsen in den beiden Gemeinden - dies vor allem im Hinblick auf die Neuanlage der Ausfallachse Richtung Frauenfeld: sie sollte unter der Bahn hindurch und dann - unter Umgehung des Dorfkerns - dem Fuss des Lindbergabhangs entlang geführt werden. Die *Frauenfelderstrasse* wurde erst 1918, die Sanierung des Bahnübergangs erst 1924-1925 realisiert - statt einer Unter- eine Überführung. Die dafür nötige Tieferlegung des Bahnkörpers hing mit dem Plan zur Anlage eines «Centralbahnhofes» für sämtliche Ostlinien in der Grüze zusammen, mit dem sich die Stadt seit 1908 beschäftigte (Kap. 3.3: *Bahnareal, Römerstrasse*). Die Überbauung der Hangzone setzte in den 1880er und 1890er Jahren ein: im Stadtrain entstand - als Ausläufer des Geiselweidquartiers - ein kleines Quartier mit bescheidenen Wohnhäusern, das nur langsam durch eine lockere Kette von Bauten mit dem alten Dorfkern zusammenwuchs; und westlich vom letzteren entstand in den 1890er Jahren ein

Abb. 63 Seen. Luftaufnahme von Westen, um 1920-1930. Der alte Dorfkern, durchzogen von der Tösstalstrasse. Rechts das 1916 erbaute Sekundarschulhaus Bühlwiesen; schräg darunter das Schulhaus Dorf: in gerader Linie die um 1900 erbaute Kanzleistrasse zum Bahnhof der Tösstalbahn (links oben).

Bahnhofquartier mit Arbeiterhäusern. Die Gesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser trug mit gartenstadtartigen Überbauungen im Talacker, erstellt 1919-1921, zur Verknüpfung der Hangsiedlung mit dem Grüzequartier bei (*Friedheimstr.* 1-27; *Johannisstr.* 24-38). 1928-1930 entstanden im Stadtacker die ersten Bauten einer Wohnkolonie, die mit ihren rechenförmig angeordneten langen Flachdachzeilen bis heute einen markanten Schwerpunkt im Siedlungsgefüge bildet (*Spitzweg*). Ebenfalls in den 1920er Jahren erfolgte die Bebauung der verlängerten Rychenbergstrasse mit bürgerlichen Einfamilienhäusern. Die südlich vom Dorfkern gelegene Zwirnerei und Maschinenfabrik Jäggli (*Römerstr.* 128-156), welche sich seit 1849 zu einem weitläufigen Komplex entwickelt hatte, wurde nach dem zweiten Weltkrieg zunehmend zu einer Insel in den sich verdichtenden Wohnquartieren; 1975-1977 wurde sie durch eine Wohnüberbauung ersetzt (*Römerstr.* 128-156).

2.2.6 Seen

Flugaufnahme Abb. 63.

Im weitläufigen Gebiet der Gemeinde Seen liessen zur Zeit der Eingemeindung 1922 nur zwei Zonen eine Überformung durch neuzeitliche Siedlungselemente erkennen: das Dorf Seen mit seiner näheren Umgebung und der Sennhof an der Töss. Das Dorf Seen liegt in jener weiten und sanften Mulde südöstlich von Winterthur, wo drei Bachläufe sich vereinen, um unter dem Namen Mattenbach zur Eulach zu fliessen. Die in den späten 1830er Jahren gebaute Strasse von Winterthur ins Tösstal wurde in gerader Linie durch die Bachsenke zum Dorf

Seen geführt, während der alte Weg über die höher liegenden Galgenäcker nördlich davon verlaufen war. Südöstlich vom Dorfkern, wo etwas erhöht die Kirche steht, steigt die Strasse zu einem Sattel empor, um durch das Beerental zum Sennhof an der Töss zu gelangen. Auf der Höhe des Sattels läuft die 1875 eröffnete Tösstalbahn parallel zur Strasse, während sie im Bereich des Dorfes Seen einen anderen Wegg nimmt: im Grüzefeld von der St. Gallerlinie abzweigend, führt sie - um eine abrupte Steigung zu vermeiden - dem Hang nordöstlich oberhalb von Seen entlang. So kam der Bahnhof (*Kanzleistrasse*) an den Fuss des Weilers Stocken zu liegen. Gegen das Jahrhundertende wurde die Station durch eine rund 600 Meter lange Strasse (*Kanzleistrasse*) mit der 10 Meter tiefer liegenden Hauptachse verbunden. Die stolzesten Bauten an dieser Bahnhofstrasse waren ein 1897 eröffnetes, dorfeigenes Elektrizitätswerk und der historistische Miniaturpalazzo eines Bäckers (*Kanzleistr.* 24, 15); den Auftakt bildete das schräg in der Ecke zur Tösstalstrasse stehende klassizistische Schulhaus, das 1889 aufgestockt worden war (*Tösstalstr.* 255). Eine noch auffälligere historistische Strassensiedlung entstand in den 1890er Jahren an der schnurgeraden Tösstalstrasse, in der Nähe der Gemeindegrenze zu Winterthur: das Mattenbachquartier. Im übrigen beschränkte sich die bauliche Entwicklung auf die allmähliche Verdichtung der Streusiedlung. Die wenigen Industriebauten - u. a. eine Mosterei (*Hinterdorfstr.* 40), eine Sägerei (erb. um 1910 an der *Grüntalstr.* 18), eine 1823 gegründete Korbwaren-Manufaktur - fügten sich in die dörfliche Struktur. Das gleiche gilt für das Neuquartier, das in den 1920er Jahren im Sonnenberg - oberhalb einer um 1905-1910 westlich des Bahnhofes erstellten Wohnüberbauung - entstand: es handelt sich um ein «Streudorf» von Einfamilienhäusern. Mit dem 1916 in den Bühlwiesen erstellten Schulhaus erhielt das Bauern- und Wohndorf einen architektonischen Akzent im Sinn des Heimatstils (*Bühlhofstr.* 32). Im Gegensatz zum Dorf Seen ist die Kleinsiedlung im Sennhof an der Töss - einige Arbeiterhäuser, ein kleiner Bahnhof, ein Schulhaus, eine Wirtschaft (*Tösstalstr.* 377, 364, 366) - ganz von der Neuzeit geprägt: sie verdankt ihre Entstehung der Spinnerei Bühler, die 1861 auf dem südlichen, zur Gemeinde Kyburg gehörigen Tössufer erstellt worden war.

2.2.7 Wildbach

Flugaufnahmen Abb. 56, 64.

Wildbach hiess die *Eulach* auf der Strecke zwischen der Stadtfalle - einem Wehr mit Reguliervorrichtung in der Nähe der Tösstalstrasse - und der Turmhaldenstrasse. Bei der Stadtfalle zweigte der Mühlekanal ab, der den Wildbach weiter unten überquerte. Der Kanal wurde auf dieser Strecke von drei alten Mühlen genutzt: der Obermühle, der Vögelimühle und der Steigmühle (*Obermühlestr.* 2; *Mühlestr.* 5; *Turmhaldenstr.* 1). Sie sind die Kristallisationspunkte der Besiedlung in dem von Wasserläufen geprägten Gebiet zwischen der Langgasse, der Altstadt und der Linie Mühlestrasse-Stadtfallenweg (einem parallel zum 1953 aufgehobenen Mühlekanal laufenden Strassenzug). Die Wachstumsrichtung der Bebauung ging nach Südosten: hier schlossen der Kehracker und das Zelgli an - ein schlauchartiges Areal zwischen der Langgasse und dem von Seen her kommenden Mattenbach. Der Motor der Entwicklung war die Erweiterung oder Auslagerung von Funktionen, welche am Südrand der Altstadt zu Hause waren: gewerbliche, militärische, solche der gewerblich-technischen Bildung. Südlich der Vögelimühle wurde um 1840-1850 ein Korporationssträsschen (*Wildbachstrasse*) angelegt, das seinen Namen von dem damals parallel laufenden Wildbach übernahm: hier entstand ein Gewerbequartier, das als Erweiterung der alten Gewerbezone unterhalb der Turmhaldenstrasse (siehe Kap. 2.2.1) aufgefasst werden kann. Südlich der Obermühle wurde um 1865 der städtische Werkhof eingerichtet (*Zeughausstr.* 68). Als städtischer Werkplatz hatte im späten 18. und im frühen 19. Jahrhundert das Areal vor dem Holdertor gedient; seit etwa 1830 wurde es als Viehmarkt genutzt (*Technikumstrasse*). Das Holzmagazin und die Zimmerwerkstatt waren in dem 1765-1766 neben dem Holdertor erstellten «Unnoth» (*Technikumstr.* 8) untergebracht. Dieser monumentale Zweckbau wurde zur Kaserne umfunktioniert, als Winterthur 1846 kantonaler Waffenplatz der Kavallerie wurde. In der Oberwiese wurde eine Reithalle gebaut; 1861-1862 wurde sie um Stallungen und eine weitere Halle erweitert (*Zeughausstr.* 65-69; Abb. 185). Als sich die Stadt 1863 um eine Konzentrierung der kantonalen Militäranstalten in Winterthur bewarb, anerbot sie sich, eine Kaserne und ein Arsenal zu errichten - eine Projektvariante sah deren Situierung im Kehracker vor (*Zeughausstrasse*: nach Nr. 69). Tatsächlich entstanden hier weitere Militärbauten, allerdings erst viel später: 1894 wurde ein eidgenössisches Zeughaus erstellt (Abb. 184), dem 1906-1907 und 1917 weitere grosse Magazinbauten folgten (*Zeughausstr.* 50 bis 54). 1877-1878 wurde südlich der Altstadt das Gebäude des kantonalen Technikums (*Technikumstr.* 9) errichtet. Sein Bau hatte die Verlegung und Korrektion des Wildbaches zur Voraussetzung; sie wurde 1876-1877 durchgeführt und 1878 um weitere Korrektionsarbeiten im Bereich der Stadtfalle ergänzt - der erste Eingriff an der *Eulach* im Sinn moderner

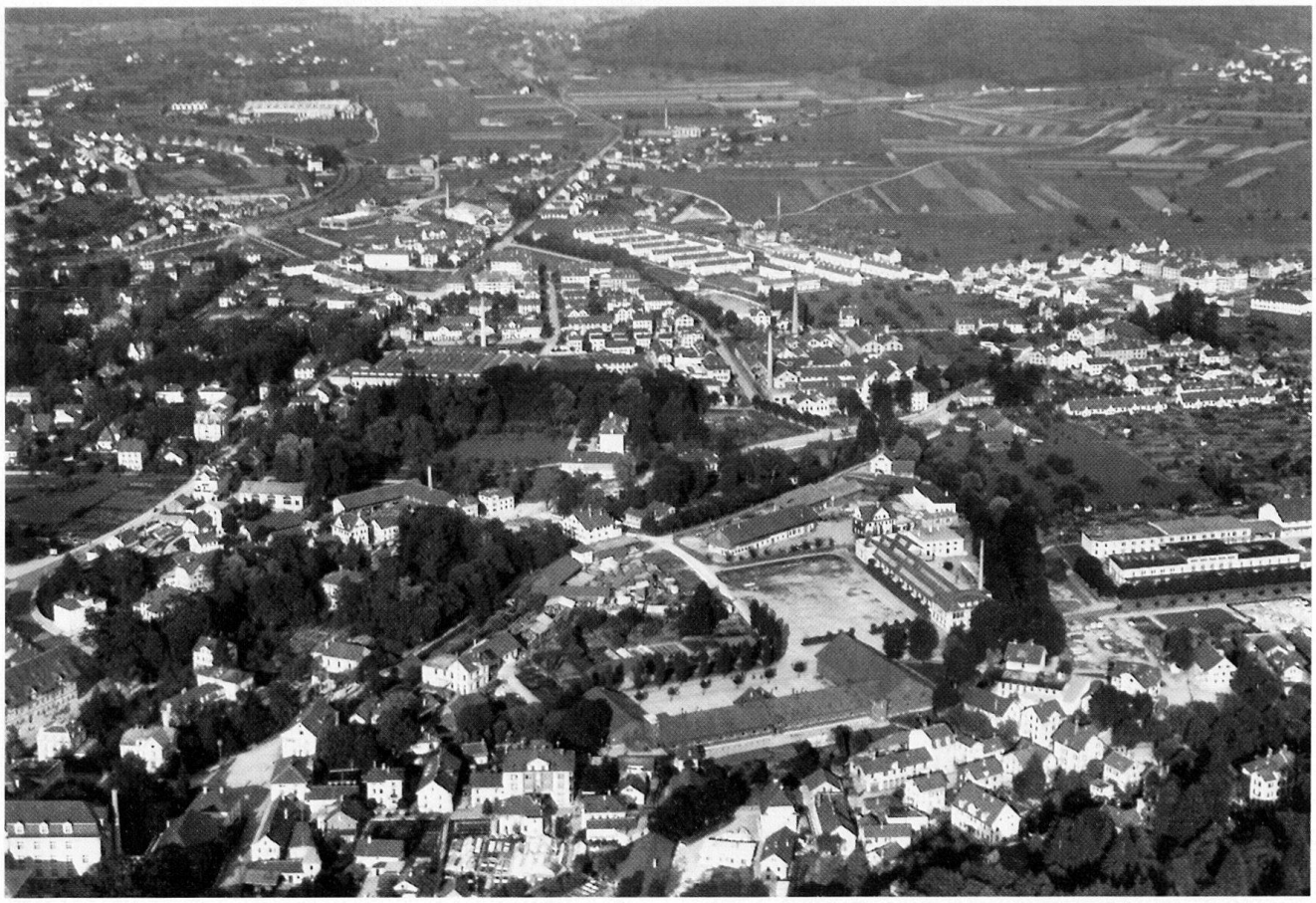

Abb. 64 Winterthur. Luftaufnahme von Westsüdwest, um 1928. Wildbachquartier: Unten die Gewerbesiedlung an der Wildbachstrasse; darüber der dreiflüglige Holzbau der ehemaligen Kavalleriekaserne, die Metallarbeiterschule (mit Hochkamin) und – rechts aussen – die Bauten des eidgenössischen Zeughauses. In der Bildmitte das Geiselweidquartier, mit dem Park des Adlergartens und der Weberschen Fabrik in der Schleife (mit zwei Hochkaminen); über dieser und rechts die Wohnsiedlungen des Deutwegquartiers.

Gewässerverbauungen. Der Viehmarkt musste einer Grünanlage vor dem neuen Schulhaus weichen; er wurde ans Südende der *Wildbachstrasse* verlegt. Möglicherweise hängt ein weiteres Unternehmen mit jener Bildungsanstalt zusammen, deren Schüler für ihre sportlichen Interessen bekannt waren: 1878 wurde im Zelgli durch eine Stauschwelle ein Eisweiher fürs Schlittschuhlaufen geschaffen (*Eisweiherstrasse*). In einem apsisförmigen Annex auf der Rückseite des Technikums war das Winterthurer Gewerbemuseum untergebracht. 1892 wurde für die von diesem gegründete und betreute Metallarbeiterschule ein Gebäude zwischen der Kavalleriereithalle und dem städtischen Werkhof erstellt (*Zeughausstr.* 56; Abb. 186). Die Anlage der *Zeughausstrasse* war schon seit 1893 geplant: sie sollte die als Allee gestaltete Hauptachse eines zukünftigen Kehrackerquartiers bilden. Die Strasse wurde erst 1924 für die kantonale Ausstellung für Landwirtschaft und Gartenbau und für die Bezirks-Gewerbeausstellung erbaut. An diese Ausstellung erinnert das als Musterhaus erstellte Wohnhaus *Zeughausstrasse* 41.

Lit. 1) Isler 1895, S. 67–69.

2.2.8 Heiligberg, Breite, Vogelsang

Flugaufnahmen Abb. 56, 57, 65.

Der hier behandelte Siedlungsraum ist umgrenzt von der bogenförmigen Linie Untere Vogelsangstrasse–Frohbergstrasse–Langgasse: sie markiert den «Sockel» eines vom Eschenberg in die Eulachebene vorstossenden Sporns. Sein leicht nach Westen gekrümmter, direkt über der Altstadt aufsteigender Kopfteil heisst Heiligberg, auf der Kuppe und auf der Südseite auch Sonnenberg. Der Sattel zwischen dieser Anhöhe und dem Eschenberg heisst Breite; nach Osten senkt er sich zur Ebene von Kehracker und Zelgli (vgl. (Kap. 2.2.7), nach Westen zu den Geleisen des Güter- und Rangierbahnhofes im Tössfeld, wobei er sich zu einer amphitheaterförmigen Mulde weitet: dem Sonnenberg-Südhang, dem Unteren und dem Oberen Vogelsang. Auf der windgeschützten Ostflanke des Heiligbergs befindet sich das Büel. In dem gleichnamigen Gut legte im späten 18. Jahrhundert ein französischer Arzt und Botaniker den ersten Landschaftsgarten der Stadt an; und hier entstand mit dem 1849–1850 erbauten romantisch-klassizisti-

schen Wohnhaus eines Textilkaufmanns die erste Höhenvilla der Stadt (*Büelrainstr.* 14, 16; Abb. 93). Ein Vorläufer war das um 1810–1830 auf der Kuppe des Heiligbergs erbaute Sommerhaus Sonnenberg; 1901–1902 wurde es durch eine massige Grossvilla ersetzt (*Hochwachtstr.* 20; Abb. 114). Westlich und südwestlich dieser Liegenschaft wurden zwischen 1868 und 1907 fünf weitere Villen errichtet (*Heiligbergstr.* 50; *Hochwachtstr.* 10; *Theodor-Reuter-Weg* 6; *Wylandstr.* 29, 33); vier davon sind über die Bauherren mit der Sulzerschen Fabrik verbunden, welche sich unten in der Tössfeldebene ausdehnt. Westlich der Turmhaldenstrasse ragt die kanzelartige Hochwacht empor: Auf diesem im 19. Jahrhundert landschaftsgärtnerisch ausgestalteten Aussichtspunkt stand bis 1931 das «Kanonenhäuschen» der städtischen Feuerwache (*Hochwachtstrasse*: nach Nr. 7). Südwestlich davon befand sich das Probsteihaus des einstigen Chorherrenstifts Heiligberg. Um 1905 wollte ein St. Galler Bauunternehmer den Abhang darunter spekulativ überbauen (vgl. *Heiligbergstr.* 25). Die Stadt zog das Land aber an sich, um es als Grünzone zu erhalten; an der Stelle des einstigen Stiftes erbaute sie 1909–1912 ein Sekundarschulhaus – ein Heimatstil-Schulschloss, mit welchem der für die Kernzone bedeutsame Nordhang des Heiligbergs einen wuchtigen architektonischen Akzent erhielt (*Hochwachtstr.* 9, 11; Abb. 112). Auf der Breite und im Vogelsang entstand ab etwa 1910 binnen zweier Jahrzehnte ein langgestrecktes Quartier von ausgesprochenem Wohncharakter. Die Anfänge der Bebauung gehen auf die 1870er Jahre zurück: 1872 wurde das Mötteli durch die *Wylandstrasse* mit dem Tössfeld verbunden; 1873 wurde ein Quartierplan für das Tössfeld ausgearbeitet, der auch den Unteren Vogelsang einschloss. Das letztere Quartier sollte sich auch in den Oberen Vogelsang ausdehnen; um dafür Raum zu schaffen, wurde hier 1874–1875 ein grosses Stück des Eschenbergwaldes gerodet. Das einzige Resultat dieses grossräumigen Erschliessungsanlaufs waren drei Arbeiterwohnhäuser, die die Stadt 1872–1873 beim Mötteli erstellte (*Breitestr.* 61 bis 65). Der Plan zur Erschliessung des Unteren Vogelsanges erfüllte sich erst 1891–1895, auch da nur in rudimentärer und veränderter Form: die Gesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser erbaute damals eine Arbeitersiedlung (Abb. 181), die an den Rand des nach Südwesten verlängerten Rangierbahnhofes (*Bahnareal*) zu stehen kam (*Untere Vogelsangstr.* 133 bis 161; *Lärchenstr.* 48 bis 58). 1894–1897 erarbeitete das Technische Büro der Stadt einen Bebauungsplan für Vogelsang und Breite, in welchem das sanft modellierte Gelände mit einem starren Raster von Diagonal- und Parallelachsen überzogen ist (Lit. 2, S. 23; vgl. Kap. 4.6.2: Plan Nr. 42). 1911 wurde ein Bebauungsplanwettbewerb veranstaltet, der diese Planung im Sinn der Gartenstadtideale revidieren sollte (Abb. 51; siehe unten); 1920 erhielten die Büros Bridler & Völki und Rittmeyer & Furrer den Auftrag zu Bebauungsplänen für den «mittleren Vogelsanghang» (Lit. 2, S. 23). Daraus resultierten die geschwungenen Strassenzüge zwischen Mötteli und Vogelsang (*Jonas-Furrer-Strasse, Sonnenbergstrasse, Breitestrasse West*); an ihnen entstand in den 1910er und 1920er Jahren der grösste gartenstadtartige Komplex Winterthurs. Den Anfang machte die 1912–1913 erbaute Eisenbahnerkolonie im Oberen Vogelsang (*Jonas-Furrer-Str.* 49 ff.; Abb. 52), den städtebaulichen Schwerpunkt bilden die 1920–1921 ebenda erbauten, langgestreckten Zeilen kommunaler Wohnbauten (*Jonas-Furrer-Str.* 40 bis 124; Abb. 116). Ein Vorläufer dieser reformerischen Siedlungen findet sich unterhalb des barocken «Guts»: das 1905–1910 vom Bauunternehmer Caspar Wachter-Germann erstellte Waldheim-Quartier (*Waldstrasse*; Abb. 183). Auf der Höhe der Breite dominieren mittelständische Wohnbauten; ein Beispiel dafür ist das 1916–1917 errichtete Wohnhaus des Architekten Emil Joseph Fritschi, das gleichzeitig als Muster für eine von ihm patentierte Eternitbauweise diente (*Breitestr.* 68; Abb. 86). Beinahe exotisch wirkt im Rahmen der Winterthurer Baugewohnheiten die 1920–1921 von einem auswärtigen Bauunternehmer erstellte Chalet-Siedlung am *Chaletweg* (Nrn. 1 ff.).

Lit. 1) Isler 1895, S. 70–71. 2) *Breite-Vogelsang* 1970.
Quartierplan-Wettbewerb: Bebauungsplan-Wettbewerb für das Vogelsangareal, 1911, unter Beteiligung von in Winterthur wohnhaften Fachleuten und des Büros Bischoff & Weideli, Zürich. Preisrichter: Arch. Fissler, Stadtbm Zürich; Arch. Max Haefeli, Zürich; Ing. Carl Jegher, Zürich; Herm. Hug, Stadting. Winterthur; Bauamtmann Alex. Isler; A. Hablützel. Preise: 1) Bridler & Völki. 2) ex aequo: Rittmeyer & Furrer; Bischoff & Weideli. 3) ex aequo: Fritschi & Zangerl; Friedr. Schneebeli. Pläne Siegerprojekt: StadtAW K 97–102. Lit. 1) *SBZ* 58 (1911), S. 11–12, 207, 233, 296–299, 310–315.

2.2.9 Tössfeld, Schöntal

Flugaufnahme Abb. 65.

Das Tössfeld ist die grosse Kiesebene am Grund des Quertales, das sich zwischen Eschen- und Brühlberg eintieft und so die Flusstäler der Töss und der Eulach verbindet. Die *Zürcherstrasse* läuft von der Tössbrücke im Dorf Töss aus in einer rund eineinhalb Kilometer langen Geraden bis an den Fuss des Brühlbergs, um dann nach Osten Richtung Altstadt abzuknicken. Sie trennt ein kleines, am Brühlbergfuss liegendes Tössfeld von einem grossen, das sich gegen Eschenberg und Heiligberg ausdehnt. Am Fuss der letzteren entlang führt die Linie der 1856 eröffneten Bahnlinie Zürich–Winterthur. Die Strassen- und die Schienenachse umgrenzen ein langgestrecktes Dreieck, dessen Basis der

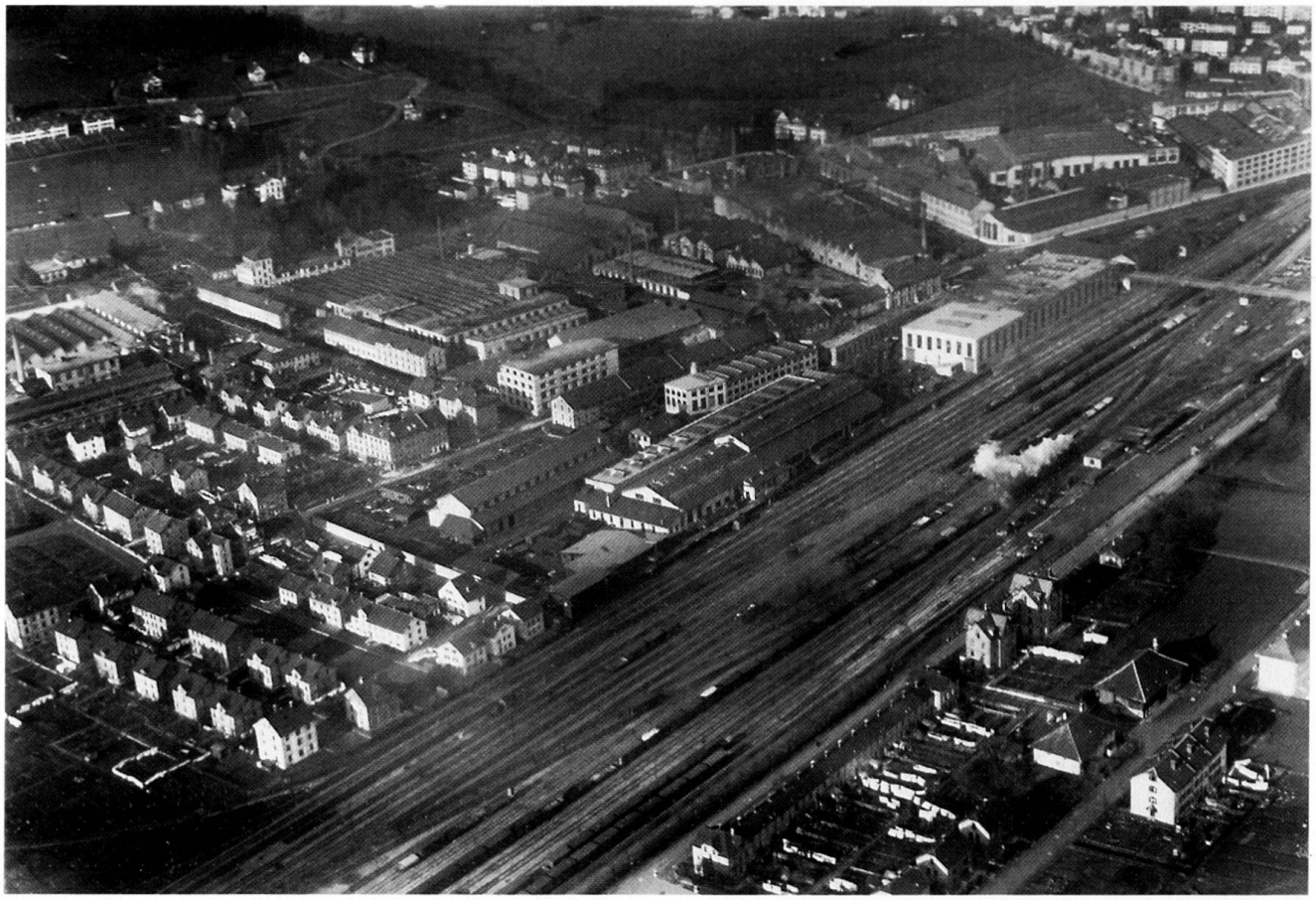

Abb. 65 Winterthur. Luftaufnahme von Süden, 1923. Tössfeldquartier mit den Bauten der Giesserei und Maschinenfabrik Gebr. Sulzer (oben rechts und Mitte) und denjenigen der Schweizerischen Lokomotiv- und Maschinenfabrik (Mitte oben und links). Rechts unten die Arbeiter-Einfamilienhauszeile der Gesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser im Unteren Vogelsang, erbaut 1891–1892; links oben das Brühlbergquartier.

Tössfluss bildet. Kopf und Fuss dieses nach Nordosten weisenden Keils sind von weitläufigen Fabrikkomplexen besetzt, die insgesamt eines der grössten Industrieareale der Schweiz bilden: die Giesserei und Maschinenfabrik Sulzer, die Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik und – in Töss – die Maschinenfabrik Rieter. Zwischen den beiden ersteren und der Tössener Fabrik erstrecken sich dicht besiedelte Arbeiterquartiere, durch welche sich ehemals – quer zum Tal – die Gemeindegrenze Winterthur-Töss zog, südlich von der *Grenzstrasse*. Die stadtwärts an die Grenze anschliessende Zone heisst auch Schöntal, nach einem im kleinen Tössfeld liegenden Gut (*Zürcherstr.* 72). Die Entwicklung des von Äckern und Wiesen bedeckten Tössfelds zum Industriequartier begann, als die Giesserfamilie Sulzer 1834 ihre Werkstatt vom Holdertor auf ein vormals zur Blumenbleiche gehöriges Areal an der Zürcherstrasse verlegte (*Zürcherstr.* 9; Abb. 35, 189, 190). Hundert Jahre später war der Industriekomplex mit einem Zweigwerk in Oberwinterthur etwa gleich gross wie die ganze Altstadt; aber schon um 1865 waren die Werkhallen um ein Mehrfaches grösser als die Stadtkirche. Um diese Zeit setzte die Überbauung des übrigen Tössfeldes ein. In der Nähe der Giesserei wurden 1864 eine Dampfsägerei (*Zürcherstr.* 9–32) und 1872 die ersten Bauten der Schweizerischen Lokomotiv- und Maschinenfabrik (*Zürcherstr.* 41–47; Abb. 191) erstellt, und im Schöntal erbaute die Stadt im gleichen Jahr ein Gaswerk (*Zürcherstr.* 70; Abb. 194, 195), Nachfolger einer privaten Gasfabrik auf benachbartem Tössener Boden. Jetzt entstanden auch die ersten Arbeiterhäuser. Die grösste Siedlung war die Kolonie Schöntal, 1873–1876 von der Gesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser erbaut (*Zürcherstr.* 63–67) – im Tössfeld befindet sich heute die grösste Anzahl der von ihr realisierten Bauten. Die Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik erstellte zusammen mit den Werkbauten betriebseigene, englisch anmutende Zeilenhäuser (*Jägerstr.* 25–47, 59–81; Abb. 115). Zwischen Tössfeldstrasse und Bahnlinie erbaute der Müller und Bauunternehmer J. R. Hirzel 1868–1878 eine Kolonie – hinsichtlich Baubeginn die älteste nicht nur des Tössfelds, sondern der ehemaligen Stadtgemeinde überhaupt (*Tössfeldstrasse*: vor Nr. 39; Abb. 173); und in der Nähe

der Grenze zu Töss erstellte der Zimmermeister Ulrich Müller ab 1879 ein weiteres Kleinquartier von Arbeiterhäusern (*Grenzstrasse*; Abb. 106). Inzwischen hatte die Stadt die systematische Erschliessung des Tössfelds an die Hand genommen. 1873 entwarf der Stadtingenieur Felix Erb einen Quartierplan für das Tössfeld, welcher 1874–1877 teilweise realisiert wurde: zwei neue Querachsen und eine neue Längsachse – die *Agnesstrasse* – ergänzten die *Zürcher-*, die korrigierte *Tössfeld-* und die zuvor angelegte *Jägerstrasse* zu einem grobmaschigen Schachbrett-Raster, der später durch Quartierstrassen weiter unterteilt wurde. Wegen der hereinbrechenden Wirtschaftskrise blieb das Bauland leer; erst um 1885 setzte die Bautätigkeit wieder ein, um gegen das Ende des Jahrhunderts ihren Höhepunkt zu erreichen. Sie konzentrierte sich nun vor allem auf die südwestlichen Gevierte und auf die anschliessenden Gebiete in der Gemeinde Töss – im Norden der Unteren Briggerstrasse hielt die Stadt nämlich grosse Areale frei. Im zentralen Geviert erstellte sie 1891–1892 ein Schulhaus mit Grünanlage (*Agnesstr.* 15; Abb. 76) und 1906–1908 eine Badanstalt mit Lesesaal und Suppenkeller (*Untere Briggerstr.* 20). Der Bereich der aufs Schulhaus zulaufenden Achse wurde erst 1927–1934 mit locker gereihten, teilweise mit Flachdächern gedeckten Blöcken der Gesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser überbaut (*Obere Schöntalstrasse*). In zwei der stadtnahen Gevierte rückten ab 1901 die Schweizerische Lokomotiv- und Maschinen- und die Sulzersche Fabrik vor. Die beiden Fabriken wuchsen zu einem kompakten, kleinstadtgrossen Komplex, der gegen die Zürcherstrasse eine rund 850 Meter lange Front bildet: zu einem grossen Teil Backsteinfassaden in «protosachlich»-klassizistischer Gestaltung aus dem Zeitraum zwischen 1895 und 1905. Das turmartige Kesselhaus von 1954–1957, welches das altstadtseitige Erscheinungsbild des Sulzer-Komplexes prägt, fügt sich in diese Haltung. In der rund 750 Meter langen Bahnfront dominieren dünnhäutige Eisenskelettbauten aus dem Zeitraum zwischen 1905 und 1930.

Lit. 1) Isler 1895, S. 72–73. 2) *Daten aus der Entstehungsgeschichte des Tössfeldquartiers,* hg. vom Turnverein Tössfeld-Schöntal, 1925 Typoskript, StadtBW).

2.2.10 Brühlberg

Flugaufnahme Abb. 65 u. Abb. 42.

Nach dem Brühlberg ist das gartenstadtartige Quartier benannt, das im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts an seiner sonnigen, dem Tössfeld zugewandten Südosthalde entstand. Im südlichen Bereich bildet die *Schlosshofstrasse* eine scharfe Trennlinie gegen das von der Gasfabrik und von anderen Industriebauten belegte kleine Tössfeld. Im Bereich nordöstlich der Brühlbergstrasse erscheint heute die Zone zwischen Hangfuss und Zürcherstrasse als Teil des Tössfeldquartiers; hier befanden sich die Keimzellen – wenn auch nicht die Kristallisationspunkte – des Wohnquartiers am Brühlberg, nämlich die spätbarocken Landgüter Unteres und Mittleres Brühl, auch Schweizergruss genannt. Ein drittes Landgut, das Obere Brühl, stand weiter südöstlich, etwas hangwärts. Neben ihm liess der Fabrikant Heinrich Rieter-Ziegler um 1860 eine klassizistische Villa – das Brühlgut – errichten und einen Landschaftsgarten anlegen (*Waldhofstr.* 1; Abb. 182). 1873 erwarb die Familie Rieter das Untere Brühl und baute es zu einer historistischen Villa um (*Anton-Graff-Strasse* 1). Im übrigen blieb die Gegend unberührt, obwohl die Stadt 1874–1876 die *Schlosshofstrasse* angelegt hatte, um den Rebbergbesitzern und sich selbst «eine ausgiebigere Verwerthung ihres Grundbesitzes» zu ermöglichen. Erst um die Jahrhundertwende geriet der Hangfuss in den Sog des inzwischen stark besiedelten Tössfeldes: um 1900 wurde das Umland des Schweizergrusses spekulativ überbaut (*Eduard-Steiner-, Ulrich-Hegner-Strasse*). 1920 wurde das Brühlgut zum städtischen Pfrundhaus umgebaut, und seit 1929 wurde das Untere Brühl von der Firma Sulzer benutzt. Inzwischen hatte sich hangwärts ein neues Wohnquartier entwickelt. Schon 1896 hatte das technische Büro der Stadt die Erschliessung des Rebhangs durch gewundene Strassen geplant, bis hinauf zum Plateau Auf der Höhe (vgl. auch Kap. 4.6.2: Plan Nr. 42). Die Zerstörung der Reben durch Reblaus-Befall förderte das Unternehmen: 1901–1902 wurde die *Brühlbergstrasse* erbaut. Die Genossenschaft Eigenheim am Brühlberg liess von Jacques Gros ein Quartier von Mehrfamilien-Villen im Cottage-Stil projektieren (Abb. 50). Vier Bauten wurden 1903 bis 1906 verwirklicht (*Brühlbergstr.* 93–101); die nächsten Häuser wurden vom Winterthurer Büro Rittmeyer & Furrer in einem neuartigen Reformstil erstellt (*Brühlbergstr.* 52 bis 66; Abb. 90). Ganz von Gartenstadtidealen geprägt ist die grosse Siedlung, die 1911–1912 von der Baugenossenschaft Gartenstadt und Unternehmern oberhalb der Gasfabrik erbaut wurde (*Brühlbergstr.* 29–53). Diese Wohnungen waren für Lehrer und Beamte gedacht; auch unter den Bauherren und Bewohnern weiter oben stehender Zeilen-Einfamilienhäuser findet man mehrere Lehrer (z. B. *Brühlbergstr.* 59–79). Für Angestellte waren die 1921 erbauten, in lange Heimatstilblöcke zusammengefassten Zeilen-Einfamilienhäuser *Mythenstrasse* 20 bis 38 bestimmt; hinter der als Träger auftretenden Genossenschaft für Wohnungsbau stand die Gesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser (Abb. 131). Die Erschliessung des obersten

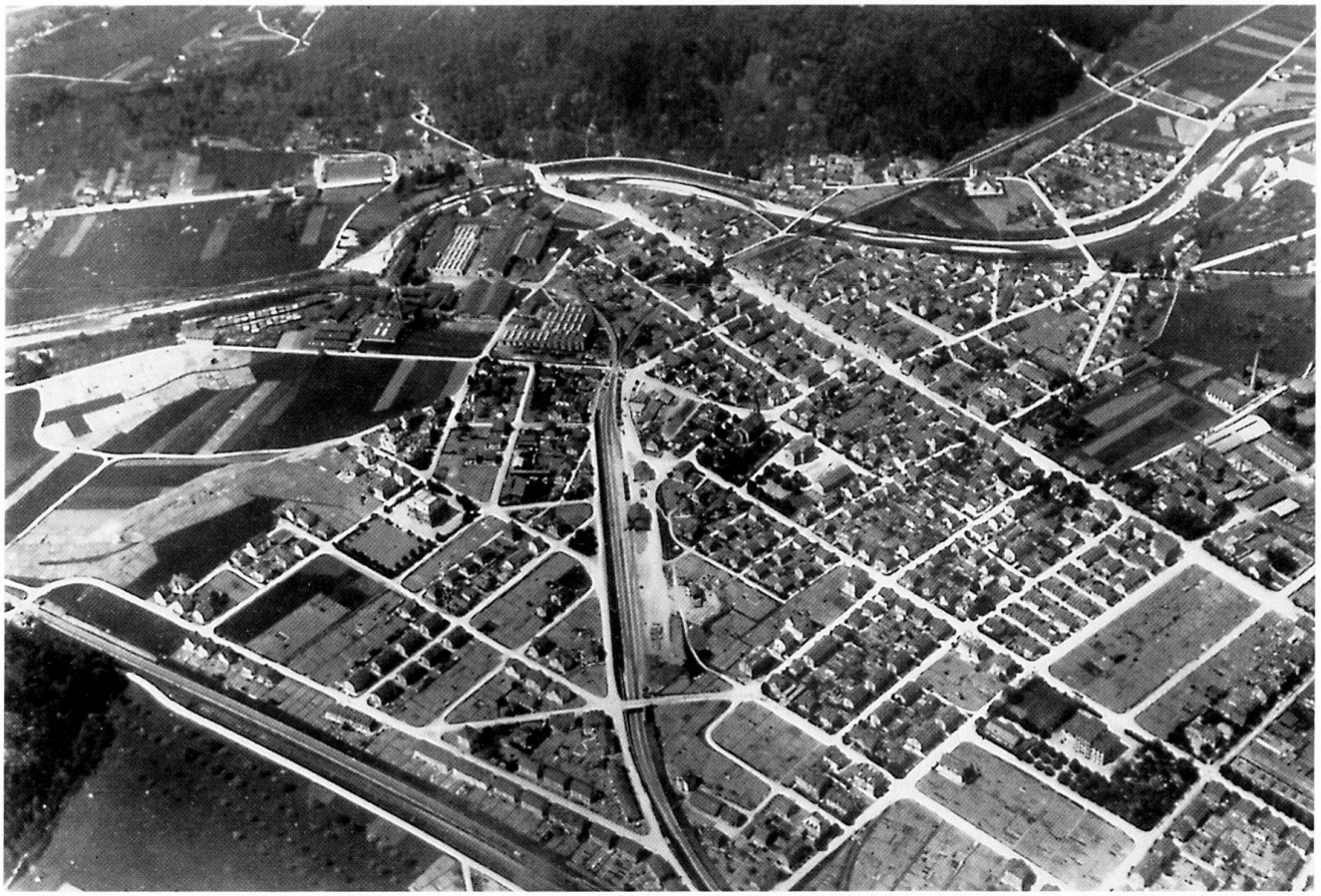

Abb. 66 Töss. Luftaufnahme von Osten, um 1920. Links unten die Bahnlinie von Zürich, senkrecht in der Bildmitte der Bahnhof Töss der Koblenzerlinie. Als markante Diagonale erkennbar die Zürcherstrasse. Oben der geschwungene Lauf des Tössflusses; in der Biegung links die Maschinenfabrik der Firma J. J. Rieter & Co. «Im Kloster», in der Biegung rechts aussen die Rietersche Textilfabrik.

Teiles des Brühlberghanges wurde nicht realisiert; der Waldhof mit dem 1847 erbauten, lange Zeit vom Kunsthistoriker Heinrich Wölfflin als Sommersitz benutzten Wohnhaus wurde zur Stiftung (*Waldhofstr.* 40); und Auf der Höhe wurde um 1925 ein Felsblock zum Gedenken an den Tössener Dichter J. C. Heer aufgestellt.

2.2.11 Töss

Flugaufnahme Abb. 66.

Von allen Vorortquartieren Winterthurs ist Töss siedlungshistorisch am engsten mit dem Stadtkern verbunden: Mit seiner traditionsreichen Tössbrücke (*Zürcherstrasse*) - heute die Ausfahrt der Nationalstrasse N 1 - stellte es von altersher ein weit nach Südwesten vorgelagertes Eingangstor der Stadt dar (vgl. auch Kap. 2.2.9: *Tössfeld*). Das in einer Tössschleife gelegene ehemalige Dominikanerinnenkloster bildete eine Art Torhaus; die schnurgerade Zürcherstrasse mit ihren Häuserzeilen einen Korridor. Seine geschlossene Gestalt hat der letztere erst nach 1828 erhalten. Damals erwarb die Gemeinde das südöstlich an die Zürcherstrasse anstossende Zelgli, Teil des einstigen Klosterbauernhofes, und erschloss es durch eine parallel zur Hauptstrasse laufende Neben- und zwei Querstrassen (Lit. 1, S. 190–191). An der Zürcher- und dann an der Zelglistrasse entstanden zwei Reihen von Wohnhäusern (erhalten z. B.: Zelglistr. 3–5, 13, 15–17); als Auftakt war schon 1827 ein klassizistisches Schul- und Gemeindehaus erbaut worden (*Zürcherstr.* 127). Bei dieser Überbauung - einem biedermeierlichen Vorläufer der rasterförmigen Neuquartiere des letzten Jahrhundertdrittels - handelt es sich um das früheste systematische städtebauliche Unternehmen im Raum von Winterthur. Es hängt mit dem Einzug der ersten industriellen Etablissements zusammen: in Müllern, nordwestlich des alten, haufenförmigen Dorfkerns im Chrugeler, entstand 1822 ein Ableger der Winterthurer Färberei und Kattundruckerei Geilinger zur Arch (zu dieser Anlage gehörte wohl der einstige Trockenturm Emil-Klöti-Strasse 31), und daneben erbaute die Firma J. J. Rieter & Cie 1824–1825 eine mechanische Feinspinnerei mit einem monumentalen Hauptgebäude (*Schlosstalstr.* 45–47; Abb. 199). Die letztere ist die Keimzelle der Industriesiedlung Töss. 1854 wurde die mechanische Abteilung der Spinnerei ins ehemalige Kloster verlegt, das schon 1833 von Rieter erworben worden

war: Diese Maschinenfabrik wuchs in der Folge zu dem heutigen grossflächigen Komplex (*Klosterstr.* 20; Abb. 198). Als Ersatz für die zur Werkhalle umgebaute Klosterkirche finanzierte Oberst Heinrich Rieter den Bau einer neugotischen Dorfkirche, an der Ecke des Zelgliquartiers (*Gutenbergstrasse*). Auf die Initiative des Industriellen geht auch der Bau des ersten Gaswerkes für Winterthur zurück: es wurde 1859 auf Tössener Boden erstellt (*Rieterstr.* 3). Zwischen ihm und der Spinnerei liess Rieter 1865–1870 die erste Arbeiter-Wohnsiedlung im Raume Winterthur errichten (*Rieterstr.* 23–45, 22–44; Abb. 40). Entscheidend für die Siedlungsentwicklung wurde der Bau der Koblenzerlinie durch die Nordostbahn, 1874–1876: um dem von Basel her kommenden Verkehr die direkte Durchfahrt nach Osten zu ermöglichen, wurde die Linie durchs Schlosstal und in einem grossen Bogen durchs Tössfeld gezogen und dann von Süden her in die Zürcherlinie eingeführt. Mit der neuen Linie erhielt Töss eine eigene Bahnstation (*Stationsstr.* 22). Durch die Wirtschaftskrise verspätet, begann in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre die Überbauung der Zone nördlich vom Bahnhof: an der Einfang- und an der verlängerten Agnesstrasse entstanden Zwei- und Dreifamilienhäuser für Arbeiter. 1895 wurde ein Plan zur Erschliessung des Eichliackers – des Areals südlich vom Bahnhof, im Zwickel zwischen Zürcher- und Koblenzer-Bahnlinie – genehmigt: auf dieser Grundlage wurde der Strassenraster des Tössfeldquartiers nach Süden fortgesetzt. Zu den ersten Bauten gehören die Überbauungen an Kern- und Engelstrasse von 1897–1898 resp. 1900: Mehrfamilienhäuser in Sichtbackstein, wohl von dem in Töss dominierenden Geschäft der Baumeisterdynastie Leemann erstellt. Zum architektonischen Schwerpunkt wurde das 1902 erbaute Schulhaus Eichliacker (*Klosterstr.* 59), das das ältere Schulhaus Tössfeld (Kap. 3.3: *Agnesstr.* 15) mit Schlossmotiven zu übertrumpfen suchte. Mit den 1924–1928 erstellten «Bernoullihäusern» (*Eichliakkerstr.* 60–74) war die Bebauung des Eichliackerquartiers nahezu abgeschlossen. Ein weiteres Neuquartier entstand um die Jahrhundertwende im Nägelsee, auf der Südwestseite der Töss, gegenüber der Spinnerei Rieter. Hier wurden ein Schlachthaus und eine Friedhofanlage erstellt, und zwischen ihnen entstand ein Wohnquartier, mit zwei einheitlichen Einfamilienhaus-Überbauungen: einer von 1900 und 1905 (Birken- und Büchlistrasse) und einer Reihen-Kolonie von 1928–1929 (*Ahornweg*). Die architektonische Dominante des Quartiers bildete die 1913–1914 erbaute katholische Kirche (*Nägelseestrasse*), den nordwestlichen Abschluss das 1937–1939 erstellte Schlachthaus von Gross-Winterthur (*Schlachthofstr.* 19–25). In dem unüberbauten Bereich südlich des Dorfes bildeten die Komplexe der Neu- und der Steigmühle (*Neumühlestr.* 38–40; *Zürcherstr.* 20) wuchtige bauliche Akzente; 1910 und 1925–1927 kamen die grossen Bauten des Unterwerks Töss der Nordostschweizerischen Kraftwerke hinzu (*Zürcherstr.* 284). Im Hochtal von Dättnau oberhalb des Auenrains wurde 1895 die Ziegelei Keller errichtet, eine der wichtigsten Lieferantinnen der in Winterthur als Baumaterial beliebten Backsteine (*Dättnauerstrasse*). Mit der «Klostersiedlung Dättnau», errichtet 1941–1942 nach Grundsätzen der Innenkolonisation, verwirklichte die Firma Rieter nochmals ihr Ideal von Arbeiter-Einfamilienhäuschen.

Lit. 1) Stauber 1926.

2.2.12 Neuwiesen, Schützenwiese

Flugaufnahmen Abb. 56, 57, 59, 67.

Die Neuwiesen waren das flache Wiesland nördlich und westlich der Altstadt, begrenzt auf der Nordost- und Nordseite von der Inneren Schaffhauser- (*Merkur-*) und der *Wülflingerstrasse,* auf der Westseite von der Gemeindegrenze zu Veltheim, auf der Südseite vom *Eulach*-Kanal. Die 1853–1854 erbaute Bahnlinie trennte die östlich gelegene obere Neuwiese von den unteren Neuwiesen ab; für das erstere Areal verlor sich die ursprüngliche Bezeichnung, als es sich zum Bahnhofquartier entwickelte (vgl. Kap. 2.2.1). Auf den unteren Neuwiesen entstand in den 1860er Jahren das erste einheitlich geplante Neuquartier der Stadt. Mit dessen Wachstum nach Westen hat sich auch der Quartiername ausgedehnt – etwa bis zur ehemaligen Gemeindegrenze von Veltheim. Diese erscheint heute im dichten Siedlungsteppich, welcher sich in der flachen Talebene Richtung Wülflingen erstreckt, als eine willkürliche Linie, aber sie bildete lange Zeit eine unsichtbare Barriere für die bauliche Entwicklung. Das sanft ansteigende, von der *Schaffhauserstrasse* durchzogene Gebiet nördlich der Wülflingerstrasse, wo die Grenze von Veltheim stark nach Osten vorrückte, erhielt durch den Bau der Schaffhauserbahn eine bogenförmige Begrenzung. Das in diesem Kreisviertel entstehende Ruhtalquartier wurde später als Teil des Neuwiesenquartiers empfunden, wohin es auch schulpflichtig war. Südlich des dicht überbauten Neuwiesen- und des westlich anschliessenden Veltheimer Blumenauquartiers dehnt sich bis heute eine grosse, vom gewundenen Lauf der *Eulach* durchzogene Grünzone aus. Der westliche Teil dieses Areals heisst Schützenwiese: 1837 waren Schützenhaus und Schiessanlage vom Nägelitor hierher verlegt worden (*Schützenstr.* 15). 1870 wurde weiter westlich eine neue Anlage erbaut, um das militärische Exerzierfeld auf der Schützenwiese vergrössern zu können (*Wart-*

Abb. 67 Winterthur, Veltheim und Wülflingen von Osten, um 1925–1930. Links die Gabelung der Ostlinien und der Schaffhauserlinie; darüber das Neuwiesen- und das Veltheimer Blumenauquartier. Im Vordergrund die Brauerei Haldengut; in der Bildtiefe, der alte Dorfkern von Veltheim mit dem Käsbissen-Kirchturm. Rechts aussen die 1920 erbaute Eisenbahnersiedlung Sommerhalde.

str. 71–73). Heute ist diese von Sportanlagen belegt; Vorläufer des Sportplatzes ist ein 1911 angelegtes Fussball-Spielfeld (*Schützenstrasse*). Das spätklassizistische Neuquartier auf den unteren Neuwiesen geht auf 1861–1862 erarbeitete Pläne zurück. Zu den wenigen Bauten, die zu integrieren waren, gehörten die Reste des 1777 gegründeten, kurz zuvor geschlossenen «Laboratoriums»: es handelt sich dabei um ein Pionierunternehmen der Chemiebranche (*Laboratoriumstrasse*). Repräsentations-Hauptachse war die axial auf das Bahnhofgebäude bezogene *Wartstrasse*: an ihr wurden geschlossene Häuserzeilen geplant und teilweise ausgeführt (Abb. 24), an ihr entstanden 1866–1868 – als architektonisches Wahrzeichen des Quartiers – die neugotische katholische Kirche und 1875–1876 das Schulhaus Neuwiesen (*Wartstrasse*: nach Nr. 29; Nr. 46; Abb. 23). Als funktionale Hauptachse war dagegen die *Neuwiesenstrasse* prädestiniert, weil sie zur Durchgangsstrasse ausbaubar war: 1871 wurde sie nach Norden bis zur Schaffhauser-, 1899–1900 nach Süden bis zur Zürcherstrasse verlängert (Abb. 156). Im neuen Quartier liessen sich zahlreiche gewerbliche und kleinindustrielle Betriebe nieder, darunter auch mehrere Baugeschäfte und eine Mosaikplatten-Fabrik (vgl. Kap. 3.2). Seine Vielfalt blieb auch dann erhalten, als grössere Betriebe und Fabriken auftraten. So richteten sich in den ehemaligen Werkhallen des Baugeschäftes Schnitzler & Furrer (*Neuwiesenstr.* 14–18) um 1885 eine Strickwaren-, eine Feilen- und eine Biscuitfabrik ein. Die erstere zog 1894 in einen Neubau an der *Strickerstrasse* 1; nach zweimaliger Erweiterung war diese Fabrik die grösste des Quartiers. Dessen Wachstum erfolgte vorerst in westlicher Richtung, wo das Areal der ehemaligen Unteren Spitalmühle (*Schützenstr.* 17) und der mit ihr verbundenen Bleiche anschloss. Um 1880 erwarb der Bauunternehmer Jakob Ackeret dieses Land, legte ein rechtwinkliges Strassennetz an und bebaute es um 1885 bis um 1895 mit behäbigen Dreifamilienhäusern. Vom «Ackeretquartier» aus wuchs die Siedlung in die Gegend der Veltheimer Feldstrasse, während stadtwärts beidseits der Wülflingerstrasse noch lange grosse Grünareale offen blieben. Sie trennten vorerst auch das Kerngebiet des Neuwiesenquartiers von den gleichaltrigen Bebauungen im Ruhtal (an *Schaffhauserstrasse* und *Brunngasse*). Die Verzahnung der beiden Siedlungsteile erfolgte mit der Überbauung des Nordteils der Neuwiesenstrasse

und des Kopfstückes der Äusseren Schaffhauserstrasse: In der Ecke zur Wülflingerstrasse errichtete der Bauunternehmer Heinrich Blatter-Hofmann 1890–1892 ein urbanes Zeilen-Mietshaus (*Schaffhauserstr.* 1–7; Abb. 154), und etwas weiter nördlich entstanden 1898–1899 und 1907 die Verwaltungs- und Betriebsbauten des Verbandes ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften (Nr. 6; Abb. 155). Das Blattersche Mietshaus ist Mittelglied einer Kette von Bauten, die dieser Unternehmer von der *Wartstrasse* (Nrn. 26–30) bis hinauf zur Rychenbergstrasse erstellt hat (siehe Kap. 2.2.3). Als Typ gehört es zu den wenigen grossstädtischen Blockrandbauten, die gegen das Ende des Jahrhunderts – meist von Zürcher Bauunternehmern – im Neuwiesenquartier erstellt worden sind; ein Beispiel ist das «Mietschloss» *Schützenstrasse* 8–14 von 1897–1898 (Abb. 156). Im übrigen herrschen freistehende Mehrfamilienhäuser vor. Typologisch interessant sind spätklassizistische Mietshäuser für Arbeiter und Kleinhandwerker wie das 1862–1964 erbaute Haus *Tellstrasse* 11–15 (Abb. 172). Im Ruhtal finden sich hauptsächlich mittelständische Wohnbauten; Beispiele sind die Wohnhäuser der Architekten Jakob Müller-Füllemann und Friedrich Schneebeli, erbaut 1909–1910 resp. 1922 (*Rundstr.* 19; *Ruhtalstr.* 9).

Lit. 1) Isler 1895, S. 56–63. 2) *50 Jahre FCW* 1946. 3) Leuthold 1980.

2.2.13 Veltheim

Flugaufnahmen Abb. 56, 67.

Von den sechs 1922 vereinigten Gemeinden hatte Veltheim das kleinste Territorium: es erstreckte sich von den Äckerwiesen in der Eulachebene nordwärts bis hinauf auf den weiten Sattel zwischen Lindberg und Wolfensberg. Der Ostteil des letzteren gehörte zum Gemeindegebiet; an seinem Abhang liegt der Dorfkern mit seinen zusammengescharten Weinbauernhäusern. Von ihm laufen radial Strassen zu den beiden Kantonsstrassen: zur Schaffhauserstrasse im Osten und zur schnurgeraden Wülflingerstrasse unten in der Ebene. Mit der 1857 eröffneten Schaffhauserbahn kam eine weitere strukturierende Achse hinzu: sie zieht durch den unmerklich in die Ebene auslaufenden Hügelfuss eine scharfe Trennlinie. Als einziges der Vorortdörfer hat Veltheim nie eine eigene Bahnstation erhalten – dafür lag es am nächsten beim Winterthurer Bahnhof. Die direkteste Verbindung mit ihm stellt die Feldstrasse dar: sie läuft vom Dorfkern zur Nordwestecke des Winterthurer Neuwiesenquartiers (siehe Kap. 2.2.12). Nördlich von diesem begann denn auch, lange vor dem politischen, der siedlungsmässige Anschluss Veltheims an Winterthur. Er wurde vom technischen Büro der Stadt geplant: schon 1883 legte der Stadtingenieur die Baulinien für die Feldstrasse fest, und 1891 erarbeitete er einen Bebauungsplan für das gesamte Gebiet zwischen Wülflingerstrasse und Bahnlinie, von der Schaffhauserstrasse über die Gemeindegrenze hinweg bis hin zur Bachtelstrasse – das erste grosse Erschliessungsprojekt seit der Nationalbahnkrise, Auftakt zur fieberhaften planerischen Tätigkeit in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre. Im Bereich der Feldstrasse standen damals bereits etliche Bauten: Unterhalb der Bahnlinien hatte die Giesserei und Maschinenfabrik Sulzer 1872–1873 eine der frühen Arbeitersiedlungen Winterthurs erstellt (*Löwenstr.* 23–27), und im Feld hatten sich um 1880 eine Teigwarenfabrik und ein Baugeschäft etabliert (*Feldstr.* 26, 16). 1896–1897 wurden Bebauungspläne für die Ebene südlich der Wülflingerstrasse (Blumenquartier) und für die Zone oberhalb der Bahnlinie, zwischen Dorfkern und Schaffhauserstrasse (Unteres Bachtelquartier) ausgearbeitet. Um 1920 waren die östlichen, an Winterthur angrenzenden Teile dieser Quartiere dicht bebaut; mit ihrer Durchmischung von gewerblich-industriellen Funktionen und ihren zahlreichen Mietbauten sind sie eng mit dem Neuwiesenquartier verwandt. Nach der Eingemeindung dehnte sich die Bebauung von diesem kompakten Siedlungsgürtel beidseitig aus: nach Osten durch Verdichtung des vergleichsweise dünn besiedelten Neuwiesen- und Ruhtalquartiers, nach Westen durch das Entstehen grossflächiger Wohnüberbauungen (*Bachtelstr.* 101–123; *Erikaweg*; *Salzstr.* 53–75; *Weststrasse*). Das Gelenk zwischen diesen Kolonien und den älteren Quartieren bildet das 1905–1906 an der *Wülflingerstrasse* 40 erbaute Schulhaus, mit welchem das Architekturbüro Rittmeyer & Furrer in Winterthur debütiert hat. Das gleiche Büro erstellte 1920 eine Eisenbahnerkolonie an der Sommerhalde (*Sommerhaldenstr.* 2–32). Diese Zeilen und die bürgerlichen Wohnhäuser im aussichtsreichen Ziel (z. B. *Trottenstr.* 29) vermitteln bereits zum hochliegenden Sattel von Betten. Er war um 1920 noch weitgehend unerschlossen, bis auf zwei grosse Anlagen an seinen Rändern: Bei einem alten Steinbruch oberhalb des Ziel hatte der Naturheilverein Winterthur 1910 ein Sonnenbad und eine grosse Schrebergarten-Anlage erstellt (*Rütihofstr.* 15), und im Rosenberg hatte die Gemeinde Winterthur 1913–1914 ihren neuen Friedhof erbaut (*Am Rosenberg* 5).

Lit. 1) Ziegler 1981.

2.2.14 Wülflingen

Flugaufnahmen Abb. 68, 69.

Im weitläufigen Gemeindegebiet von Wülflingen stellt das Eulachtal, das sich hier mit dem Tösstal vereinigt, den Hauptschauplatz der Besiedlung dar.

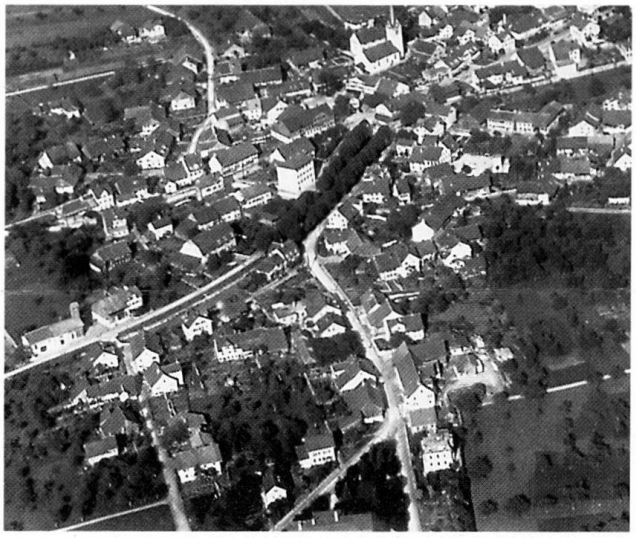

Abb. 68 Wülflingen. Flugaufnahme von Südsüdwesten, um 1925. Der alte Dorfkern, durchflossen von der Eulach. Unten angeschnitten das Schulhaus Ausserdorf.

Das unregelmässig sternförmige Bauerndorf Wülflingen liegt an der Eulach selbst, in sicherem Abstand vom grösseren Gewässer. Im 19. Jahrhundert entstanden im Wülflinger Abschnitt der Töss mehrere Industrieanlagen: 1802 an der Grenze zu Neftenbach die mechanische Spinnerei im Hard (Abb. 200), dann 1818–1820 beim Tössübergang südwestlich des Dorfes die Spinnerei Beugger und schliesslich 1834–1836 noch etwas weiter flussaufwärts eine Papierfabrik (*Hard* 1–14; *Wieshofstr.* 102; *Schlosstalstrasse*). Die alte Bodmermühle und die 1849 gegründete Schlosstalmühle erhielten im Lauf des Jahrhunderts ebenfalls industriellen Charakter (*Wieshofstr.* 105, 107; *Schlosstalstr. 139)*. Die Spinnerei im Hard gehört zu den Pionieranlagen des Industriezeitalters – nicht nur im schweizerischen, sondern im gesamteuropäischen Rahmen. Für die Siedlungsentwicklung ist die etwas jüngere Beuggersche Fabrik wichtiger. Mit dieser schlossartigen Anlage erhielt die Baugruppe an der Tössbrücke – bisher nur aus der alten Bodmermühle bestehend – den Charakter eines eigenständigen Siedlungsteils, der mit dem in Sichtweite liegenden Dorf eine zweipolige Struktur formte. Noch 1922, zur Zeit der Eingemeindung, bildete diese das Grundgerüst der Siedlung. Der kleinere Pol hatte sich inzwischen um ein kleines Bahnhofquartier vergrössert: ein hölzernes Stations- und Schuppengebäude, einige Wohnhäuser und eine 1890 eröffnete Düngerfabrik, die 1900 zu einem Lagerhaus umgebaut worden war (*Wydenweg* 13; *Wieshofstr.* 108). Der Wülflinger Bahnhof gehört zu der 1874–1876 erbauten, am Südwestrand des Tösstals entlang führenden Bahnlinie Winterthur–Koblenz; die 1856 eröffnete, am Fuss des Wolfensberges oberhalb des Dorfes verlaufende Schaffhauserlinie enthält keine Haltestelle für Wülflingen. Die wohl im Zusammenhang mit der Beuggerschen Fabrik erstellte geradlinige Wieshofstrasse (ehemals Mühlegasse) hatte mit der Anlage der Bahnstation die Funktion einer Bahnhofstrasse erhalten; in der Gabelung zur Lettenstrasse war 1896–1897 das spätklassizistische Schulhaus Ausserdorf (*Wieshofstr.* 59) erstellt worden. Im übrigen hatte sich das Dorf bis 1922 zwar verdichtet und vergrössert, aber dabei seine dörfliche Gestalt beibehalten – dies obgleich die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung inzwischen aus Fabrikarbeitern bestand. Die Ebene östlich des Dorfes war schon 1898 zur Bauzone erklärt worden und für die Oberwiesen und für das Oberfeld waren Rasternetze projektiert worden, welche jene des Neuwiesen- und des Veltheimer Blumenauquartiers fortsetzen sollten – aber eine städtische Bebauung war nur in Ansätzen entstanden: im Feldtal hatte ein Baumeister eine Zeile von historistischen Wohnhäusern an die Wülflingerstrasse gebaut, und an der Oberfeldstrasse reihten sich etliche mittelständische Wohnbauten. Zu dieser äusserlich bäuerlichen, innerlich industriellen Gemeinde passen die 1920–1922 realisierten Kleinheimwesen-Kolonien im Lantig und im Weihertal (*Riedhofst.* 86–106; *Rumstalstr.* 29, 10, 14–28): mit ihnen sollten Industrie und Landwirtschaft verknüpft werden. Eine ähnliche Gesinnung kommt auch in dem behäbig-patriarchalisch wirkenden Gebäude zum Ausdruck, das 1926–1927 oberhalb des Dorfkerns für die land- und hauswirtschaftliche Schule – eine Filiale des Strickhofs in Zürich – erstellt wurde (*Riedhofstr.* 62).

Lit. 1) Ziegler 1975.

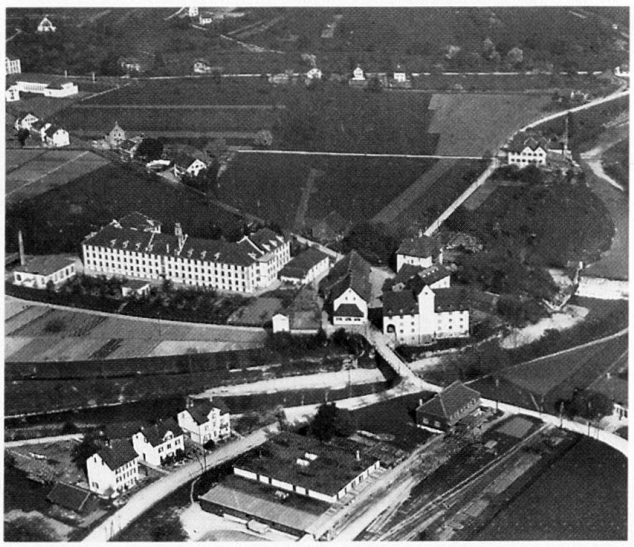

Abb. 69 Wülflingen. Flugaufnahme von Westen, um 1925. Links oben das Schulhaus Ausserdorf (vgl. Abb. 68); in der Mitte die ehemalige Spinnerei Beugger und die Wespimühle; rechts oben die ehemalige Papierfabrik; unten Bahnhofareal.